Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 143 18 SEPTEMBER 1976

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

berichtigungen zur letzten ID-Ausgabe

I N L A N D

I N T E R N A T I O N A L E S

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

BERICHTIGUNG ZUR LETZTEN ID-AUSGABE

In der letzten Nummer war das Verhältnis von Inhalt und Inhaltsverzeichnis empfindlich gestört. Es fehlte auf der Titels eite der Hinweis auf das „Schlußwort Rolf Pohles vor dem Areopag", Seite 9, und der „Aufruf zur internationalen Großkundgebung am Rhein gegenüber dem Atomkraftwerk Fessenheim", dies stand auf Seite 7. Dafür hatten wir aber eine Inhaltsangabe zuviel:„In Irland wurde der Notstand ausgerufen", dieser Bericht findet sich nun endlich in dieser Nummer.

Desweiteren muß es in der Portugalberichterstattung auf Seite 18 im Absatz „Perspektiven" statt „Die PC wird zulassen, daß die Arbeiter- und Bewohnerkommisionen......" heißen: „Die PC wird nicht zulassen, daß...". Außerdem war für die Überschrift auf der Seite 1 „Polizei räumt Hausbewohnern das Dach ab" im Bericht selber keine Erklärung zu finden. Auch dies holen wir in dieser Nummer, mit der ergänzenden und weiterführenden Meldung „Wohnraumverteidigungsgemeinschaft gegründet" nach.

Der türkische Arbeiter Hassan Töreyen ist nicht freigelassen worden, wie im letzten ID 142 geschrieben wurde. Vielmehr ist die Kaution von 20.000 Mark noch nicht zusammen, die als Voraussetzung für seine vorläufige Entlassung zu zahlen ist. Der Spendenaufruf ist also umso ernster zu nehmen.

Dresdner Bank Frankfurt, Kontonummer 84533161/01, Stichwort: Hassan-Solidarität.

RUSSEL—KOMMITEE GRÜNDUNG: ZWEI SCHRITT VOR' EINEN ZURÜCK

Frankfurt (ID) 16. September

In der ID-Nummer 140/141 haben wir berichtet, daß die PSU einen Aufruf zur Gründung eines internationalen Russel-Kommitees veröffentlichte, dem sich in kurzer Zeit die verschiedensten Gruppen und Organisationen angeschlossen haben. In der Zwischenzeit hat sich noch einiges entwickelt aber nicht voran sondern eher zurück: Die PSU hat diesen Aufruf zwar veröffentlicht, die Verantwortlichen sind aber kurz darauf in Urlaub gegangen. Die kurzen Gespärche, die zuvor zwischen der PSU und den verantwortlichen Leuten der Russel-Foundation (RF) stattgefunden hatten, sollten von einem Vertreter der RF fortgesetzt werden, der u.a. zu diesem Zweck nach Frankreich gefahren war. Dort haben sich aber alle Beteiligten aber wegen oben erwähntem Urlaub verpasst. Zwischenzeitlich sind von unserer Seite aber auch Kontakte mit der RF aufgenommen worden und wir rechnen damit, daß es in kurzer Zeit doch noch zur ‚mittlerweile nicht nur von uns erwarteten' Gründung des Russel-Kommitees kommt.

Die Herausgabe des Informations-Bulletins, mit Nachrichten über die zunehmende Repression in der BRD fürs europäische Ausland hat sich wegen dieser Entwicklung etwas verschoben, ist aber nicht aufgehoben. Desweiteren gilt, für alle die Interesse haben,die ursprünglich angegeben Kontaktadresse.

6.000 BÜRGER GEGEN ATOMKRAFTWERKE

PHILIPPSBURG (ID) 14. September

Über 6000 Bürger haben sich im Laufe der zweimonatigen Einspruchsfrist gegen den Bau eines 2.Atomkraftwerkes in Philippsburg ausgesprochen. Diese hohe Zahl an Einsprechern ist um so mehr als Erfolg zu werten, als ja beim letzten Genehmigungsverfahren nur 20 Einsprüche verzeichnet wurden (IDNr. 135) Diese Einsprüche werden beim öffentlichen Erörterungstermin am 13.10. zur Diskussion stehen. Gegen diesen Termin sind inzwischen Proteste laut geworden (Werktag, mangelnde Auslegung).

Daß ein Atomkraftwerk nicht gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung gebaut werden kann, zeigte sich auch auf der Informationsveranstaltung Ende August in Philippsburg, zu der rund 150 Besucher gekommen waren. Die Sprecherin der Bürgeraktion Umweltschutz wertete es als Zynismus, daß in Philippsburg ein KKW gebaut werden soll, das bei BASF in Ludwigshafen in der Art nicht gebaut werden darf: „Der hier geplante Reaktorblock soll wohl, um Geld zu sparen, ohne die dort verlangte Berstsicherung gebaut werden."

Das nachfolgende Heidelberger KKW—NEIN—Kabarett spielte, ausgehend von der Giftgaskatastrophe in Seveso (Norditalien),eine ‚Moritat von den Atomkraft-Haifischen" (siehe ID 133), die einige Gemüter ziemlich erhitzte. Anhand vieler Dokumente zeigte das Kabarett die Hintergründe und Lehren auf, die sich im Zusammenhang mit dem ersten tödlichen Betriebsunfall in einem deutschen KKW ergeben. Was aber in Grundremmingen damals passierte (Zeitungsschlagzeilen. ‚Kapitale Fehler'; ‚Im KKW geht der Leichtsinn um'), kann sicher anderswo jederzeit wiederholen:

In Karlsruhe-Leopoldshafen wurden Anfang August 4 Mitarbeiter des Kernforschungszentrums bei der Atommüllbeseitigung radioaktiv verseucht. Das ‚Demonstrations-Kernkraftwerk' Biblis („Meilenstein der Kernenergiegeschichte und Exportschlager", so die Kraftwerk Union noch Mitte Juli) steht seit April still, weil Risse in den Speisewasserbehältern der beiden Blöcke entstanden waren, und weil 20 Schrauben ‚unvermutet' im Herzen des Reaktors sich befanden, dort wo das atomare Feuer brennt; ursprünglich hatten sie die Hauptkühlmittel zusammengehalten. (ID 135, 142).

Die Frage an die anwesenden Besucher, etwa im Hinblick auf den bislang nicht veröffentlichten Katastrophenplan, war also berechtigt: „Ist Seveso bald überall? " Die beiden Referenten des Abends forderten einen Bau- und Genehmigungsstop für Kernkraftwerke und dazu gehörender Wiederaufarbeitungsanlagen. Die sehr lebhaft verlaufene Diskussion ging bis nach Mitternacht, und es erwies sich von neuem, daß das angeblich ‚gute Gewissen' der Kernkraftwerks-Betreiber noch lange kein Ruhekissen für die Bevölkerung ist.

Anzumerken wäre noch, daß am Pkw eines Umweltschützers Scheibenwischer und Seitenspiegel zerstört wurden, was wir nach der Veranstaltung entdeckten. Der Bürgermeister von Waghäusel lehnte die Veröffentlichung eines Berichtes über diese Veranstaltung im „Mitteilungsblatt" ab mit dem Vorwand, er wolle das Blatt aus dem Kernenergiestreit heraushalten. Jubelberichte aus Anlaß von Besuchen von Bundestagsabgeordneten im KKW Philippsburg, werden jedoch unbeanstandet abgedruckt.

Im Jugendzentrum wurde der Wyhl-Film gezeigt, der noch einmal verdeutlicht hat, daß die Kaiserstühler Bevölkerung nicht bereit sei, die Risiken eines solch gigantisch geplanten KKW-Komplexes zu tragen. In einer weiteren Informationsveranstaltung in Kirrlach wurde u.a. zu der Frage: „Schaffen KKW Arbeitsplätze?" Stellung genommen: Es ist eher das Gegenteil der Fall. Arbeitsplätze werden vernichtet durch verstärkten Energieeinsatz, durch weitere kapitalintensive Rationalisierung. Im Gegensatz dazu wäre bessere Energienutzung recht arbeitsintensiv. Im Karlsruhe-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) ist dies erst kürzlich für den Fall der Hausisolierung berechnet worden: wenn man rechnet, daß etwa in der BRD eine Million Wohnungen im Jahr besser isoliert werden, dann bedeutet das die Schaffung von etwa 200.000 Arbeitsplätzen für die nächsten 20 Jahre, wobei 200.000 pro Jahr zur Verfügung stehen. Das ISI stellt weiter fest, daß bei einer Halbierung des Stromzuwachses die Arbeitszeit jährlich im Mittel aller Sektoren um etwa1 % gekürzt werden müßte, was zur Behebung der Arbeitslosigkeit unumgänglich sei.

Die Aktionsgemeins chaft Umweltschutz Südpfalz hat inzwischen weitere 570 Einsprüche gegen das zweite Atomkraftwerk in Philippsburg vorgelegt, sie will darauf hinwirken, daß durch eine einstweilige Anordnung der Erörterungstermin hinausgeschoben wird, weil die amtliche Bekanntmachung und die Auslegung der Antragsunterlagen in Rheinland-Pfalz nicht in der bundesgesetzlich vorgeschriebenen Form erfolgt ist.

Im Hinblick auf den Erörterungstermin findet am 7.10. in

Mechtersheim noch eine Informationsveranstaltung statt.

DER SCHNADAHÜPFL DES KKW-NEIN-KABARETTS HEIDELBERG

„Der Riese in Biblis macht mal Pause!" (RWE)

Zwanzig Schrauben sind locker
Jo, ham's dös scho g'hört
Von dr Hauptkühlmittelpumpen
Das Druckg'fäß ist g'stört. Refrain: *Holladihi und*
holladiho
holladihopsassa
holladiho

Es geht alles drunter und drüber
es geht alles vorbei
zuerst zwanzig Schrauben
und dann ein Riß im Ei *Holladihi....*

Damit miass'mer leben
das sind halt so Sachen
meint Direktor Meyer
Ond ieberhaupt nix zum lachen *Holladihi ..*

Kontaktadresse: Bürgeraktion Umweltschutz
6833 Waghäusel 1, Ostendstraße 2

Der WAAnsinnsplan kommt nicht an

LICHTENHORST (ID) 15. September Wie berichtet, ist in der unmittelbaren Nachbarschaft des Baugeländes für die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) ein Lager der Bürgerinitiative eingerichtet worden (siehe ID 135 und 140/141). Die Hauptaufgaben der Lagerbesatzung sind zum einen: Bewachung des Baugeländes (alle 2 Stunden fahren 2 Leute mit Fahrrad, Wachbuch, Walkie-Talkie und Fernglas bewaffnet das Gelände von 3x4 km ab, in akuten Situationen werden Posten auf strategisch wichtigen Punkten eingesetzt), und zum anderen: Unterhaltung eines ständigen Informationsstandes und Organisation des allsonntäglichen Info-Frühschoppens. Dieser Sonntag (12.9.) stand unter dem Motto: Die Auswirkungen der WAA auf die Landwirtschaft!

Ungefähr 200 Menschen versammelten sich im Wachlager, ausserdem waren 2 Kamerateams vom Fernsehen anwesend (WDR und Panorama).

Zunächst wurde ein 20minütiges Referat von drei der ständigen Lagerbesatzer zum oben genannten Thema gehalten. Alle drei Referenten sind keine besonders ausgebildeten Fachkräfte in Sachen Atom – jedoch verstanden sie es trotzdem ausgezeichnet, das Thema anschaulich und klar darzustellen. Man muß nur hinter einer Sache stehen – dann gehts. In der anschließenden Diskussion wurde noch einmal deutlich: diese WAA wird am entschlossenen Widerstand der Bevölkerung scheitern! Die Regierung zögert noch mit dem Baubeginn – wohl in der Hoffnung, daß sich alles im Sande verlaufen wird. Hier irrt die Regierung: der Widerstand wird täglich breiter. Die Zeit arbeitet mit uns.

Nach der Diskussion gingen alle Anwesenden auf ein nahegelegenes Feld. Hier sollten nun hundert mit Gas gefüllte Luftballons in den Himmel steigen – leider wurden es mangels Gases nicht so viel. An den Ballons waren Flugblätter befestigt, mit der Aufforderung, das Lager über die Fundstelle des Ballons zu benachrichtigen. Hiermit sollte ein ungefährer Eindruck davon vermittelt werden, wie weit die radioaktiven Abgase der Anlage getragen werden würden! Das anschließende Theaterstück: "Der vertrauensvolle Dialog" – mit Hans Matthöfer in der Hauptrolle – machte noch einmal die Absurdität der Argumente der KKW-Befürworter allen Anwesenden überdeutlich. Außerdem war es ein Riesenspaß!

Zu allem gab es wie immer Getränke und Würstchen. Wer noch nie am Sonntag im Lager war, sollte das unbedingt nachholen. Lichtenhorst liegt in der Mitte des Dreiecks Verden-Nienburg-Walsrode. In der Nähe von Rethem.

Lageradresse: Bürgerinitiative gegen Atommüll-Lager, 3071 Lichtenhorst Nr. 23, Bohrstelle.





Informationsveranstaltung im Lager

Wie arbeitet eine Wiederaufbereitungsanlage?

Warum sind Wiederaufbereitungsanlagen (WAA) so gefährlich? Am 21. August hatten Lagerteilnehmer Physikstudenten der Uni Bremen nach Lichtenhorst eingeladen, um über Funktionieren und Gefahren einer „WAA" zu sprechen.

Wozu eine WAA?

Das Lichtenmoor ist einer von drei möglichen Standorten für eine WAA in Niedersachsen, die laut Kernenergieprogramm bis 1985 in der BRD gebaut werden sollen. Um was geht es dabei?

Für einen Standard-Reaktor, wie er heute in Biblis am Rhein steht, benötigt man etwa 100 t Uran, das in sogenannte „Brennstäbe" gefüllt ist. Diese Brennstäbe verbrauchen sich im normalen Betrieb und jeweils ein drittel muß nach einem Jahr ausgetauscht werden. Die abgebrannten Brennstäbe sind heiß und hochradioaktiv strahlend. Außerdem enthalten sie spaltbares Uran und Plutonium, das man zurückgewinnen möchte. Deshalb müssen sie in eine WAA zur Wiederaufbereitung gebracht werden. Zum Transport dienen große, 120 t schwere Fahrzeuge, die im Inneren eines Bleimantelbehälters 4 t Brennstäbe befördern. Da der Transport sehr gefährlich ist, müssen alle dichtbesiedelten Gebiete umfahren werden. Würde die WAA gebaut, kämen täglich drei solcher Transporte aus der ganzen BRD im Lichtenmoor an.

Gefahren der WAA

In der WAA müssen die Brennstäbe zunächst in riesigen, 70 m langen, 35 m breiten und 16 m tiefen Abklingbecken gelagert werden. Von dort werden sie mit automatischen Greifern in einen hermetisch abgeschlossenen Raum (genannt „head-end") gebracht und mit einer hydraulischen Schere zerstückelt. Die Stükke fallen in einen Kessel mit kochender Salpeterlösung, wo sich ihr Inhalt auflöst. Dabei werden gefährliche Gase (Radionuklide) wie KRYPTON, TRITIUM, JOD etc. frei, die nicht vollständig zurückgehalten werden können und durch einen 200 - 400 m hohen Kamin abgeblasen werden. Der Kamin muß so hoch sein, um die Gase auf einen möglichst großen Luftraum zu verteilen, so daß die zulässigen Grenzwerte für Luftverseuchung nicht überschritten werden. Die freiwerdenden Radionuklide haben aber relativ lange Halbwertszeiten und können sich deshalb auch bei dünner Verteilung über eine Nahrungskette wie z.B. Gras, Kuh, Milch beim Menschen ansammeln und Krebs hervorrufen.

In einer WAA kann es zu schweren Unfällen kommen. Aus Kostengründen sind die Kessel in den „Head-ends" so groß geplant, daß sich durch Salzablagerungen sogenannte „kritische Massen" bilden können, wie bei einer Atombombe. Dann ereignet sich zwar keine Atomexplosion, aber eine „Verpuffung", bei der sehr hohe Strahlenmengen freigesetzt werden. Bei ungünstiger Wetterlage müßten dann große Gebiete Niedersachsens und auch Großstädte wie Bremen, Hannover und sogar Berlin innerhalb weniger Stunden evakuiert werden. Solche Katastrophenpläne existieren bereits für die sehr viel kleinere WAA in Karlsruhe.

Endlagerung ungelöst

Nach dem Wiederaufbereitungsprozeß bleiben jährlich 2 Millionen Liter hoch-radioaktive Flüssigkeit zurück, die verfestigt und dann für tausende von Jahren sicher in dem unter der WAA liegenden Salzstock gelagert werden müssen. Bis heute sind die Probleme der Endlagerung von hoch-radioaktivem Abfall nicht gelöst. Alle bisher gebauten WAA der Welt funktionieren schlecht oder gar nicht. Aber die Experten sagen, sie würden das Problem schon noch rechtzeitig lösen...

DIE LICHTENMOORITAT

Die Anti-KKW-Bewegung hat nicht zuletzt in vielen Liedern und Gedichten einen populären Ausdruck gefunden. In Lichtenmoor entstand dieses Lied, zu singen nach der Melodie von: Wenn dor een Pott mit Bohnen steiht.

Mori, Morei, Moruschka, dat Ding kömmt hier nich her
Mori, Morei, Moruschka, dor sett wi us tau wehr!

Das Forschungsministerium und die Kernindustrie
woll'n hier einen Atommüllplatz — erreichen wer'n sie's nie
Im Lichtenmoor und rundherum regt sich der Widerstand
denn viele Bürger haben die Gefahr erkannt.

Atomanlagen sind modern und technisch sehr perfekt
so wie der Elbe-Seitenkanal, bei dem der Damm geleckt
„Wir stehen vor einem Rätsel!", die Experten staunten sehr
ein Leck in der Atomfabrik — da lebt hier keiner mehr.

Dem Anfang muß gewehret sein, es ist schon höchste Zeit
unsere Waffe ist die Wahrheit, unsere Kraft die Einigkeit
so mancher sagt:„Die sind ja dumm, verrückt und radikal
doch wer uns so verteufelt — informier sich doch hier mal.

So manche Zeitung hierzuland schreibt einen großen Mist:
laut Bild der Umweltschutz wohl DDR-gesteuert ist
Da fragt man sich: Wer ist an solcher Meldung interessiert
wenn grad die DDR ihre Atomwirtschaft forciert.

Wir wollen kein Atomklo hier und auch nicht anderswo
in keinem Land auf dieser Erd' — baut es doch auf dem Mond
Manch Schreiber denkt:„Wes Brot ich eß, dem schreib ich nach dem Mund
die Firmenwerbung fehlt mir sonst — und ich komm auf den Hund.

Die KEWA spielt mit uns Roulette —sie spielt ein falsches Spiel
ist Aschendorf, ist Unterlüß, ist Lichtenmoor ihr Ziel
wir machen dieses Spiel nicht mit, weil es uns nur verwirrt
verbündet haben wir uns längst, und kämpfen unbeirrt.

Am Freitag kam ein Meßtrupp an, wir waren 30 Mann
da kriegt er kalte Füße und fing gar nicht erst an
dann haben wir gerufen und es kam der Hilfe viel
es hielten alle Wacht, die schon gelernt hatten von Whyl.

Der Bürgermeister meinte keck:„Wir sind doch Mann's genug!"
und Hilfe von woanders war ihm wohl ein rotes Tuch
doch 1000 Hektar Wald bewachen ist kein Pappenstiel
da mußten wir vereint dran gehn, da sind wir nie zuviel

Drum kommt zu uns ihr Bürger ihr müßt euch informiern
die Kinder und auch ihr wollt nicht am Strahlentod krepieren
und wenn ihr informiert seid, ist das nur der erste Schritt
dann tut auch gleich den zweiten: Dann macht ihr bei uns mit!

Ja, wo das Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.
Wir wollen uns selber retten, die Regierung hilft uns nicht.
Mori, Morei, ...

TEVES: DER NACHSCHLAG KANN AUCH EIN 13. MONATSGEHALT SEIN

FRANKFURT (ID) 15. September Ausgerechnet durch den rechten SPD-Betriebsratsvorsitzenden wurde die Forderung nach einem 100%igen 13. Monatsgehalt auf der Betriebsversammlung Ende August auf den Tisch gebracht. Die Voraussetzungen dafür hatten aber linke Kollegen geschaffen, indem sie die Diskussion über die Berechtigung eines Nachschlags in Form eines Konjunkturzuschlags bzw. einer Schichtzulage von 15% oder einer Aufstockung des Weihnachtsgeldes von 40% des Monatslohns auf 100% angeregt hatte. Dabei war die deutlich defensive Forderung nach höherem Weihnachtsgeld auf breite Zustimmung gestoßen.

„Zuvor, als auf der Vertrauensleuteversammlung die Nachschlagforderung angesprochen wurde, hatten die SPD-Bonzen nichts eiligeres zu tun, als abzuwiegeln:„Die Gewerkschaft verhandelt schon wegen dem 624-Mark-Gesetz und das hängt mit dem Weihnachtsgeld zusammen und die Kollegen sollen nicht in schwebende Verhandlungen eingreifen." Daraufhin fragte ein Kollege:„Wozu sitzen wir eigentlich hier, wenn man immer nur die da oben entscheiden läßt? Was nutzen uns die verbliebenen demokratischen Strukturen in der Gewerkschaft, wenn wir sie nicht nutzen und selber unsere Forderungen aufstellen? Nicht nur der Vorstand ist die Gewerkschaft, sondern wir alle, und wir müssen auch danach handeln." Die Empörung half. Zum einen mußte die Vertrauenskörperleitung versprechen, vor der Frankfurter Delegiertenkonferenz am 25. September noch eine Vertrauensleutesitzung abzuhalten, damit die Teves-Kollegen ihre Forderung aufstellen können, zum anderen wurden mittlerweile schon über 500 Unterschriften dafür gesammelt."schreibt die Sozialistische Arbeiter Zeitung.

Die Tatsache, daß sich der Betriebsrat jetzt dieser Forderung annimmt, (die Wahl steht ja vor der Tür) beruhigt erstmal keinen, vielmehr ist es wohl notwendig, öfter mal beim Betriebsrat anzurufen, bzw. zu mehreren mal reinzuschauen und sich nach dem Stand der Verhandlungen zu erkundigen.



KÄMPFERISCHE BETRIEBSVERSAMMLUNG BEI OPEL

RÜSSELSHEIM/BOCHUM (ID) 16. September Ungefähr 5000 Opel-Arbeiterinnen und Arbeiter haben sich am 16. September zur Betriebsversammlung eingefunden. Eine der bestbesuchten und kämpferischsten Versammlungen seit Jahren heißt es.

Wenige Tage zuvor war die Entscheidung über die Sonderschichten gefallen. Im „Einigungsstellverfahren" wie es heißt, hatte gegen die Stimmen des Betriebsrats der Arbeitsrichter Bergmann die Mehrheit für die Arbeitgeberseite gebracht. Der Ausschuß stimmte also mit 3 Stimmen (Unternehmervertreter plus Arbeitsrichter) gegen die 2 Stimmen des Betriebsrats für die 47te und 48te Sonderschicht des Jahres 1976.

Eine besondere Wichtigkeit erhielt die Versammlung durch das Auftreten des Personalschefs (persönlich). Er wurde ausgepfiffen. Abgesehen davon, daß der Personal chef sich sowieso keiner Beliebtheit erfreut hatte er die Kollegen besonders in Rage gebracht, als in einer Zeitungsmeldung der letzten Tage die Betriebsleitung von der Belegschaft als von „potenziellen Faulenzern" gesprochen hatte.

Die Rednerliste war mit 18 Wortmeldungen um nahezu das Doppelte länger als gewohnt, auch die Dauer der Versammlung von 14Uhr 30 bis über 19Uhr hinaus war Jahre nicht mehr da. Allerdings muß die augenblickliche Geschlossenheit im Auftreten des Betreibsrats und der Konfrontationskurs den er im Moment einschlägt vor dem Hintergrund der Bundestagswahl gesehen werden. Die Wahlpropaganda des Betriebsratsvorsitzenden Heller war nur zu deutlich. (Modell Deutschland etc).

Positiv zu bewerten ist die Ablehnung weiterer Überstunden (vorerst) und die Änderung der Betriebsrats–Geschäftsordnung dahin, daß über die Genehmigung von Überstunden jetzt nur der gesamte Betriebsrat entscheiden kann und nicht wie bisher der Bereichsbetriebsrat.

Praktisch als Schlußbemerkung: Auf der Ebene der Vertrauensleute hat die Tarifrunde '77 schon begonnen. Anfang Oktober wird eine Vertrauensleuteversammlung dazu stattfinden.

KONTROLLE DES PRIVATLEBENS DURCH DEN DIENSTHERRN

WIESBADEN (ID) 8.September Der Vorstand des Hessischen Jugendringes fordert anläßlich seiner Sitzung am 7.9.76 in Frankfurt von Landtagsfraktionen und Landesregierung die umgehende Abschaffung des neueingefügten Passus im hessischen Beamtengesetz (§ 80, Abs.3, Satz 2, Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Hessen vom 7.4.76, Seite 210), der folgendermaßen lautet:

„Der Beamte hat Art und Zeitaufwand einer von ihm ausgeübten Nebentätigkeit anzuzeigen, unabhängig davon, ob sie der Genehmigung bedarf oder nicht."

Die neuerliche Gesetzesänderung setzt insbesondere auch diejenigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einer unerhörten Kontrolle ihres Privatlebens aus, die sich in den verschiedenen Jugendverbänden engagieren. Die Arbeit der Jugendverbände ist aber im erheblichen Teil abhängig von dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitarbeiter.

Wird diese Vorschrift nicht aufgehoben, so bedeutet dies,daß bis Anfang des Jahres ausdrücklich nicht genehmigungs- und anzeigepflichtige Tätigkeiten jetzt dem Dienstherrn anzuzeigen sind; hierunter fällt jede auch ehrenamtliche Tätigkeit z.B. bei der Kirche, im Fußballverein bis zur Tätigkeit in einer Gewerkschaft oder politischen Partei.

Der Vorstand des Hessischen Jugendringes stellte diese Maßnahmen in eine Reihe mit den verschiedenen Erlassen zur Berufsverbotsproblematik, die zu einer unerträglichen Atmosphäre allgemeiner Gesinnungsschnüffelei und Duckmäusertum geführt haben.

An der Uni Gießen sind Vordrucke im Umlauf, auf denen vorgesehen ist, daß der Vorgesetzte begründet, warum eine Nebentätigkeit dienstliche Belange nicht beeinträchtigt. Ein solches Verfahren gefährdet nach Auffassung des Hessischen Jugendringes die ungehinderte Ausübung von Grundrechten. Insbesondere befürchtet der HJR-Vorstand, daß private Unternehmen in Zukunft gleichfalls Auskünfte von ihren Angestellten fordern, wenn es der Staat vormacht.

Wenn man zudem noch berücksichtige, daß nach einem Musterentwurf der Bundesinnenminister-Konferenz alle Verwaltungen des öffentlichen Dienstes gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz auskunftspflichtig sind und daß bereits heute das Kultusministerium zahlreiche Daten von Schülern und Lehrern in Dateien speichert, erkennt man unschwer das Ausmaß, das staatliche Bespitzelung bereits in Hessen angenommen hat.

Der Hessische Jugendring hat seine Mitgliedsverbände aufgefordert, nicht zuletzt auch den Wahlkampf zu nutzen, um sich für eine unverzügliche Streichung des neuen Schnüffelerlasses einzusetzen.

NEUE DOKUMENTATION ÜBER BERUFSVERBOTE

MÜNCHEN (ID) 9.September

Aus dem Vorwort des Bundesvorsitzenden der ‚Deutschen Journalisten-Union' (DJU) in der IG Druck und Papier, Eckart Spoo, in einer Dokumentation über Berufsverbote:

„Was der ‚Pressedienst Demokratische Initiative' hier vorlegt, sind 115 willkürlich herausgegriffene Fälle — 115 von mehr als 3 000. Eine umfassende Dokumentation der Berufsverbotspraktiken in der BRD seit der Verkündung des Radikalenerlasses im Januar 1972 würde inzwischen viele dicke Bücher füllen. Sie müßte sämtliche Fälle nicht nur erwähnen, sondern auf die Einzelheiten jedes Falles eingehen:

auf die Verfassungsschutzdossiers, auf die Anhörungsverfahren, auf die Argumentation der Ablehnungsbescheide, auf das tatsächliche politische Verhalten des jeweils Betroffenen, auf seine fachliche Qualifikation für das Amt eines Lehrers, Krankenhausarztes, Lokomotivführers oder Bademeisters; auf die sozialen Folgen, die ihn erwarten, wenn seine Einstellung verzögert oder verweigert wird oder wenn ihn der Staat aus einem seit Jahren ausgeübten Amt entlässt...

Wer sich gründlich informieren will, sei an die örtlichen Komitees gegen Berufsverbote verwiesen, die von Fall zu Fall in eigenen Publikationen alle wichtigen Dokumente zusammengetragen haben. Kontaktadresse auf Bundesebene ist das zentrale Komitee ‚Weg mit den Berufsverboten', c/o Ingrid Kurz, Schanzenstraße 115, 2000 Hamburg 6"

Die Dokumentation kann auch direkt vom PDI bestellt werden: PDI, Kurt Hirsch, Münzstraße 3, 8000 München 2

NACHRICHTEN AUS DER GÖTTINGER PROVINZ

GÖTTINGEN (ID) 10. September

1. Die Göttinger Faschisten und ihre Gefolgschaft aus der weiteren Umgebung werden wieder aktiv. Am Samstag, dem 4.9., tobten sie durch die Stadt, schlugen einen Genossen krankenhausreif (das Beweisstück, die abgebrochene Fahne eines faschistischen Jugendverbandes, haben wir (Buchladen Rote Straße die Red.)) und wollten wieder einmal den Buchladen auseinandernehmen. Genossen verschiedener Organisationen und andere riegelten den Laden ab und schützten ihn. Die Polizei machte in Hektik, aber ließ sich hier überhaupt nicht sehen. Daran änderten auch zwei Schußwaffen und ein Totschläger im Auto des Göttinger Oberfaschisten junior Christian Heck nichts.

Auf unsere Anzeige vom März/April dieses Jahres (ID 122, 123) gegen die mittlerweile zum größeren Teil namhaften Faschos ist natürlich von seiten der Politischen Polizei nichts passiert.

2. Zum ersten Mal wurde in Göttingen chemical mace verspritzt. Am Tag der offenen Tür marschierten 150 Leute zum Landeskrankenhaus (LKH) um gegen die in dieser Zwangsanstalt betriebenen Isolationshaft gegen Rainer Recke zu protestieren. Rainer Recke führte Ende 1974 nach der Ermordung von Holger Meins mehrere Brandanschläge aus, unter anderem den auf das gerichtsmedizinische Institut in Göttingen. Der Eingang zum LKH war mit Polizeiketten verriegelt, — die Demonstranten versuchten dennoch, reinzukommen, was ihnen letztlich nicht gelungen ist. Da vor allem der KBW die Entlassung Rainer Reckes fordert, stürmten die Polizisten am 8.9. das KBW-Büro.



POLIZEI BESCHLAGNAHMT FAHNDUNGSPLAKAT

Frankfurt (ID) 16. September

Verwirrende polizeiliche Aktionen haben Frankfurter Bürger erschreckt! Rückten sie doch aus, um im Buchladen 2000 zwei Plakate zu beschlagnahmen. Die Plakate sind entstanden in einer Situation, in der die Hetze gegen die Linke un deren Kriminalisierung zunimmt, in der Hausdurchsuchungen an der Tagesordnung sind und auf „anarchistische Gewalttäter" Kopfgelder ausgesetzt werden.

Das eine Plakat (siehe Foto) bezieht sich auf die Frankfurter Situation; Polizeipräsident Müller (der „Müller-Gangster" vom Pfingstkongress — ID 129) ist unter eine Kaputze gesteckt und mahnt: „ Wer sich ruhig verhält, verhält sich angemessen". Als „für den Druck verantwortlich zeichnet Knut Müller mit Adresse". Und gerade er nun fühlt sich beleidigt.



Das andere Plakat entspricht den Fahndungsplakaten, in dem 700 000 DM Belohnung für die Ergreifung „anarchistischer Gewalttäter" versprochen werden. Der richterliche Beschluß bestätigt dies, indem er bescheinigt: „Das Plakat erweckt nach Größe und Aufmachung den Anschein eines amtlichen Fahndungsplakates." Vollkommen unamtlichen Eindruck erwecken allerdings die auf diesem Plakat Gesuchten: z.B. Rosa Luxemburg wegen Verherrlichung von Gewalt und Wehrkraftzersetzung, Thomas Münzer wegen Volksverhetzung, Nötigung einer Landesregierung, Georg Büchner wegen Billigung von Gewalt, öffentliche Aufforderungen von Straftaten, Andreas Hofer wegen Waffenschmuggel, Sprengstoffvergehen und andere Freiheitskämpfer. Mit dem amtlichen Plakat gemein hat das unamtliche die Suche nach „Carlos", dessen Bild in diesem Fall allerdings durch ein Foto des ehemaligen BND-Chefs Reinhard Gehlen ersetzt wurde.

Bei der Berichterstattung in der FR vom 14.9. schreibt dazu der flotte Reporter: „Unterschwarzer Schrift auf rotumrandetem Plakat erscheinen die Köpfe von 12 Personen, die mit Ausnahme des venezoelischen Terroristen „Carlos" allesamt bereits tot sind," was nicht unbedingt völlig falsch ist, da Gehlen ja auch nicht tot ist. Das andere Plakat, der „Kaputzenmann", wird fälschlicherweise überschrieben mit „Gewalt hat einen Namen".

Das „Fahndungsplakat" wurde herausgegeben von den „Bockenheimer Realsurrealisten". Der verdutzte Richter eröffnete daraufhin erst einmal ein Ermittlungsverfahren „ gegen die angebliche Vereinigung 'Realsurrealistisches Bockenheim', weil der dringende Verdacht besteht, „daß sich Hersteller und Verteiler einer Amtsanmaßung schuldig gemacht haben".

In Frankfurt läuft der Verkauf des Plakats über die linken Buchläden, die sich solidarisch erklärt haben, schwunghaft und ungehindert weiter. Dadurch, daß die Plakate kurz vor der Frankfurter Buchmesse beschlagnahmt worden sind, finden sie über den Raum Frankfurt hinaus auf der Buchmesse weitere Verbreitung und eine weit größere Öffentlichkeit.

Alle Plakatemacher und sonstige Interessierte können sich gegen die Beschlagnahmung der zwei Plakate und damit weiterer Einengung von Meinunsgfreiheit wenden und hinter die Veröffentlichung stellen.

Kontakt: Kulturzentrum e.V., 6 Frankfurt, Kurfürstenstr. 16

ENTMÜNDIGUNG? DEUTSCHE JUSTIZ DROHT KOPF ZU VERLIEREN

WESTBERLIN (INFOBUG/ID) 14. September

Fritz Teufel, in Berlin in Untersuchungshaft wegen „erpresserischer Geiselnahme, Nötigung von Verfassungsorganen, Vergehen gemäß § 129 StGB u.a." hat sich mit einem aufsehenerregenden Antrag an das Vormundschaftsgericht beim Landgericht Karlsruhe gewandt:

„Sehr geehrte Leute,

Hiermit beantrage ich die sofortige Entmündigung eines gewissen Siegfried Buback, wohnhaft und vorwiegend tätig in Karlsruhe. Besonderes Kennzeichen: Auffallend dicke Unterlippe (die Buback häufig riskiert zwecks Verächtlichmachung der Republik: „Leute wie Herold und ich finden immer einen Weg...") Insbesondere macht sich Buback in seiner Eigenschaft als Generalbundesanwaltschaft seit Jahren fortgesetzt stark für die Isolierhaft einer besonderen Kategorie gewöhnlicher Gefangener, bei deren Charakterisierung sich die freie Presse sehr schwer tut. Vor ca. 14 Tagen z.B. hat er das Verfahren gegen mich und andere in Berlin übernommen — schon verpaßt man uns wieder Einzelhofgang. Dabei liegen inzwischen zig Gutachten vor über die mörderische Wirkung von Isolierhaft, und zu den Opfern derselben im weiteren Sinne zählen auch schon Mitglieder der Diplomatischen Korps und ein Gerichtspräsident. Den Buback läßt das alles kalt — er hat wohl eine fürchterliche Kindheit gehabt. Seine sofortige Entmündigung im Interesse des Gemeinwohls ist dringend geboten — oder sehen Sie eine andere Möglichkeit ?

Als Amt vormund schlage ich den Berliner Justizsenator, Professor Schlaumann vor. Schlaumann verdankt sein Amt einem beispielhaften Akt der Frauenemanzipation und läßt durch vergleichsweise fortschrittliche Äußerungen aufhorchen. Laut Tagesspiegel vom 17.8. soll Schlaumann gesagt haben, „er werde sich dem anmaßenden Wunsch dieses Kreises von Inhaftierten, unter sich bleiben zu wollen, nicht beugen." Das ist echt komisch, denn wie gesagt, seit dem 17.8. bleiben wir,nach Mitteilung der Anstaltsleitung mit Wissen Schlaumanns, unter uns, d.h. jeder unter sich alleine, ohne daß einer von uns 'nen entsprechend anmaßenden Wunsch geäußert hätte. Vielleicht hat sich Baumann hier nem anmaßenden Wunsch Bubacks gebeugt und bringt dann — typisch zerstreuter Professor — alles durcheinander. Damit das alles anders wird, muß Buback entmündigt und Baumann Vormund werden. In diesem Sinne hoffe ich, bald von Ihnen zu hören.

Mit freundlichem Gruß."

RECHTSANWALT CROISSANT FORDERT DIE ABLEHNUNG DER STAATSANWÄLTE

DÜSSELDORF (ID) 7.September

Rechtsanwalt Croissant als Verteidiger von Karl Heinz Dellwo, einer der vier Angeklagten im Prozeß um den Anschlag auf die Deutsche Botschaft in Stockholm, stellt in einem Schreiben an das Oberlandesgericht Düsseldorf den Antrag:

1. das Verfahren zu unterbrechen, bis die Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft, Bundesanwalt Kr.Krüger und Staatsanwalt Nehm abgelöst sind,

2. den Bundesminister der Justiz zu ersuchen, die genannten Sitzungsvertreter unverzüglich auszuwechseln.

Begründung:

1. Bereits aus den beigezogenen Akten bezüglich des früheren Mitgefangenen Siegfried Hausner ergibt sich der dringende Verdacht, daß Bundesanwalt Dr.Krüger und Staatsanwalt Nehm die vom Generalbundesanwalt und/oder von ihnen selbst erteilte Anordnung, den schwerverletzten Siegfried Hausner trotz akuter Lebensgefahr in das Krankenrevier der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim zu verlegen, obwohl dort die medizinisch unbedingt notwendige Intensiv- und Spezialbehandlung für Verbrennungsschäden und Schädelverletzungen nicht durchgeführt werden konnte, am 29.4.1976 durch Beamte des Bundeskriminalamtes ausführen ließen.

Diese Anordnung bedeutete für den ‚vital gefährdeten' Gefangenen, für den ‚äußerste Infektionsgefahr'bestand , nach medizinischer Beurteilung das sichere Todesurteil.

Damit richtet sich gegen die Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft der Vorwurf, an einem gemeinschaftlichen und vorsätzlichen Tötungsverbrechen im Sinne der §§ 211, 212 StGB teilgenommen zu haben.

Die Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft können sich nicht damit entschuldigen, Prof.Dr.Pichelmeier habe gefordert, Siegfried Hausner aus der Universitätsklinik Lindenburg zu verlegen. Falls eine solche Forderung von Prof.Dr.Pichelmeier überhaupt gestellt wurde, so geschah dies nur deshalb, weil der offensichtlich haft- und fluchtunfähige Gefangene durch vorgebliche Sicherheitsmaßnahmen so umfassend bewacht wurde, daß der Krankenhausbetrieb und die anderen Patienten in unerträglicher Weise gestört wurden. Insoweit wird auf den Aktenvermerk des Bundeskriminalamtes vom 29.4.1975 verwiesen. Professor Pichelmeier hat die Transportunfähigkeit bestätigt zu einer Zeit, als die Bundesanwaltschaft mit anderen Kliniken, darunter d• Brandspezialklinik Ludwigshafen, Verhandlungen um die Aufnahme von Siegfried Hausner führte. Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt haben den Arzt bewußt mit der Zusage getäuscht, Siegfried Hausner in eine Spezialklinik zu verlegen.

Aus dem gleichen Aktenvermerk vom 29.4.1975 ergibt sich ferner, daß die beiden Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft ihre Hilfsbeamten nicht angewiesen haben, die Bewachung auf ein ärztlich vertretbares und den Krankenhausbetrieb nicht störendes Maß zu senken.

Auch ist dem Aktenvermerk nicht zu entnehmen, daß die beiden Sachbearbeiter und Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft sich gegen den vom Bundeskriminalamt durchgeführten Transport des Gefangenen in die Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim in irgendeiner Form zur Wehr gesetzt hätten. Zum Beweis dieser Tatsachen stellt die Verteidigung den Antrag, Bundesanwalt Dr.Krüger und Staatsanwalt Nehm über die zuvor bezeichneten Tatsachen sofort verantwortlich zu vernehmen, hilfsweise, dienstliche Äußerungen von beiden Sitzungsvertretern einzuholen.

Sitzungsvertreter einer Strafverfolgungsbehörde, die bereits nach dem der Verteidigung bis jetzt zugänglichen Akteninhalt im dringenden Verdacht der Beteiligung an einem Vorgang stehen, der strafrechtlich ein vorsätzliches Tötungsverbrechen darstellt, haben nach ihrer gesetzlichen Funktion die Befugnis verwirkt, als Ankläger aufzutreten. Dies gilt umso mehr, wenn der betreffende Vorgang, der Gegenstand des Vorwurfs ist, in der Hauptverhandlung im Rahmen der Sachaufklärung zu erforschen ist.

Die Unterbrechung der Hauptverhandlung bis zur Auswechslung der beiden Sitzungsvertreter ist auch im Rahmen der prozessualen Fürsorgepflicht geboten. Sollte sich der Verdacht gegen die beiden Sitzungsvertreter bestätigen, wäre nicht sichergestellt, ob sie — schon wegen der Schwere des erhobenen Vorwurfs — auch noch weiterhin für das Verfahren zur Verfügung stehen.

2. Das Ersuchen um Auswechslung der Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft soll an den Bundesminister der Justiz gerichtet werden, weil sich aus der Vernehmung der beiden Sitzungsvertreter oder ihren dienstlichen Äußerungen ergeben wird, daß der Generalbundesanwalt von der Anordnung der Verlegung Siegfried Hausners gewußt hat, weil seine Unterrichtung über den Sachverhalt bei dem Gewicht der Anordnung, einen mit dem Tode ringenden Gefangenen in das Krankenrevier eines Gefängnisses zu verlegen, für die Sachbearbeiter der Bundesanwaltschaft geboten war. Damit steht auch Generalbundesanwalt Buback im Verdacht, an der Hinrichtung des wehrlosen Gefangenen direkt beteiligt zu sein.

Rechtsanwalt Dr.Croissant"

SCHULDSPRUCH WEGEN 'MEINEIDS' GEGEN ENTLASTUNGSZEUGIN EINES DEMONSTRANTEN-PROZESSES!

KÖLN (ID) 9.September

Am 14.7.76 wurde Anette M. in 2. Instanz vom Kölner Landgericht wegen ‚Meineid' zu 9 Monaten Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung verurteilt. Sie hatte in einem Demonstrationsprozeß ausgesagt, daß der Angeklagte weder Widerstand geleistet noch einen Fluchtversuch gemacht hatte. Dies stand im Gegensatz zu der Aussage zweier Polizeizeugen.

Es handelte sich um die Demonstration gegen 12 Todesurteile im Iran am 1.12.73 in Köln. Dort hatte Annette M. gesehen, wie eine Kette ihr bekannter Demonstranten zusammen festgenommen wurde, darunter befand sich auch der angeklagte Demonstrant, der ebenso wie alle anderen seiner Kette weder einen Fluchtversuch unternahm noch Widerstand gegen die Festnahme leistete. Die beiden Polizisten, die den Angeklagten festgenommen hatten, behaupteten demgegenüber, der Demonstrant sei damals vor ihnen geflüchtet, sie hätten ihn 25 - 30 m weit in einem kurzen Spurt verfolgt, ohne von Demonstranten und Passanten behindert worden zu sein und hätten ihn schließlich an einem Schuhgeschäft gestellt. Dort habe er Widerstand geleistet.

Dem ist entgegenzuhalten: a) die Demonstration fand an einem verkaufsoffenen Vorweihnachtssamstag in einer Hauptgeschäftsstraße Kölns statt, die Straße war voller Menschen, die durch Abdrängungsaktionen der Polizei noch dichter zusammengedrückt wurden. Ein Spurt – dazu noch unbehindert – war absolut unmöglich! b) in 25 – 30 Meter Entfernung gibt es kein Schuhgeschäft. Das erste Schuhgeschäft ist mindestens 60 Meter von dem Ort entfernt, der von der Zeugin Annette als Festnahmeort und von den Polizisten als Ausgangspunkt ihres Spurts bezeichnet wurde.

Diesen und anderen Fragwürdigkeiten der Polizeiaussagen ging das Gericht in keiner Weise nach, sondern befand das, was die Polizisten ausgesagt hatten, für glaubwürdig und wahr. So hatte einer der Polizisten, der zugab ‚juristisch geschult' zu sein, auf die Festnahmekarte als Grund der Festnahme nur ‚Teilnahme an einer verbotenen Demonstration' geschrieben; drei Wochen später schrieb er in seinem Festnahmebericht, der Angeklagte habe bei seiner Festnahme „um sich getreten und um sich geschlagen". Der andere an der Festnahme beteiligte Polizist gab in der Berufungsverhandlung des angeklagten Demonstranten selbst zu, daß er nach wie vor das Verhalten des Angeklagten nicht als ‚Widerstand' bezeichnen würde. „die Bewegungen war mehr Reflexbewegungen".

Worauf gründet jetzt aber das Gericht die Behauptung, die Zeugin Annette M. habe vor Gericht bewußt die Unwahrheit gesagt? In einem Meineidsverfahren muß das Gericht mehrere Dinge feststellen: zum ersten muß es obsolute Klarheit über den objektiven Tatbestand haben. In diesem Punkt stützt sich das Gericht voll und ganz auf die Polizeiaussagen und besonders den Bericht vom 21.12. 1973, trotz ihrer Widersprüchlichkeiten. Und obwohl Aussagen anderer Zeugen, die im Meineidsverfahren von Annette M. auftraten, den Darstellungen der Polizisten an zentralen Punkten widersprachen.

Zum zweiten muß das Gericht der Angeklagten nachweisen, daß sie bei ihrer Zeugenaussage bewußt die Unwahrheit gesagt habe. Sowohl die 1. wie auch die 2. Instanz gehen davon aus, daß nicht mit letzter Sicherheit feststellbar sei, daß Annette M. im Punkt ‚Widerstand' bewußt die Unwahrheit gesagt habe, daß sie aber den Festnahmevorgang beobachtet hat.

Am Punkt ‚Weglaufen vor der Polizei' (einem strafrechtlich nicht relevanten Punkt) habe Annette aber – nach Meinung der Gerichte – auf jeden Fall bewußt die Unwahrheit gesagt. Beweis: die übereinstimmenden Aussagen der Polizisten. Unterstellt das Gericht jedoch die Flucht bis zum Schuhgeschäft als wahr, dann kann es nicht als wahr unterstellen, daß die Angeklagte die Festnahme überhaupt gesehen hat und nur anders gewertet habe. Überall dort, wo das Gericht der Angeklagten eine bewußte Falschaussage nachweisen will, muß es aber auch ein Interesse, ein Motiv nachweisen können. Das Motiv der Angeklagten – so behauptet es das Gericht – sei es gewesen, einem ‚Gesinnungsgenossen' zu helfen, sie habe ja selber demonstriert.

So hat das Gericht, ohne – außer den Polizeiaussagen – weitere Beweise anführen zu können, Annette M. für schuldig befunden, ein Verbrechen begangen zu haben. Das bedeutet für sie: Infragestellung der Möglichkeit, das Staatsexamen machen zu können, das Verbauen einer Berufsperspektive überhaupt, lebenslängliche Diskriminierung als Vorbestrafte.

So schwerwiegend die persönlichen Konsequenzen des Urteils für Annette sind, so schwerwiegend sind auch die politischen Konsequenzen des Urteils: denn das Urteil stellt eine Bedrohung für jeden dar, der in einem politischen Prozeß als Zeuge der Verteidigung gegen einen oder mehrere Polizisten aussagt. Das ist ein Element der Einschränkung der Verteidigung bei politischen Prozessen.

Die Kölner Staatsanwaltschaft hat – wie wir inzwischen erfahren haben – neue Meineidsverfahren gegen Entlastungszeugen in Demonstrationsprozessen eingeleitet.

Dies zeigt, wie wichtig es ist, der Zeugenbedrohung entgegenzuwirken und Verwerfung des Urteils gegen Annette und Freispruch für die Angeklagte zu fordern sowie die Einstellung aller neuen Verfahren zu verlangen.

Unterstützt die Forderung nach Freispruch: Informations-Broschüre: F.S.Süsterhenn, Kloberstraße 8, 6503 Mainz-Kastel.
Wir haben ein Spendenkonto eingerichtet: Postscheckkonto Nr. 105913–678 Ludwigshafen, Stichwort ‚Prozeß', Madelein Glaser.



ALTERNATIVES STADTBUCH „MIT BLATT DURCH DIE STADT"

MÜNCHEN (BLATT/ID) 15. September

Vom BLATT (Münchner Stadtzeitung) ist ein Stadtführer durch München rausgekommen. Mit detaillierter Stadtbeschreibung und konkreten Hinweisen auf Lebens- und Wohnmöglichkeiten, Möglichkeiten der Selbstorganisationen und Zerstörung der Wohngebiete durch Banken und Versicherungen. Wo man Freaks trifft und wie man Geld spart. Eben ein alternatives Stadtbuch, das auf den täglichen Bedarf ausgerichtet ist. Es kostet 7 Mark außerhalb von München und 5 Mark in der Region München. Bestellungen von außerhalb Münchens an den Trikont Verlag, Josephsburgstr. 16, 8000 München 80.

Außerdem gibts noch immer das Extra-BLATT über Repression und Widerstand in der BRD, welches man kaufen sollte zur Unterstützung des BLATTes, welches einige Prozeßkosten auf sich zukommen sieht. Vom Solidaritätszweck abgesehen ist der Inhalt dieses Extra-Blattes sehr vorzüglich und lesenswert. Wer's noch nicht hat, laufe zum nächsten linken Buchladen und kaufe sich da das Heft für zwei Mark!

WOHNRAUMVERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT GEGRÜNDET

KÖLN (ID)
16. September

Nachdem die Bewohner der Aachenerstrasse (s. ID 142) vor der Räumungspolizei aufs Dach flüchteten, nachdem ihnen dort die Dachziegeln unter den Füssen weggeschlagen wurden und sie auf das Dach des Nachbarhauses flüchteten um sich zu retten, hat sich eine neue Bürgerinitiative gegründet. Auf Plakaten, die überall in der Stadt geklebt wurden, steht unter anderem:
„Hier hilft nur eins. Möglichst viele müssen sich zusammenschließen und radikal ihre Rechte verteidigen. Zu diesem Zweck haben wir die Wohnraumverteidigungsgemeinschaft gegründet. Wir wollen verhindern, daß alte Häuser ungerechtfertigt geräumt werden. Bereits leerstehende Häuser wollen wir renovieren und sie alten Bewohnern und Bedürftigen zur Verfügung stellen.

Wenn sie selbst schon aus einem Altbau vertrieben wurden, oder jemanden kennen, der so etwas mitgemacht hat, wenn sie leerstehende Häuser kennen, die demnächst dem Bagger zum Opfer fallen sollen, wenn sie selbst mithelfen wollen, leerstehende Häuser wieder bewohnbar zu machen oder wenn sie uns dafür Material oder Werkzeug geben können, wenn sie die Wohnraumverteidigungsgesellschafft interessiert, wenden sie sich an Wohnraumverteidigungsgesellschaft 5 Köln 1, Salierring 41.''



JUGENDWOHNHEIM ZIEGELHÜTTENWEG: ENTWEDER ANPASSUNG ODER RAUSSCHMISS

FRANKFURT (ID)
12. September

Der ehemalige Heimleiter H.Plum hat bis zu seinem Ausscheiden im April dieses Jahres das Heim nicht nur in ein Defizit von etwa 500 000 DM „geführt", sondern durch Druck und zum Teil Züchtigung verhindert, daß wir uns wehren. (In unserem Haus, einem Jugendwohnheim leben zur Zeit ca. 20 Jungs zwischen 14 und 22 Jahren.). Auf unserem Rücken sollen die Fehler und Schweinereien von Heimleitern , Vereinen und der Kirche ausgetragen werden. Es soll verhindert werden, daß wir endlich Bedingungen schaffen, unter denen wir lernen können, selbständig und selbstverantwortlich unser Leben zu gestalten.

Plums päd. Konzept bestand aus Willkür und Faustrecht. Je nachdem, ob man sich seinen Vorgesetzten anpasste oder nicht, bekam man Taschengeld,Kleidergeld bzw. Spargeld früher oder später ausbezahlt, durfte man das Zimmer nach eigenem Geschmack einrichten, durfte zum Nachtessen obwohl man es vergessen hatte sich einzutragen, bekam man einen Haustürschlüssel oder nicht. Wer sich den Anordnungen von Plum widersetzte, mußte damit rechnen, von unserem bulligen Heimleiter zum Boxkampf herausgefordert zu werden. Davor hatte jeder Angst, denn Plum schlug erbarmungslos zu und sah im Boxkampf eine legale Möglichkeit einzelne fertig zu machen. Allerdings wenn Plum entsprechend gelaunt war, verzichtete er auf den „sportlichen" Kampf. Dann rief er sein Opfer in sein Büro, schloß die Tür ab und ließ seine Wut ohne Handschuhe an ihm aus. Auf diese Art und Weise „unterhielt" sich Plum weniger mit den Jugendlichen, sondern mit den älteren Heimbewohnern (20 – 30 J.), die Plum irgendwann aus finanziellen Gründen aufgenommen hatte. Diese jungen Männer, total von unserem Heim leiter abhängig, bildeten den Kern der „Heim–Mafia". Dieser unorganisierte Zusammenschluß der Habenichtse war Spitzel- und Prügeltruppe zugleich. Im Alltag verhielt sich Plum uns gegenüber als Verwaltungsmann. D.h. er spielte Heimleiter und hatte ansonsten keine Zeit für uns. Außer daß sich Plum schwerer Aufsichtspflichtsverletzungen schuldig gemacht hat, zeigte sich seine Arbeitshaltung auch im verwaltungstechnischen Bereich. Der Schriftverkehr blieb trotz mehrmaliger Mahnungen unbeantwort et. Einige Firmen bzw. Behörden drohten mit dem Gerichtsvollzieher , da die dritte Mahnung vorlag.Von alledem mußte Plum gewußt haben. Dies wurde noch bestätigt, als nach acht Tagen durch den Schlüsseldienst die Türen zur Vorratskammer und dem Büro geöffnet wurden. Alle aktuellen Unterlagen wie Personalpapiere, Abrechnungsunterlagen der letzten zwei Jahre sowie die Kleidergeld- Taschengeld- und Gruppengeldnachweise fehlten. Außerdem wurde festgestellt, daß Plum teilweise jahrelang keine Personalabgaben fürs Personal abgeführt hat, wohl aber angerechnet hat.

Leider und das ist sein Pech, hat Plum nicht das gesamte Belastungsmaterial beiseite geschafft. Aufschlußreich sind für uns die Metro-Rechnungen aus den Jahren 72 – 74, weil jeder Posten einzeln aufgeführt ist. Stangen Zigaretten, Spirituosen, Weine, Feinkost (Puten, Forellen) und Schmuck sind auf den Rechnungen des Hauses zu finden. Dieser Luxus stand im krassen Gegensatz zum Küchenbereich des Heimes. Unsere berechtigten Interessen gegen das Essen wurden meist abgetan mit dem Hinweis „ wenn es dir nicht schmeckt, kannst du ja ausziehen",

Vor fortschrittlichen Mitarbeitern bestritt Plum seine Machenschaften und versuchte sie so gut wie möglich zu vertuschen. Plum wurde auch kaum vom Trägerverein des Heims – Jugendwohnheim Bischof-Dirichs e.V. – kontrolliert oder zur Rede gestellt; er war ja der Geschäftsführer desselben. Auch das Stadt- wie Landesjugendamt hat jahrelang die Heimaufsicht grob vernachlässigt.

Nachdem bekannt wurde, daß unser Heim geschlossen werden sollte, haben wir bei uns die Selbstverwaltung des Heimes durch Bewohner und Mitarbeiter eingeführt. Obwohl ein Mitarbeiter der FR mehrmals bei Gesprächen im Heim dabei war und auch darüber geschrieben hat, wurden ab einem bestimmten Zeitpunkt auch keine noch so kurzen Artikel im Lokalteil gebracht. Auch die „Neue Presse an die wir uns wandten, berichtete nichts. Noch auffälliger erscheint uns, daß der Bericht des Kamerateams der „Hessenschau" nicht gesendet wurde – obwohl man uns dies mindestens drei mal ankündigte. Wie wichtig das Informieren der Öffentlichkeit ist, haben wir im Juni gesehen, als der Träger erst dann auf unsere Forderung, das Heim nicht aufzulösen einging, als ein Bericht in der FR erschienen war. Wir haben den Eindruck, daß die Berichterstattung nach jenem Informationsgespräch stoppte, bei dem den Beteiligten die Tragweite der Versäumnisse klar wurde. Es nahmen unter anderem teil, der Vorsitzende des privaten Trägervereins, der Stadtjugendpfarrer W.Hübinger, H. Vogler vom Landerjugendamt, der Leiter des Stadtjugendamtes H. Faller, W.Ladeck, städtische Heimaufsicht, Isa Peresohn, Vorsitzende derSachsenhäuser SPD und einige Jusos. Dort haben wir die Vorwürfe gegen Plum: Unterschlagung, Bereicherung und Züchtigung dargestellt. Hübinger hatte angekündigt, das Heim solle geschlossen und die Jugendlichen verlegt werden. Es wurde ein Aufnahmestop für neue Jugendliche verhängt. Der katholische Träger wollte warten, bis die Heimbewohner entlassen oder in andere Heime verlegt waren. Später wollte er dann das Heim mit 50 neuen Jugendlichen belegen. Aus Richtzahlen ergibt sich aber eine optimale Belegzahl von 35 Jugendlichen für unser Heim bei 8 ausgebildeten Pädagogen. Außerdem hatte mit den Anfängen der Selbstverwaltung (ein großes Wort, wenn man lange unmündig gehalten wird) eine enge vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Pädagogen und Jugendlichen begonnen. Wem war das wohl ein Dorn im Auge? Wir haben angefangen, die nötigen Arbeiten in und um das Heim selbst in die Hand zu nehmen und unser Leben zu organisieren. Wir wollen nicht wieder auseinandergerissen werden und uns vor autoritären Heimleitern ducken müssen! Am Beispiel des Heims in der Hans Thoma Str. wird deutlich – wie auch Haller bestätigte – daß auch eine Heimleitung im Team funktionieren kann.





Wir haben nun deshalb gefordert:
- keine Schließung des Heims
- Neueinweisung von Jugendlichen
- Einstellung von neuem Personal
- Erhöhung der Pflegesätze
- Offenlegung der Finanzen des Hauses
- Übernahme durch die Stadt
- kein Heimleiter
- weiterhin Selbstverwaltung von Personal und Jugendlichen (In realistischer Reihenfolge)

Doch seit Wochen werden wir im Unklaren gelassen, wie's weitergehen soll. Keiner der Verantwortlichen bei Kirche, Land und Stadt macht eine klare Aussage. Auf diese Weise werden wir einem „Teufelskreis" von Sachzwängen und einem ständig wachsenden Druck ausgesetzt, bedingt unter anderem durch Geld– und Personalmangel. Schließlich verlangte Pf. Hübinger von den Pädagogen, sich von den Forderungen der Jugendlichen nach Übernahme durch die Stadt verbunden mit weiterer Selbstverwaltung - die unter der Kirche wohl unmöglich ist - zu distanzieren. Der neueingestellte Geschäftsführer des Trägervereins, H. Schäffer, versucht den starken Mann zu spielen, der alles zur Zufriedenheit des bischöflichen Ordinariats von Limburg lösen kann. Wie er sich eine Zusammenarbeit mit dem Heim vorstellt, äußert sich darin, systematisch die mit H. Hübinger abgemachten Bedingungen zu hintergehen. Nach langen Auseinandersetzungen hatten wir endlich erreicht, daß die Finanzierung des Heims nicht über eine Handkasse läuft, deren Betrag abhängig ist von demGutdünken des Trägervereins, sondern über ein neues Konto des Heims, woraus zweckentsprechend die Pflegegelder eingehen.

Schäffer will dies nun rückgängig machen: In einem Brief verkündete er, daß in Zukunft alle Rechnungen vom katholischen Jugendamt bezogen werden sollen. Ansonsten unser geschäftsführender Sozialarbeiter nur noch Barbeträge ausgehändigt bekommen soll. Dasselbe gilt für die Küche. Daß dies eine sinnvolle pädagogische Arbeit verunmöglicht und gleichzeitig eine Entmündigung der Mitarbeiter bedeutet, scheint H. Schäffer nicht zu sehen oder bewußt in Kauf zu nehmen. Für uns stellt die Dienstbespr. die Heimleitung dar. In diesem oder einem weitern Gremium haben wir bisher mit Hübi verhandelt. Schäffer versucht nun permanent durch Einzelgespräche mit den Mitarbeitern unsere Kraft der gemeinsamen Aktion zu zersplittern. Die Tendenz, was für Schäffer Konsolidierung des Heimbetriebs bedeutet, ist klar. Er will nicht ein Modell schaffen, in dem die Interessen der Jugendlichen vertreten werden, sondern auch weiterhin die politischen und moralischen Erziehungsvorstellungen von Kirche und reaktionären Gruppen durchsetzen. Wo ist hier der Unterschied zu Plum? Vielleicht ist Schäffer nur klüger und arbeitet etwas subtiler. Praktisch gezeigt hat sich seine Einstellung, als er ein Plakat(Gedicht auf Grundlage des Vater-unser) der Jugendlichen von der Wand riss. Auf einen Brief der Jugendlichen sah er sich nicht genötigt einzugehen, sondern versuchte anfänglich sogar seinen Erhalt zu leugnen; Wenn Schäffer auf so eine Art und Weise die Jugendlichen einfach negiert und diskriminiert im Sinne: ihr seid nicht wert, daß ich mich

mit euch auseinandersetze, dann braucht er sich nicht zu wundern, wenn er bei Verlassen des Hauses mit Eiern beschmissen wird.

Der Trägerverein und das bischöfliche Ordinariat in Limburg wollen Konflikte im Heim so schnell wie möglich lösen (oder auflösen) um vermutlich das Haus dem Caritasverband zu übergeben. Endlich mal wieder mehr Zeit und Ruhe für Freizeit zu haben ist auch unser Interesse, jedoch nicht für den Preis, unsere Forderungen aufzugeben. 1 Diplompädagoge und eine Wirtschaftsleiterin wurden eingestellt, strafrechtliche Verfolgung von Plum wurde uns versprochen, die Pflegesätze erhöht, (jedoch nicht ausreichend). Doch dies ist nur ein kleiner Teil unserer Forderungen.

Es liegt auf der Hand, daß den Verantwortlichen: dem Trägerverein mit katholischer Kirche, den SPD-Beamten im städtischen und Landesjugendamt klar geworden ist, daß ein Bekanntwerden der Mißwirtschaft, Bereicherung un d des jetzigen Taktierens nicht zuletzt ihr Versagen bzw. Dulden bei der Kontrolle des Heimleiters offenlegen würde. Aber sie fürchten wohl auch, daß es nach den Konflikten in unserem Heim, der Emil Claar–Str., Zingelswiese, Eschborn, Hans Thoma–Str. auch in anderen Heimen zur Selbstorganisation kommen könnte.

Im Wintersemester wird im Rahmen einer Veranstaltungsreihe am Pädagogischen Seminar der Universität zur sozialpolitischen Situation in Frankfurt auch unser Versuchder Selbstverwaltung zur Diskussion stehen. Es kann sich dann jeder ein Bild von dem Verhältnis der Forderung nach „mündigen Bürgern" und der Praxis der SPD-Politik machen und Schlußfolgerungen ziehen.

Eine Dokumentation kann für 2 DM bestellt werden bei: Jugendwohnheim Ziegelhüttenweg 149, 6 Frankfurt

Berichtigung der Meldung zu diesem Konflikt im ID 140/141, S. 4
Als einzige bürgerliche Zeitung hat die Ortsbeilage Sachsenhausen von der FR auch weiterhin über unseren Konflikt berichtet!

WIE DIE BUNDESWEHR GEGEN DEN INNEREN FEIND MANÖVRIERT

KOBLENZ (ID) 16. September

Der Krieg, den die NATO-Truppen in den jetzigen Herbstmanövern durchgespielt haben, hat viele Gesichter. Durchgängig taucht neben östlichen Armeen auch die eigene Bevölkerung als Feind auf. Ein Kompaniebefehl aus einem Instandsetzungsbataillon in Koblenz gibt für den Übungskrieg folgende Lage an: „In den Morgenstunden des 12. Sept. 76 wurden in der Stadt Koblenz Demonstrationszüge mit Spruchbändern festgestellt, die die Forderung enthielten: ‚Bundeswehr raus aus der NATO'. Da der Kurier der 3. KP. des Bataillons an der Durchführung seines Auftrages durch Demonstranten gehindert wurde, wird folgendes befohlen: ‚Stabs- und Versorgungsdienst ist weiterhin für das Bataillon zu gewährleisten. KFZ (einschl. Kurierfahrer) fahren absofort zur 4. Kp.... Eventuell auftretende Störungen sind der Kompanie unverzüglich zu melden.'

Der Jargon eines anderen Kompaniebefehls dieser Übung könnte aus dem zweiten Weltkrieg stammen: „Fremdarbeiter" so heißt es da, verlassen „durch Agitation in den Betrieben ihre Arbeitsplätze und treten die Heimreise an. Orange verstärkt die Propaganda in Rundfunk und Fernsehen. Die Bewohner grenznaher Gebiete werden aufgefordert diese zu verlassen, da BLAU entlang der Grenze Truppen konzentriert. In dem ostwärtigen Gebiet des Gefechtsstreifens des III. Korps kam es im Verlaufe der Nacht zu ersten ungelenkten Bevölkerungsbewegungen."

Wie die BuWe sich auf „ungelenkte Bevölkerungsbewegungen" vorbereitet, schildert ein Soldat von einem zurückliegenden Manöver:

„Am ersten Dezemberwochenende hatten wir in der Kopf-Kaserne in Altenwalde einen großen Alarm. Unser Bataillon mußte die Kaserne gegen anrückende „Saboteure und Zersetzer" verteidigen. Schon bei der Befehlsausgabe bekamen wir sie zu sehen: Ein Häuflein Leute mit Transparenten und roten Fahnen, die vor dem Kasernentor demonstrierten, mit Flaschen und Steinen warfen.

Keiner von uns wußte, was eigentlich los war: Hauptmann und Sicherheitsoffiziere redeten auf die Demonstranten ein. Wir selbst mußten Alarmposten besetzen, mit der Waffe im Anschlag. Was das ganze Theater zu bedeuten hatte, wurde uns erst nach Stunden gesagt: Die ganze „Demonstration" war von Soldaten einer anderen Einheit gestellt worden.

Die größte Schweinerei war dabei noch, daß der Protest der Bevölkerung Altenwaldes gegen den Bau einer neuen Panzerringstraße in die Übung mit hineingebracht wurde: Eine Protestparole gegen die Panzerstraße war auf einem der Transparente der „Demonstranten" zu lesen. Als bei uns der Groschen gefallen war, waren wir ganz schön sauer. Da sollten wir auf Leute schießen, gegen die wir garnichts haben! Einige meinten, daß sie das im Ernstfall niemals machen würden. Andere: „Das müßte man filmen, die draußen glauben so was gar nicht."

Tatsächlich spielt sich heutzutage in den Kasernen eine Mobilmachung gegen sämtliche „Störer der Sicherheit" (das soll wohl dann die Zivilbevölkerung sein) ab, daß man's kaum glaubt: Wir saßen da, hatten kriegsmäßig die Fenster mit Decken verhängt, Kerzenlicht, Radioverbot (!) und wußten nicht, wo hinten und vorne ist.

Die Unsicherheit der Soldaten, ihre ständige Abschirmung von der Außenwelt wird dazu benutzt, sie dafür zu drillen, auf alles zu schießen, was von den „Führern" als „Feind" bezeichnet wird. Die Übung hat gezeigt, daß es sich um den „Inneren Feind" handelt, d.h. die Kollegen aus den Betrieben oder die Bürger von Altenwalde."

FREISPRUCH FÜR AUFKLÄRUNG IN BUNDESWEHR

KOBLENZ (ID) 6.September

Um Aufklärung der Soldaten über die Armee in der sie dienen, bemüht sich der Koblenzer „ak Bundeswehr" bereits seit fünf Jahren. Im Hinterhaus der Hofstraße 270 im Stadtteil Ehrenbreitstein beantworten Mitarbeiter des „Arbeitskreises Bundeswehr & KDV" nach Vereinbarung oder Montags von 19 bis 21 Uhr kostenlos Einzelfragen zum Soldatenrecht und informieren über Rüstung, Bundeswehr, Antimilitarismus und Kriegsdienstverweigerung.

Anstoß wird stets erregt, wenn der ak Flugblätter verteilt, die die Bundeswehr in trübem Licht erscheinen lassen. Die Flugblattverteiler werden häufig festgehalten und nach Personalien ermittelt – nur um festzustellen, daß gegen sie ja doch nichts vorliegt. Zwei Prozesse gegen sie konnten ihre Aktivität nicht einschränken, der letzte Prozeß am 2.September wegen „Verfassungsfeindlicher Angriffe" und „Störpropaganda" gegen die Bundeswehr erbrachte für den verantwortlichen Frank Roth abermals Freispruch.

Über das Vorgehen der Bundeswehr machte sich der ak vor dem Prozeß Gedanken, um sie den Soldaten zu vermitteln – per Flugblatt:

„Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, verschlechtert sich die Lage der Soldaten immer weiter. Gleichzeitig wird die Informations- und Aufklärungsarbeit dazu mehr und mehr unterdrückt.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

Was ist los in den Kasernen?

Januar 1974 wurde der Wehrsold zum letzten Mal erhöht. Das heißt, die Wehrpflichtigen haben seit über 2 1/2 Jahren den gleichen Sold von monatlich 165 DM in den ersten 6 Monaten und 210 Mark danach.

Was damals schon zu wenig war, ist heute noch weniger geworden. Die Inflation hat einen beträchtlichen Teil davon aufgefressen. Hier sei nur an die Erhöhung der Fahrpreise bei Bahn und Kevag (jetzt schon wieder!) erinnert.

Zahlreiche Vergünstigungen sind gestrichen worden: Die Mietbeihilfen für eine Reihe von Soldaten genauso wie in vielen Kompanien die teilweise Vergütungen von Wachdiensten.

Auch der Zapfenstreich ist von 23.00 Uhr auf 22.00 Uhr vorverlegt worden. (Die Soldaten haben keinen Anspruch auf Ausgang über den Zapfenstreich hinaus). Diese Ausgangsbeschränkung war auch nötig, denn die Zahl der Übungen, die Tage der offenen Tür und ähnliches haben sich in diesem Jahr nur so gejagt. Für die Soldaten heißt das: Mehr schuften, noch seltener zu Haus sein.

Die Disziplin in der Truppe hat sich gebessert. Wodurch? Nicht durch bessere Behandlung der Soldaten, sondern die Soldaten werden härter bestraft. So brachte das letzte Jahr für die Bundeswehr eine Rekordeinnahme an Disziplinarbußen: 5 Mio. Mark.

Bei alledem fühlt sich die Rüstungsindustrie im siebten Himmel. Ihr hat das Verteidigungsministerium mehr zugedacht. Da wird anscheinend der Pfennig nicht fünfmal gedreht, bevor 322 neue Flugzeuge (Tornado) zum Systempreis von 48 Mio. DM pro Stück bestellt werden.

Was weiter beunruhigt: Soldaten einer Fallschirmjägereinheit in Wildeshausen waren für 2 Wochen zum ‚Training' bei britischen Fallschirmjägern in Aldershot. Das Aldershot Regiment ist ausschließlich als Bürgerkriegstruppe angelegt und es ist für den Tod von 13 Zivilisten am ‚Blutsonntag von Derry' verantwortlich. (An diesem Sonntag, dem 30.1.72 hatten sich in Derry (Nordirland) 20 000 unbewaffnete Menschen versammelt).

Diese Liste ist keineswegs vollständig. Es gibt genug wichtige Gründe, die die Information und Aufklärung der Soldaten geradezu herausfordern. Viele Soldaten suchen nach Möglichkeiten über diese Probleme zu sprechen und sich zusammenzuschließen, um ihren Willen stärkeren Ausdruck zu verleihen.

Doch was tut die Bundeswehr? Sie sieht viele Probleme der Soldaten auch, wie jeder in den Weißbüchern lesen kann. Aber, wenn es ans Ändern geht, bleibt ihr Arm lahm. Dann versucht sie diese Probleme doch wieder unsichtbar zu machen:

Wieder und immer wieder werden Flugblätter und Zeitungen, die die Soldaten erhalten haben, in den Kasernen eingesammelt, was eindeutig illegal ist.

Oder der Wachhabende fordert die Soldaten auf, die Flugblätter abzugeben, und er notiert die Namen derjenigen, die die Flugblätter behalten wollen. Viele Soldaten werden dadurch eingeschüchtert und befürchten Nachteile, wenn sie ihr Grundrecht auf Informationsfreiheit (was auch ihnen uneingeschränkt zusteht) in Anspruch zu nehmen.

Schließlich hat die Bundeswehr die Justiz eingeschaltet, um Soldatenorganisationen zu bekämpfen. Eine ganze Reihe von Anzeigen wurden gestellt und Prozesse eingeleitet.

Am 2.September soll ein erster Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen des ak stattfinden. Dem ak wird vorgeworfen, er hetze gegen die Bundeswehr und zersetze die Wehrkraft. Als a ngeblichen Beweis hat die Staatsanwaltschaft nach langem hin und her 5 Flugblätter ausgesucht.

Der ak hat die Soldaten nie zur Gehorsamsverweigerung aufgefordert. Er hat vielmehr immer seine Aufgabe in der Information und Aufklärung gesehen und so auch gehandelt.

Die Bundeswehr tut so, als ob die Aufklärungs- und Informationsarbeit des ak die Soldaten verärgere und nicht die Mißstände in der Bundeswehr.

In den nun bald 6 Jahren, die der ak besteht, hat die Bundeswehr nie versucht, sich mit der Meinung des ak und seinen Argumenten in Diskussionen auseinanderzusetzen. Jetzt versucht sie ihn mittels der Justiz mundtot zu machen. Über die Bundeswehr soll also nicht mehr diskutiert werden. Offensichtlich ist sie mit der „wohlwollenden Gleichgültigkeit", die sie in der Bevölkerung feststellt (Weißbuch 1973/74, Seite 49) vollauf zufrieden.

Denn Gleichgültigkeit heißt ja: keine Kontrolle. Solch ein Zustand darf jedoch nicht eintreten. Dafür, daß das Volk – jeder Einzelne und nicht irgendwelche Stellvertreter – die Bundeswehr kontrolliert, wird der ak weiter eintreten.

Wir meinen, diese notwendige Kontrolle übt auch der aus, der zum Prozeß kommt. Wir scheuen die Öffentlichkeit nicht. Wir freuen uns über jeden, der kommt."

GI's VERTEILEN BRIEF

FULDA (ID) 13. September Ende vergangener Woche hat das 'Fulda Soldier committee', eine Gruppe von in Fulda stationierten GI's und amerikanischen Zivilisten, die die Bedingungen, unter denen die amerikanischen Soldaten hier in der BRD leben, kritisieren, folgendes Flugblatt in der Innenstadt von Fulda verteilt:

„Wir schreiben Ihnen im Namen von vielen GI's, die hier in Fulda stationiert sind. Wir trauen den Offizieren der Militärführung in Fulda nicht, wenn die für uns sprechen wollen, weil sie ständig gegen uns arbeiten, während der Dienstzeit und seit neuestem auch danach . Deswegen sprechen wir Sie direkt an.

Obwohl die meisten von uns Deutschland an sich mögen, verdirbt es uns das Militär. Wir glauben nicht, daß wir das Land mit unseren Panzern in unserem Interesse zertrampeln oder im Interesse der arbeitenden Menschen, sondern im Interesse der großen Banken und Konzerne.Wenn wir in der Stadt in Schlägereien geraten sind, ist es nicht, weil wir den Deutschen hassen, sondern wegen der Unzufriedenheit über die Verhältnisse, die in der Armee während unserer schikanierten und bedeutungslosen zweieinhalb Jahre Dienstzeit.

Wenn die deutschen Kneipen und Diskothekenbesitzer zusammen mit den Offizieren der amerikanischen Militärführung in Fulda ihre Clubs und Gasthäuser für GI's Off Limits stellen, zeigen sie mit den Fingern auf uns als die Verursacher der Probleme mit Drogen und Schlägereien. Die wollen wir aber richtigstellen. Die Ursache des Problems, die Präsenz des amerikanischen Militärs in Westdeutschland wird übersehen, 30 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, gegen den gesunden Menschenverstand und die wahren Interessen der arbeitenden Menschen beider Länder.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden, zugunsten von wenigen, Millionen von Dollars hier investiert. Dieses kam durch den sogenannten Marshallplan. Der Marshallplan stellte dasselbe System hier in Deutschland her, indem das Geld und die Macht in immer wenigere Hände gelangt. Und das sind die hohen oben, genau wie in den Staaten. Wegen dieser Investitionen wurden wir hierher geschickt, um Ihr Land zu besetzen, und wir wollen das nicht. Es ist keine deutsche Truppe in unseren Heimaten stationiert, und wir wollen nicht, daß amerikanische Truppen hier sein sollten.

Wir sind dagegen, daß wir überhaupt in anderen Ländern versetzt werden, besonders für Kriege wie Vietnam. Daß wir hier in Deutschland sind, wird als eine Bedrohung der Dritten Welt benutzt. Diese Völker kämpfen dafür, um sich von der amerikanischen Machtstruktur zu befreien. 1973 als wir unsere militärischen Fahrzeuge zur Tarnung anstrichen, wurden Nachschub und Waffen direkt in den Nahen Osten geliefert. Die US–Streitkräfte sind nur aus einem Grund hier, und zwar zum Schutz des amerikanischen Kapitals, zur Ausbeutung der deutschen Arbeitskräfte und Investitionsmöglichkeiten. Eure Regierung arbeitet in Verschwörung mit den amerikanischen Imperialisten, um ihre wirtschaftliche Vorherrschaft zu erhalten.

Wir Soldaten als Arbeiter in Uniform haben mehr gemeinsam

mit diesen unterdrückten Völkern, als mit unseren Offizieren. Wir appellieren zu allen gleichgesinnten Deutschen, einzusehen, wer verantwortlich ist dafür, daß Ihr Land zertrampelt wird."

FRAUENKONGREß FINDET ERSTMAL NICHT STATT

HAMBURG (ID) 16. September

In Hamburg sollte vom 8. - 10.Oktober ein internationaler Frauenkongress zum Thema: Frauenhäuser für mißhandelte Frauen in Deutschland stattfinden. Einladungen waren schon an alle Frauenhäuser der BRD, England, Frankreich und Holland verschickt. Leider sind die Räume, in denen der Kongress tagen sollte bis zu dem Termin noch nicht benutzbar. Deshalb wird er erstmal verschoben, wahrscheinlich bis zum nächsten Frühjahr. Der ID wird rechtzeitig darüber berichten.

INTERNATIONALES

ZEHN VERLETZTE BEI NUKLEAR-UNFALL

NEW YORK (ID) 8. September

Am 30. August explodierte eine kleinere Menge radioaktiver Abfallprodukte in einem Werk in Hanford, Washington. 2 Arbeiter wurden dabei von dem flüssigen Material bespritzt, 8 weitere wurden von einer kleineren Strahlendosis verseucht. Durch eine unvorhergesehene chemische Reaktion in dem 13-quart (etwas weniger als 13 Liter) Behälter wurde ein zu großer Druck erzeugt, der den Behälter und ein Plexiglasfenster, welches die Arbeiter vor der Radioaktivität schützen sollte, sprengte. Die Firma Atlantic Richfield betreibt das Werk Hanford unter einem Regierungsauftrag. Aus flüssigen Plutoniumabfällen wird dort das radioaktive Element Americium gewonnen. Americium wird an Ölbohrgesellschaften und an die medizinische Industrie als Alpha-Strahlendes Isotop verkauft.

Die Auswirkungen, die Americium auf Menschen hat, sind noch nicht bekannt; bei Ratten gehen nach einiger Zeit Lunge, Leber, Niere, die Knochen und das Blut kaputt.

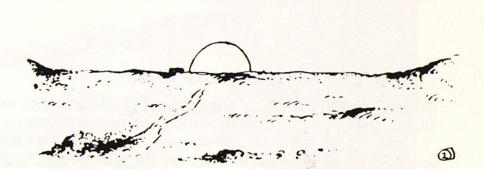
Hanford, Washington ist die größte Atommülldeponie der USA. Hier sind bisher durch 18 verschiedene Lecks 430 000 Gallonen (1 Gallone = 3,78 Liter), also 1 625 400 Liter hochgradig radioaktiven Abfallstoffe in die Erde geflossen. Insgesamt werden zur Zeit 72 Millionen Gallonen Abfallprodukte in 9 verschiedenen Atommülldeponien in den USA aufbewahrt. Diese Zahlen sind dem 172seitigen Bericht eines Beraters der nationalen Energieforschung und Entwicklungsadministration (ERDA) entnommen.

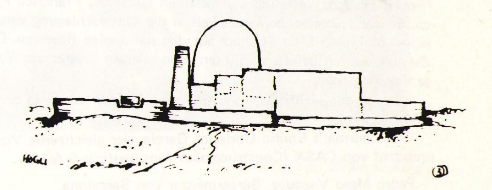
BRD FÜR NIEDERLÄNDER ZU GEFÄHRLICH

NIJMEGEN (ID) 10. September

Der Direktor der Bloemenhove Klinik in Heemstede (ID 129/133/134) hat den Mitarbeitern der Klinik empfohlen, ihre Ferien nicht in der BRD zu verbringen. Es besteht die Gefahr, daß die Mitarbeiter der Abtreibungsklinik in der BRD verhaftet werden. So wurde zum Beispiel ein in Holland lebender und praktizierender Drogenberater in der BRD verhaftet, da er in Holland Marihuana bei seiner Therapie verwendet. Begründung für seine Verhaftung war, daß er gegen ein in der BRD bestehendes Gesetz verstoßen habe.







GIFTGASSKANDAL IN HOLLAND

TIEL (ID)
10. September

Auch durch Holland wehte ein giftiger Nebel, der aus einer chemischen Fabrik entwichen ist. Bei der Firma „Verdugt" in Tiel, die unter anderem Arsenicum (Rattengift) verarbeitet, war für mehrere Wochen ein Giftbehälter undicht. Im August dieses Jahres verloren Bäume, die in der Nähe der Fabrik stehen, ihre Blätter; bei den Anwohnern zeigten sich körperliche Beschwerden. Der Fehler wurde nicht wahrgenommen, da eine Sicherheitskontrolle nicht stattfand. Daß die Bäume ihre Blätter verloren, wurde der Dürre angelastet. Die Krankheitsanzeichen bei den Anwohnern wurden nicht ernstgenommen. Als die Anwohner den Bürgermeister, den Betrieb und den Staatssekretär fürs Gesundheitswesen alarmierten, wurde ihnen mitgeteilt: „Wenn eine Pflanze stirbt, heißt das noch lange nicht, daß auch Menschen sterben werden."

Bis Ende August finden keine Untersuchungen statt. Der Sache wird erst auf den Grund gegangen, als die Anwohner selbst eine Untersuchung initiieren. Es wurde herausgefunden, daß in 180 Fällen Entzündungen an den Schleimhäuten vorlagen. Bei 70 Anwohnern wurde eine Vergrößerung der Leber festgestellt und 30 Anwohner hatten Hautausschläge. Die Untersuchung wurde durchgeführt von Ärzten des Vereins „Voorkomen ist beter" (Vorbeugen ist besser — VIB), Im VIB arbeiten Leute, die unter anderem versuchen, eine alternative Gesundheitsversorgung aufzubauen ...

Durch das Ergebnis der VIB-Untersuchungen wurde der Staatssekretär aufgeschreckt und veranlaßte eine neuerliche Untersuchung. Die Ergebnisse der VIB-Untersuchung werden jedoch als nicht existent betrachtet. Alle Viertelbewohner müssen die Untersuchungen noch einmal mitmachen. Im Betrieb wird wieder gearbeitet. An den Sicherheitsvorkehrungen innerhalb des Betriebs hat sich nichts geändert.

Die Abteilung, aus der das Gas entwichen ist, bleibt geschlossen. Die Aktionen der Anwohner wurden von den Arbeitern der Fabrik nicht unterstützt. Jedoch erhielten die Arbeiter während der letzten Monate beträchtliche Unterstützung von der Betriebsleitung und den Behörden. Die Löhne sind überdurchschnittlich hoch und im Betrieb wird seit kurzem Freibier ausgeschenkt.

LOCKHEED UND DIE PRESSEZENSUR

MADRID (BR3/RCI/ID)
10. September

Die Zeitschrift Sabado Grafico wurde von der politischen Polizei beschlagnahmt. Die Zeitschrift hatte vor, eine Liste von Namen der Personen, die in den Bestechungsskandal von Lockheed verwickelt sind, zu veröffentlichen. Die Namensliste wurde Tage vorher von Radio Canarias Independiente mit Sitz in Algier (LW 251 kHz) verbreitet. Der Sender gehört der MPLIAC, der Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegung der kanarischen Inseln.

Die Liste enthält folgende Namen:
Nicolas Franco, Neffe des verstorbenen Diktators Francisco Franco. Er war früher schon verwickelt in der Unterschlagung von etlichen Millionen Liter Speiseöl aus den nationalen Reserven. Die Zeugen, die ihn belasten könnten, sind alle auf mysteriöse Weise umgekommen.

Gregorio Lopez Bravo, Industrie- und Außenminister in den 60iger Jahren.

Oberstleutnant Emilio Gonzalez Garcia, der gleichzeitig Vizepräsident von CASA (Construcciones Aeronauticas S.A.) ist.

Pedro Maso Vazquez, Bürgermeister von Barcelona.

Generalleutnant Ramiro Pascual Sanz.

Generalleutnant Julio Diaz Benjumen.

Generalleutnant Mariano Cuadro Medina.

Oberstleutnant Francisco Iguera Gonzalez.

Generalleutnant und Präsident der CASA Enrique Jimenez und die Gebrüder Emiliano und Ignacio Alfaro.

Nicolas Franco und Gregorio Lopez Bravo waren die Geschäftsvermittler zwischen der Firma Lockheed und den Regierungen von Südafrika und Nigeria. Diese beiden Länder wurden vom amerikanischen Senat mit einem Waffenembargo belegt. Die Provision für die Vermittlung lag bei 5 bis 20% vom Verkaufspreis. Der minimale Preis eines Flugzeugs vom Typ Herkules liegt zwischen 20 und 24 Millionen DM.

Die Zeitschrift 'Sabado Grafico' gelang nicht einmal in den Vertrieb. Am 11. September hat der Luftwaffenminister eine Untersuchung durch die zuständigen juristischen Stellen angeordnet. Es werden harte Maßnahmen gegen die Zeitung und gegen die Verantwortlichen des Artikels erwartet.

SCHULE DURCH SELBSTBESTIMMUNG — VOM LERNEN UND LEBEN IN TVIND

ULFBORG/NEU-ISENBURG (ID)
14. September

Über die Existenz der Alternativ-Schule Tvind in Dänemark hatte der ID in seiner Nummer 98 vor knapp einem Jahr berichtet. Jetzt waren zwei Genossen aus Neu-Isenburg für zehn Tage dort und haben ihre Erfahrungen aufgeschrieben:

„Die Tvind-Schulen sind eine Einrichtung von insgesamt sechs ihrem Zweck nach verschiedenen Schulen, die alle von den Schülern und Lehrern gemeinsam bestimmt werden, angefangen von den pädagogischen Inhalten, bis hin zur Entscheidung über die Verwendung des Einkommens der Schulen. (Es gibt kein Privateinkommen, sondern alle Einnahmen werden zusammengelegt und nach den Erfordernissen verteilt.) Was für deutsche Schulen unmöglich klingt, funktioniert dort: Es gibt keinen Schulleiter, sondern verantwortlich ist die ganze Lehrergruppe (ca. 100 Leute), die auch vom Staat wie normale Lehrer entlohnt werden. Die Lehrergehälter sind, neben den geringen Gebühren, die die Schüler bezahlen müssen, die Haupteinnahmequelle der Schulen. Durch das gesicherte Einkommen der Lehrer ist es z.B. möglich, zur Finanzierung kostspieliger Projekte Kredite aufzunehmen (z.B. für die Windmühle ca. vier Millionen Kronen, das sind ca. zwei Millionen Mark). Es sei hier noch angemerkt, daß solche „Privatschulen" in Dänemark üblich sind, denn es gibt keine Schulpflicht, sondern nur eine Unterrichtspflicht, d.h. jeder kann eine „Bildungsstätte" betreiben, wenn sein Lehrplan vom Staat genehmigt ist.

Die sechs Schultypen in Tvind sind:
1. die reisende Hochschule (für jeden über 18 Jahre zugänglich, ein Kurs dauert neun Monate, kein offizieller Abschluß)
2. das notwendige Lehrerseminar (Beschreibung siehe unten)
3. die „Efter Skole" (für Jugendliche von 14 bis 18 Jahren, entspricht einer Secondary School, staatlich anerkannte Abschlußprüfung.
4. Die PTG (praktisch-theoretische Grundausbildung zur Erlangung der Hochschulreife außerhalb des normalen Bildungsweges)
5. Die Bauschule (Schwerpunkt handwerkliche Ausbildung, für jeden zugänglich)
6. die Gäste-Schule (für alle Besucher, die in Tvind von Tvind lernen wollen, Aufenthalt je nach Wunsch von einigen Tagen bis zu mehreren Wochen.

Alle Schulen sind Internatsschulen. Unterrichts- und Wohnräume befinden sich in selbstgebauten Häusern. Außerdem gibt es noch zwei Ärzte, die in Tvind versuchen, eine Medizin ohne Pillenverschreiben zu betreiben und die Windmühlengruppe, die die Windmühle zur Energieversorgung der Schule baut(el. Leistung 2,8 Megawatt).

Die Ausbildung in allen Schulen basiert auf den gleichen pädagogischen Vorstellungen. Eigentlich sind das keine „pädagogishen Theorien" mit abstrakten „Zielvorstellungen" und ominösen „Curricula", wie wir sie von unserer Ausbildung her kennen. Das ist aber schon der erste und auch der Hauptpunkt, in dem sich die Tvind-Schulen von „normalen" Schulen unterscheiden: daß es in Tvind nämlich keine Theoretiker gibt, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, am Schreibtisch zu sitzen und pädagogische Theorien zu entwickeln.

In Tvind werden die Arbeitsschritte von Schülern und Lehrern gemeinsam diskutiert, um ein von allen beschlossenes Ziel zu erreichen. Der Maßstab ist praktisch-politisch: wie können wir dabei lernen, um unsere weitere Arbeit zu verbessern? So erfahren alle „Lehrfächer" auf simple Art, indem sie nämlich gesellschaftlich angewendet werden und nicht Spielwiese sind, eine Verbindung untereinander. Und, wahrscheinlich zur Verblüffung aller Pädagogen, die sich immer neue Methoden ausdenken, um Kindern etwas beizubringen, was diese gar nicht wissen wollen, geschweige denn gebrauchen können: in Tvind wird der vom Staat vorgeschriebene Lehrplan praktisch so nebenbei erfüllt. Dazu ein Beispiel:

Eine Gruppe der Efter-Skole stellte sich das Thema „Jugendkriminalität". Um Antworten auf ihre Fragen zu bekommen, reisten sie durch Dänemark, besichtigten Strafanstalten, diskutierten mit Gefangenen und Gefängnisdirektoren, interviewten Fabrikbesitzer und Jugendliche usw. Als das Thema ausgearbeitet war, sollte eine Broschüre gemacht werden, um sie zu veröffentlichen. Um sich verständlich zu machen, mußten die Schüler auch ein verständliches Dänisch schreiben. So haben sie nebenbei, eigentlich nur als Hilfsmittel, dänische Grammatik gelernt.

DAS „NOTWENDIGE SEMINAR"

Es ist überhaupt Prinzip der Ausbildung, in Tvind, die Schüler nicht mit Haufen von Wissen vollzustopfen, sondern sie mit einer „Werkzeugtasche für die Praxis" auszustatten, die verschiedene Fertigkeiten, vollverstehendes Grundwissen und die Fähigkeit enthält, die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die beabsichtigten Ziele zunutzen. Wichtig ist in allen Fällen die Verbindung zu praktischen Problemen. „Wo Lehren und Lernen sich bisher mit Wissenspeicherung bei den Studenten beschäftigte, muß sich nun mit anwendbarem Wissen befassen. Wo Lehren und Lernen bisher hauptsächlich in Schulräumen stattfand, muß es nun genauso draußen stattfinden. Im Laden, im Büro, in der Fabrik". (Aus einem Papier der Tvind-Schule). Det Nøtwendige Seminarium — das notwendige Lehrerseminar— ist dafür das beste Beispiel.

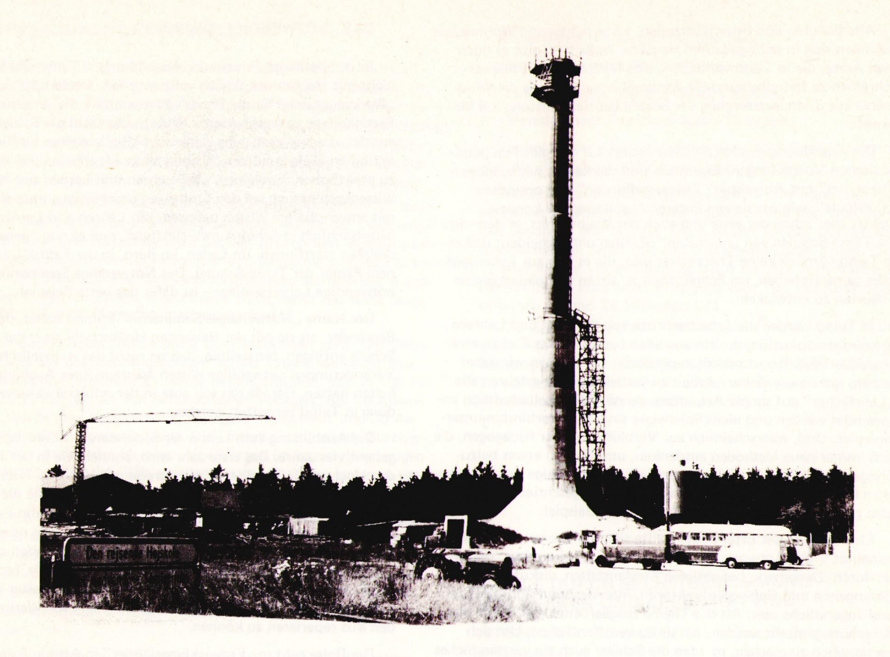
Der Name „Nøtwendiges Seminarium" kommt daher, daß die Begründer, als sie mit der Reisenden Hochschule als erster Tvind-Schule anfingen, feststellten, daß sie nicht das zu gesellschaftlichen Veränderungen notwendige Wissen während ihrer Ausbildung erhalten hatten. Gerade das soll aber in der selbstverwalteten Ausbildung in Tvind vermittelt werden.

Die Ausbildung zum Lehrer für Secondary Schools dauert insgesamt vier Jahre. Das erste Jahr wird, ähnlich wie in der Reisenden Hochschule, zu einer Auslandsreise mit Vor- und Nachbereitung genutzt. Zu Beginn bilden die Studenten Gruppen, die die Reisevorbereitungen treffen. Diese Gruppen von jeweils zehn Personen und einem Lehrer, die später zusammen in einem Bus reisen werden, bauen außerdem alte Busse zu Wohnwagen um, sie überholen Motor, Bremsen und elektrische Anlage und lernen so die Technik der verschiedenen Aggregate kennen. Sie sind dadurch später in der Lage, während ihrer Reise jederzeit unabhängig von Werkstätten den Bus reparieren zu können.

Die Reise geht in „Entwicklungsländer" in Afrika, Asien oder Lateinamerika. Durch unmittelbare Erfahrung, indem die Studenten in den Dörfern für einige Zeit leben, mit den Bauern arbeiten, b..



Unterrichts- und Wohngebäude



Turm der Windmühle

ihnen wohnen, die Vertreter der Behörden, Industrielle und Großgrundbesitzer interviewen, lernen sie die konkrete Lebenssituation der Bevölkerung kennen. Die Eindrücke und Antworten, die sie erhalten, werden in der Gruppe diskutiert und bieten Stoff für weitere präzisierte Fragen und Untersuchungen. Die Menschen, die besucht werden, sind keine Untersuchungsobjekte für die Studenten. Vielmehr sind sie Gastgeber, in deren Dorf und Haus man lebt und wo jeder vom anderen etwas erfährt und lernen kann. Für viele Studenten ist das eine völlig neue Erfahrung, die sie von abstrakten akademischen Vorstellungen herunter auf den Boden bringt.

Nach vier Monaten kehren die Studenten nach Tvind zurück und arbeiten ihre Erfahrungen auf, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, welche Rolle Dänemark im Verhältnis zu den Entwicklungsländern einnimmt. Meist entsteht darauf ein Buch, eine Vortragsreihe oder ähnliches.

Das zweite Ausbildungsjahr beginnt mit einer dreimonatigen Vorbereitung. Die Gruppen, die schon die Reise zusammen gemacht haben, gehen in Fabriken, um eine bestimmte Summe Geld zu verdienen, von dem ein Haus in einer dänischen Stadt erworben wird, um das zweite Ausbildungsjahr oder sogar die Zeit nach der Ausbildung dort zu wohnen. Das zweite Jahr dient dazu, vertraut zu werden mit dem Leben und den Problemem der Leute, deren Kinder sie später als Lehrer zu unterrichten haben. Ein Student vom Nøtwendigen Seminarium sagte uns: „Wie soll ich Kinder unterrichten, wenn ich nicht weiß, unter welchen Bedingungen die Familie lebt und welche Erfahrungen und Probleme die Kinder mit zur Schule bringen." Die Gruppenmitglieder suchen sich eine Arbeitsstelle in der Stadt oder Gegend, wo sie ihr Haus haben. Da in Dänemark eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht (ca. 8 %), kann man sich denken, daß sie nur die schlechtesten Arbeitsplätze bekommen. Das Haus dient als Treffpunkt für Leute aus der Stadt und Arbeitskollegen aus der Fabrik. Es werden Feste veranstaltet, Diskussionen und Filme gezeigt. Die Erfahrung hat bewiesen, daß sehr schnell auch dauerhafte Kontakte hergestellt werden können und die Studenten einen konkreten Eindruck von der Arbeits- und Wohnsituation der Leute erhalten.

Im dritten und vierten Jahr der Ausbildung gehen die Studenten in Gruppen zu dreien in die dänischen Schulen, um ihr Praktikum zu machen. Man stelle sich das in unserer Lehrerausbildung vor: jemand, der noch von keiner pädagogischen Theorie gehört und noch keine einzige Unterrichtsvorbereitung gemacht hat, kommt aus der Fabrik, beginnt ein Schulpraktikum und unterrichtet Kinder — mit Erfolg. Parallel dazu werden die einzelnen Lehrfächer studiert, und zwar wird nach jedem Block von einigen Wochen das Fach mit einer Prüfung abgeschlossen und das nächste begonnen. Durch die Erfahrung der ersten beiden Ausbildungsjahre sind die Studenten in der Lage, sich mit dem für sie notwendigen Stoff auseinanderzusetzen, was dazu führt, daß die vom Staat vorgeschriebene Ausbildung in Tvind in zwei Jahren abgeschlossen wird, während an normalen Hochschulen vier Jahre dazu benötigt werden.

Dieses Jahr haben die ersten hundert Lehrer das Notwendige Seminar verlassen und trotz hoher Lehrerarbeitslosigkeit alle eine Stelle gefunden. Ein zweiter Ausbildungskurs hat jetzt im August begonnen.

DIE GÄSTESCHULE

Wie sich die Erfahrungen eines engen und intensiven Zusammenlebens und -arbeitens auf die Beziehungen der Menschen in Tvind auswirken, konnten wir auch während unseres Aufenthaltes in der Gästeschule kennenlernen. Das Programm der Gäste schule besteht aus einem halben Tag „Studium" über ein Thema, das man sich auswählen kann (politische Ökonomie, Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung, die Tvind-Schulen o.ä.) und einem halben Tag Arbeit auf der Baustelle, zusammen mit den Leuten der Bauschule,

die dort täglich zwölf Stunden oder mehr arbeiten.

Wir benutzten die „Studienzeit", um über Tvind genauere Auskünfte zu erhalten, zumal es in der schuleigenen Bibliothek an englischer oder deutscher Literatur hierzu mangelte. Dabei stellten wir fest, daß wir durch Befragen der verschiedensten Leute eine Fülle von Informationen und Meinungen erhielten, mehr als wir je aus Büchern hätten erfahren können. Wir diskutierten mit vielen Lehrern und Studenten, besuchten die Ärzte, um ihnen Fragen zu stellen, besichtigten des öfteren den Windmühlenbauplatz und bekamen dort außer Kaffee ausführlichste Informationen über die Probleme beim Bau der Anlage und die Arbeitstechniken.

Was wir sehr angenehm fanden, war die Offenheit, mit der unsere Fragen beantwortet wurden und das Interesse an unserer Meinung über die Tvind-Schulen und ihre Arbeitsmethoden. Es war, trotz der 160 Gäste, die zu dieser Zeit in Tvind waren, keine Schwierigkeit, auch als Ausländer, der die dänische Sprache nicht versteht, Kontakt zu bekommen. Wir merkten sehr bald, daß wir es mit Leuten zu tun hatten, die selbst gewohnt waren, Fragen zu stellen.

DIE ARBEIT AUF DEM BAU

Ein besonders intensives Erlebnis war die gemeinsame Arbeit auf der Baustelle, wo die von den Tvind-Leuten selbst geplanten Häuser gebaut werden. Ohne daß man sich erst hätte durchsetzen müssen, wurden sofort alle Arbeitsbesprechungen übersetzt, in kleineren Gruppen teilweise sogar nur Englisch gesprochen, wenn ein Ausländer dabei war. Die Arbeiten auf der Baustelle waren aufgeteilt in Innen-, Außen- und Schreinereiarbeiten. Vor jedem Arbeitsbeginn trafen sich alle zum „Byggemø", der Arbeitsbesprechung. Alle zu erledigenden Arbeiten wurden vorgetragen und kleinere Gruppen gebildet, die sich,nachdem sie die Arbeitsschritte genauer geplant hatten, in weitere Kleingruppen von zwei bis vier Leuten aufteilten. Probleme wurden gemeinsam diskutiert und es wurde nicht eher mit der Arbeit begonnen, bis alle Fragen geklärt waren. Es herrschte die Überzeugung: lieber eine halbe Stunde länger diskutieren, als daß jemand den Sinn seiner Arbeit nicht verstanden hat und Pfusch herstellt. In diesem Sinn wurden auch alle Neulinge zuerst durch den Bau geführt und bekamen die Arbeit der einzelnen Gruppen erklärt. Es gab auf dieser Baustelle keine Spezialisten, sondern höchstens Leute, die in einer bestimmten Tätigkeit Erfahrung hatten und sie bereitwilligst an andere weitergaben. Das Vertrauen in die richtige Ausführung einer Arbeit war so groß, daß nie jemand einen anderen nachkontrolliert hätte, selbst nicht bei komplizierten Arbeiten, deren mangelhafte Ausführung aufwendige Reparaturen nach sich ziehen würde. Bei der Arbeitsverteilung gab es, zu unserem Erstaunen, keine Jagd nach den „besseren" Arbeiten. Alle waren sich bewußt, dass alle Arbeiten, die zum Aufbau der Häuser bewältigt werden müssen, auch notwendig und sinnvoll sind. Noch nie haben wir erlebt, daß solche komplexem Arbeiten so ohne Konkurrenz und ohne Spezialistentum durchgeführt wurden. Niemand versuchte, den anderen durch bessere Arbeit auszustechen, im Gegenteil, wenn jemand eine Verbesserung entdeckt hatte, so wurde sie beim „Byggemø" vorgestellt und für alle nutzbar gemacht.

Das durch die Selbstbestimmung über die Arbeit veränderte Verhältnis zum Arbeitsablauf und zu den anderen Leuten auf der Baustelle hat noch andere, für jemanden, der einen „normalen" Baubetrieb kennt, erstaunliche Folgen: Wenn eine Gruppe Arbeiten erledigte, bei denen anderen Leuten etwas hätte auf den Kopf fallen können, ging zuerst einer der Gruppe herum und verteilte Schutzhelme. Außerdem haben wir es vorher noch nie gesehen, daß mit Material und Werkzeug so sorgfältig umgegangen wurde. Und noch viel mehr — wir haben Frauen gesehen, die schwere LKW's fuhren und Männer, die „Dreckarbeit" machten. Das gibt es — leider — auch nicht überall.

Kontaktadresse für weitere Auskünfte:

Wolfgang Poth und Andreas Bohm, Karlstr. 30, 6078 Neu—Isenburg
Tvind Skolerne, DK-6990 Ulfborg.

DER GRÖSSTE MIETSTREIK ALLER ZEITEN IST GEWONNEN

NEW YORK (LNS/ID) 28. Juli
Das Ergebnis des Mietstreiks von Coop-City (siehe ID 114, 115) hört sich an wie ein Wahlversprechen: zu gut um wahr zu sein. Keine Mieterhöhungen; keine Räumungen; Lee Goodwin, Staatskommissar für Wohnungsfragen, muß zurücktreten; die korrupte Verwaltung des gesamten Coop-city-Projektes muß zurücktreten und wird durch die Mietstreikführer ersetzt.

Für die 60 000 Leute, von denen 85% 13 Monate lange gestreikt haben, scheinen diese Reformen jetzt in erreichbarer Nähe zu sein. Mit der Führung des 15-köpfigen Steuerungskomitees III haben die Leute von Coop-city eine so tiefreichende Solidarität und Organisation aufgebaut, daß sie sich erfolgreich gegen den Abbau aller öffentlichen Dienstleistungen, gegen Gerichtsurteile, gegen angedrohte Geldstrafen und Haftstrafen, gegen angedrohten Versorgungsstop (kein Strom, kein Wasser) gegen die Propaganda der Massenmedien und gegen interne Zerreißerscheinungen (Rassenproblematik, Streiker gegen Nicht-Streiker, Apathie, reaktionäre Einstellungen...) wehren konnten. Insgesamt haben die Mieter der Riverbay Company, der Verwaltungsgesellschaft des Projekts, 27 Mio. Dollar vorenthalten und das arrogante staatliche Amt für Wohnungsfragen an den Rand des Chaos gebracht.

In ihrem Kampf für konstant bleibende Mieten und Selbstverwaltung sind die Samen für einen größeren Kampf aufgegangen. „Das letzte Ergebnis des Kampfes wird dann erreicht sein, wenn wir einen Mietpreisstop für alle Wohnprojekte in der Stadt, im Staat und im ganzen Land durchgesetzt haben", sagt Larry Dolnick, Vize-Vorsitzender des Steuerungskomitees III, und jetzt Direktor der Riverbay Company: „ Wir haben nur eine Zwischenstufe erreicht. Jetzt beginnt eine andere Ebene in unserem Kampf."

Das ‚Zwischenergebnis' sieht folgendermaßen aus:

1. Eine sechsmonatige Mieterregierung; die obersten Räte des Steuerungskomitees III übernehmen die Verwaltung der Riverbay Company für 6 Monate.
2. 15,1 Millionen Dollar von den zurückgehaltenen Mieten müssen an die staatliche Agentur für Wohnungsfinanzierung (HFA) gezahlt werden, damit diese ihren Verpflichtungen gegenüber der Bank (Hypothekzahlungen) nachkommen kann. Jeden Monat fallen weitere 2,26 Mio. Dollar Miete an. Dafür verpflichtet sich die HFA dem Vorgehen der Banken für mindestens sechs Monate einen Riegel vorzuschieben. (Die Banken wollten die Hypothek für verfallen erklären, um dadurch selber Coop-city zu übernehmen und es dann je nachdem entsprechend melken oder gar schließen.)

„Wenn dieser Streik länger gedauert hätte,hätte die HFA pleite gemacht", sagt Albert Abrahms, ehemaliger Streikleiter, jetzt auch Direktor von Riverbay und Vorsitzender des ‚Neuen Demokratischen Klubs', in Coop-city. Der NDC, eine neue Reformorganisation, hat seit dem Streik die politische Szene in dem New Yorker Stadtteil Bronx völlig verändert. Bei den Vorwahlen im April konnte der NDC die Mehrheit für sich verbuchen, die traditionell starke demokratische Partei erlitt eine schwere Niederlage. „Jede Wohnungsgesellschaft der Stadt New York wäre zusammengebrochen, weil das Pfandbriefsystem (insgesamt 11 Millionen Dollar) zusammengebrochen wäre. Das heißt, daß die Hypothek aller Wohnungsgesellschaften im Staat New York verfallen wäre. Die Banken hätten sich dann mit Bankrott-Ergebnissen zufriedengeben müssen." Das Resultat wäre dann auf Massenräumungen und ein Höllenspektakel im ganzen Staat hinausgelaufen. Abrams gibt zu, daß dieses Ergebnis den Banken genutzt hat. „Aber es hat auch uns genutzt. Und darum haben wir dieses Übereinkommen getroffen. Wir wollten in diese Gesellschaft rein und den Laden selber schmeißen."

3. Anklagen wegen Verächtlichmachung des Gerichts und die Geldstrafen, die die Streikleitung zahlen sollte, werden fallengelassen. Strafen von 3 Mio. Dollar gegen das Steuerungskomitee III und zusätzlich 235,o oo Dollar für jeden der 10 Streikleiter wurden im letzten Jahr gefällt, und am 27.Juli vom Obersten Staatlichen Gerichtshof widerrufen. Weitere Punkte in dem neuen Abkommen beinhalten, daß alle Geschäftsbücher, auch die alten der Riverbay Corporation, dem neuen Verwaltungsrat übergeben werden. Außerdem wurde zugesagt, daß sich alle relevanten staatlichen Stellen beteiligen werden, um Riverbay finanziell wieder auf die Beine zu helfen. Dieser Punkt ist allerdings die größte Herausforderung für

das neue Management. Dollnick: „Die glauben, daß wir auf den Arsch fallen. Aber wir werden eine Wunderserie produzieren."

Das Wunder, das von der ehemaligen Streikleitung erwartet wird, heißt: Hypothek zurückzahlen (ungefähr 75% der jetzigen Miete soll die 40jährige, 500 Mio. Dollar hohe Schuld decken) und gleichzeitig öffentliche Dienstleistungen einrichten und Verbesserungen, ohne die Miete zu erhöhen. Um mit diesem Problem fertig zu werden, wurden Komitees gegründet. Ein Sicherheitskomitee beschäftigt sich zur Zeit mit der Möglichkeit, die Hälfte der unter dem alten Management entlassenen Sicherheitskräfte wieder einzustellen. Ein anderes Komitee bemüht sich, die leerstehenden Wohnungen (2%) vollzukriegen. Ein weiteres Komitee hat sich darum gekümmert, daß die Waschräume in jedem Gebäude wieder benutzt werden können. Durch die Entlassungen hat hier niemand mehr was gemacht – entsprechend sahen die Räume aus.

Die Auseinandersetzung über die entlassenen Arbeiter war ein schwieriger Punkt. Die Mieter hatten zwar ihre Solidarität mit ihnen zum Ausdruck gebracht (die meisten Arbeiter waren Männer aus der dritten Welt) und haben sogar während des Streiks dem Staat eine halbe Mio. Dollar für die Wiedereinstellung der Arbeiter angeboten (der Staat nahm das Angebot nicht an), aber haben aus der Wiedereinstellung keine Streikforderung gemacht. Stattdessen wollen sie die Reinigung und Aufrechterhaltung auf einer kooperativen Ebene lösen – wobei die Frauen die meiste Arbeit machen müssen.

Eine der wichtigsten Sparmaßnahmen ist das noch nicht ganz fertig gebaute Coop-city-eigene Kraftwerk. Die neuen Direktoren wollen dies der staatlichen Energiekommission verkaufen („damit sind wir 30 Mio. Dollar Hypothek los") und dann die Energie zurückkaufen, die dann immer noch 380% billiger ist als die von Con Edison, dem jetzigen Lieferanten. (Con Edison, eine sehr einflußreiche Firma, wird dies Vorhaben aufs schärfste bekämpfen.)

Die ‚Bolshewiks of the Bronx' haben eine abwartende Haltung dem Ergebnis gegenüber eingenommen. Sie behalten ihre Organisationsstruktur bei, treffen sich noch immer wöchentlich, glauben aber nicht, daß sich viel ändern wird.

Der Sprecher des Steuerungskomitees III Charles Rosen ist mit den verschiedenen Kritiken nicht einverstanden: „Der Kampf um Reformen ist eine Stufe in dem Kampf um die Revolution. Und darum ist der Sieg in einem reformistischen Kampf tatsächlich ein Sieg des Volkes. Aber es ist nicht die Revolution..." Er weist weiter darauf hin, daß durch die Selbstorganisation und durch den Streik viele Lernprozesse gemacht worden sind. Zum Beispiel hat sich gezeigt, daß die in der Minderheit (25%) vertretenen Schwarzen unerlässlich und solidarisch waren. Jetzt sind drei Schwarze im neuen Management und auf den meisten Mietertreffen ist Rassendiskriminierung eins der zentralen Probleme, die besprochen werden.

SEIT DREI MONATEN ERFOLGREICHER STREIK DER PORZELLANMALERINNEN IN KOPENHAGEN

KOPENHAGEN (ID) 16. September

Der Streik der Porzelanmalerinnen bei der „Königlich Dänischen" geht jetzt in den dritten Monat. Die Forderungen stehen nach wie vor, nur die Repressionen seitens der Unternehmer und des Staates werden schärfer. Der Unternehmer hat die erste Ankündigung zur Aussperrung veröffentlicht (drei sind notwendig) und zusätzlich Gerüchte in Umlauf gebracht, daß die gesamte Fabrik nach Jütland umgesiedelt werden soll. Jütland ist „Entwicklungshilfegebiet", der dänische Staat subventioniert Investitionen dort überdruchschnittlich gut.

Die Streikenden geben unterdessen einfach eine Schallplatte heraus. Titel: „Chor und Ochester der singenden Streiker", damit ihre Forderungen und die Geschichte ihres Streikes weiter verbreitet werden.

ALFASUD:
WIRD DIE SACHE IN DIE EIGENE HAND GENOMMEN, IST DER KAMPF SCHON HALB GEWONNEN

NEAPEL (ID) 3./4. September

Der Kampf gegen die Versetzungen und gegen die Kurzarbeit hat sich inzwischen auf die ganze Fabrik ausgedehnt. Dort arbeiten natürlich Zwanzigtausend, nicht 200000, wie im ID 142 stand. Die Unternehmensleitung hat daraufhin die Lackiererei, wo die Auseinandersetzung begonnen hat, und die aus Solidarität mitstreikenden Abteilungen auf Kurzarbeit gesetzt. Die Firma hat gegenüber dem Koordinierungsausschuß des Fabrikrates (so was ähnliches wie bei uns der Gesamtbetriebsrat) gemeint, das einzige Zugeständnis, das sie machen könne, sei, in Zukunft schon präventiv über die bereits geplante Umstrukturierung zu informieren. Angesichts dieser hartnäckigen Haltung haben sich alle vor den Kopf gestoßen gefühlt, der Fabrikrat hat einen halbstündigen Streik für die ganze Fabrik und eine Generalversammlung einberufen. Auf dieser Versammlung wurde von seiten derArbeiter die Halbherzigkeit der bisherigen Kampfformen kritisiert: in den Abteilungen hat die unabhängige Meinung überwogen – und wurde von der Mehrheit der Delegierten unterstützt – sofort und hart zu reagieren.

Die Abteilungsstreiks gehen weiter, zwei Tage nach der Betriebsversammlung gibts die ersten Umzüge innerhalb der Fabrik. Sie gehen von der Karrosserie aus, man will Richtung Motorenbau, um die ganze Fabrik zu blockieren. Doch dann wendet der Zug sich, auch auf Druck des Koordinierungsausschußes (=Gesamtbetriebsrat), der die Sache auf kleiner Flamme halten will, plötzlich in Richtung Direktion. Die hat sich geweigert, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen, während der Koordinationsausschuß einen Vorschlag gemacht hat, wie dem Problem mit den Versetzungen auf lange Sicht beizukommen sei. Das hat niemanden befriedigt und viele haben eine größere Autonomie der Kämpfe gefordert: „Von jetzt an läuft es, wie die Arbeiter es wollen, wir sind das Geschwätz satt."

Einen Tag später (am 3.9.) hat die Versiegelungsabteilung wieder, wie die ganze letzte Woche mit ihrem Streik begonnen. Die Geschäftsführung hat wieder mit Kurzarbeit gedroht, daraufhin sind die Lackiererei und kurz darauf die Karrosserie in unbefristeten Streik getreten. Die anwesenden Delegierten und sehr viele Arbeiter sind zu den Toren gegangen und haben die ganze Fabrik dicht gemacht, sei es , um eine Zersplitterung der Auseinandersetzung zu vermeiden (dadurch daß viele nach Hause gehen), sei es um vor den Toren die Hauptschicht zu blockieren.

Der Wille, selbständig zu handeln, ist in diesem Augenblick am stärksten. Diese Haltung war, nach der Meinung vieler Arbeiter, innerhalb der letzten Monate herangereift, jetzt ging es darum, die beiden Ziele um die es in den Monaten zuvor hauptsächlich gegangen war, auszudrücken: Weigerung, die Umstrukturierung hinzunehmen und sich von der Kurzarbeit erpressen zu lassen.

Die Gewerkschaft war zunächst einmal von der Auseinandersetzung in der Versiegelung überrascht und beiseite geschoben, sie mußte im ersten Augenblick eine autonome Ausdehnung des Kampfs unterstützen. Aber auch jetzt, wo die Tore blockiert sind, ist sie von der Radikalität der Arbeiter überrollt. Als heute Morgen (3.9.) die Hauptschicht blockiert wurde, wurden die Mitglieder des Koordinationssausschusses mit Pfiffen empfangen und anfangs geradezu von den Toren weggedrängt. „Heute bestimmen wir! Macht euch davon!" Die Härte der Ausseinandersetzung machte es möglich, sich gegen eine gewerkschaftliche Haltung zu wehren, die jede Form der betriebli-

chen Auseinandersetzung vermeiden und ohne Kampf um eine geringe Erhöhung der Produktionsprämien verhandeln will. Auf der anderen Seite paßt diese Wiederaufnahme größerer Auseinandersetzungen bei Alfasud sehr gut zu der Initiative der Arbeitslosen, die schon beschlossen haben, einen Tag später (am 4.9.) vor die Tore von Alfasud zu ziehen und die Überstunden zu blockieren.

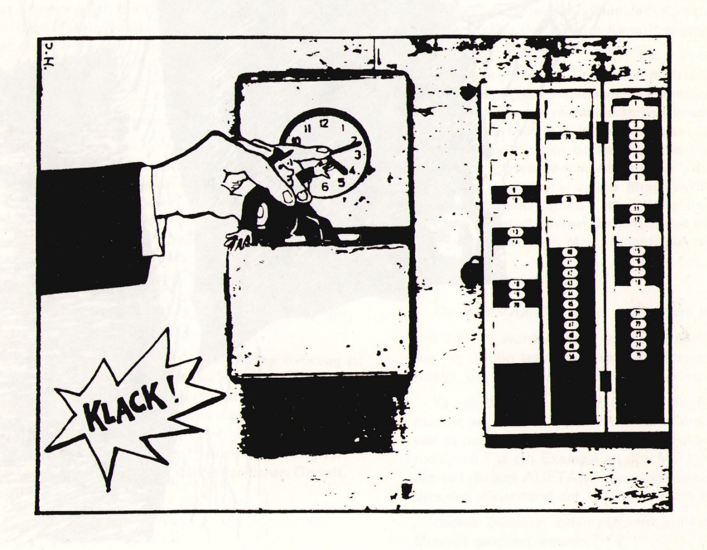
4.9. Der Kampf der Arbeiter in der Lackiererei hat sich ausgezahlt, nachdem in den vergangenen Tagen die ganze Fabrik in den Konflikt hineingezogen wurde. Angesichts der blockierten Tore hat die Geschäftsleitung gestern allen Forderungen nachgegeben, die sich auf die Arbeitsbedingungen beziehen. Die Versetzungen wurden zurückgenommen, weiter hat sich die Direktion verpflichtet, für Kühlschränke gegen die Hitze zu sorgen, mehr Platz in der Lackiererei zu schaffen sowie die Anzahl der Ruhepausen zu erhöhen.

Die Firma hat sich mit ihrer Politik der „vollendeten Tatsachen" (Versetzungen nach den Ferien) nicht durchgesetzt. Die Gewerkschaft sieht an dem Verhalten der Geschäftsleitung eine Rückkehr „zur korrekten Anwendung der Kurzarbeit, wie in den vergangenen Monaten" und greift jene „Gruppen von Arbeitern an, die sich nicht an die gewerkschaftlichen Anweisungen gehalten haben, also, die je zweimal ne halbe Stunde Streik pro Tag. Sie greift damit jene an, die erst die Vorraussetzungen für den Erfolg geschaffen haben, die die Tore besetzt hielten. Die Metallergewerkschaft FLM hat so ein Kommunique herausgegeben, aber die Gewerkschaftsdelegierten haben sich in vielen Fällen geweigert, es in den Abteilungen aufzuhängen und zu verbreiten.

DER BAUARBEITERSTREIK: KAMPF UM DIE FÜHRUNG

LEON (CAMBIO/BR3/ID)
16. September

Die Bauarbeiter der Provinz Leon sind am 7. September in den Generalstreik getreten (s. ID 142). Der Streik hat sich zwei Tage später auf El Ferrol, La Coruna und Burgos ausgedehnt. Insgesamt sind mehr als 13000 Bauarbeiter im Streik. Sie fordern 30 Tage Urlaub, 40-Stundenwoche, 840 DM für Arbeiter, 1000 DM für Facharbeiter. Die Polizei hatte den Befehl erhalten, jede Ausweitung des Arbeitskampfes zu unterbinden, jedes entstehende Streikkomitee aufzulösen und die Beteiligten zu verhaften. Am 10. September hat sich der Unternehmerverband von Burgos bereiterklärt, direkt mit der Streikkommission zu verhandeln und nicht mit der offiziellen Gewerkschaft. In Leon weigern sich die Arbeiter, jede Verhandlung aufzunehmen, wenn nicht die Forderung nach der Freilassung der Verhafteten erfüllt wird. Am 13. September forderten auch die Arbeiter von Burgos die Freilassung der Verhafteten. Die Vertreter der CC.OO. (Comisiones Obreras) von Leon, die die Linie der KPS vertreten, wollten den „sozialen Pakt" erreichen, den Streik in einem „Kampftag" verwandeln und die Verhandlungen für die nächste Tarifrunde aufnehmen. In einer großen Versammlung der streikenden Bauarbeiter wurden die Vertreter der CC. OO. aufgefordert, den Saal zu verlassen, was sie auch taten. Die Arbeiter haben jetzt den unbegrenzten Streik erklärt.





GENERALSTREIK NACH DEM MORD

EUSKADI (ID/BR3/EL PAIS)
16. September

Während des Volksfestes in Fuenterrabia (am 8. Sept.), einem kleinen Ort in der Nähe von Irun, haben die Bewohner eine Demonstration gemacht, in der verbotene baskische Fahnen geschwenkt wurden. Die Polizei griff öfters die Demonstranten mit Schlagstöcken an. Bei einem dieser Polizeiangriffe haben mehrere Polizisten auf eine Frau eingeschlagen. Daraufhin holte eine Gruppe von Arbeitern Stühle aus einer Kneipe und ging auf die Polizisten los, in diesem Moment schossen andere Polizisten von hinten auf die Arbeiter.

Der 24jährige Jesus Maria Zabala bekam einen Schuß in den Rücken und war sofort tot, zwei andere Arbeiter liegen mit Schußverletzungen im Krankenhaus. Die Anzahl der Verletzten dürfte aber höher liegen, denn man zieht es vor, sich privat behandeln zu lassen, um nicht in die Hände der Polizei zu fallen. Die Bürgermeisterin und der gesamte Stadtrat von Fuenterrabia wollten am selben Abend eine Protestdemonstration veranstalten, dies wurde aber von der Regierung verboten. Daraufhin sind sie zurückgetreten.

Am selben Abend wurde dann die Stadt militärisch abgeriegelt, in den Zufahrtsstraßen bildeten sich kilometelange Autoschlangen, da sehr viele Leute dahin fahren wollten.

Am Tag danach sind alle Industriearbeiter der Zone in den Streik getreten. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Polizei, einem Arbeiter der Werft Luzuriaga haben die Polizisten mit Maschinengewehrsalven die Beine durchsiebt, ein anderer verlor ein Auge durch ein Gummigeschoß.

Am 10. September weitete sich der Streik aus, und ein Generalstreik für den kommenden Montag wurde angekündigt. Die Bürgermeister von 18 Orten der Provinz Guipuzcoa übergaben dem Zivilgouverneur der Provinz ein Protestschreiben, in dem Garantien gefordert wurden gegen die nächsten Polizeiaktionen. Sie schickten auch ein Protestschreiben an den König und an den Innenminister, in dem sie ihre „Uneinigkeit" mit dem Zivilgouverneur von Guipuzcoa, mit dem Generaldirektor von der Guardia Civil, mit dem Generaldirektor der Sicherheit und mit dem Innenminister zum Ausdruck brachten, da diese verantwortlich für das Scheitern der Politik gegenüber dem baskischen Volke sind.

Am 13. September sind alle Arbeiter der baskischen Provinzen Guipuzcoa und Vizcaya in den Generalstreik getreten, alle Geschäfte und Kneipen sind geschlossen. Zum ersten Mal seit 40 Jahren wurden keine einzige Zeitung gedruckt oder vertrieben. Es sind etwa 250 000 Arbeiter im Streik. In Sestao, Basauri und San Sebastian kam es zu heftigen Straßenschlachten. Die Polizei benutzte Rauchbomben, Schlagstöcke, Schlagwaffen und Gummigeschosse. Einem Mann drang ein Gummigeschoß durch den Mund und zerstörte ihm Hals und Hirn. Der Bürgermeister von Pasajes tritt zurück.

Am 15. September war seitens der Regierung ein Rückzug zu spüren: der Zivilgouverneur von Guipuzcoa versprach öffentlich die Nichteinmischung der Polizei in den Konflikt. In einer Versammlung von 50 000 Arbeitern, die nicht durch die Polizei gestört wurde, forderte das Koordinationskomitee aller streikenden Fabriken Amnestie für die Verhafteten, Selbstbestimmung für das Baskenland und die Verurteilung der polizeilichen Gewalt. Der Streik dauert an.

****

wenn bei euch was passiert---ruft uns an oder schreibt uns!
wir haben gesprächsaufnahmegerät...............................

NOTSTANDS UND SONDERGESETZE IN DER REPUBLIK IRLAND

DUBLIN (ID)
13. September

Am 31. August wurden im südirischen Parlament die Notstandsgesetze verabschiedet. Gesetze, die explizit die politische Arbeit der republikanischen Bewegung kriminalisiert. Ziel dieser Gesetze ist es, die republikanische Bewegung politisch und militärisch auszulöschen. Die Gesetze sind in einer so scharfen Form verfaßt, die selbst die Notstandsgesetze im britisch besetzten Teil Nordirlands in den Schatten stellen. In ihrer Tragweite sind die Notstandsgesetze bisher einmalig in den bürgerlich-parlamentarischen Demokratien in Westeuropa. Die Notstandsgesetze ermöglichen es der südirischen Polizei, ohne Anklage und Haftbefehl jemanden für sieben Tage gefangen zunehmen. Gleichzeitig kann die südirische Armee ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl, Hausdurchsuchungen durchführen. Bis zu 10 Jahren Gefängnis drohen demjenigen, der die politischen Ziele einer illegalen Organisation propagiert oder dazu aufruft, einer illegalen Organisation beizutreten. Im Klartext bedeutet dies, daß jeder, der nur die Zeitungen der republikanischen Bewegung verkauft, verurteilt werden kann. Die Gesetze sind von der südirischen Regierung damit begründet worden, die IRA zu zerschlagen. In der Realität jedoch ist von den Notstandsgesetzen jede fortschrittliche Organisation betroffen; denn was eine „illegale" Organisation ist, bestimmt die südirische Regierung.

Die offene faschistische Unterdrückung der republikanischen Bewegung steht vor dem Hintergrund einer total desolaten wirtschaftlichen Situation in Südirland. Mit 11,9% Arbeitslosen verfügt Südirland über die höchste Arbeitslosenquote in Europa. Hinzu kommt noch, daß sich die südirische Regierung bei einem tendenziellen Rückzug der britischen Armee aus dem Norden weder politisch und schon gar nicht militärisch behaupten könnte. Momentan kann sich die südirische Regierung gegenüber der republikanischen Bewegung nur deshalb behaupten, weil der Großteil der Kräfte der IRA im Kampft gegen den britischen Imperialismus im Norden gebunden ist.

Die Ausrufung des Notstands im Freistaat Irland steht in einem koordinierten Handlungszusammenhang mit der verschärften Unterdrückung der republikanischen Bewegung in Nordirland durch die britischen Besatzungstruppen. Die Abschaffung des Status des politischen Gefangenen, die Verdoppelung der Haftstrafen für „terroristische Aktivitäten", die Verhaftung mehrerer führender Repräsentanten der Sinn Fein im Norden wie im Süden sind die wichtigsten Kettenglieder in den koordinierten Unterdrückungsmaßnahmen der britischen Regierung im Norden und ihrer südirischen Marionettenregierung in der Republik Irland.

Die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Republik Irland

Am 29.9.75 wurden Marie & Noel Murray wegen „Polizistenmordes" in Dublin festgenommen: 30 Stunden lang verhört und gefoltert, um dann ein erpreßtes Geständnis zu präsentieren.

Es war dies eine Prestigesache für die Polizei, Täter finden zu müssen, sei es auch durch Folter und Erpressung. — Im übrigen war es politisches Kalkül, durch das Aufdecken einer scheinbar ruchlosen Tat ein Exempel an den Murrays statuieren zu können, um mit diesem AUFTAKT die ganze linke Bewegung und besonders den Widerstand der IRA auf's Korn nehmen zu können.

Diesen Zwecken sollen zunächst um jeden Preis die beiden Murrays geopfert werden.

Als Marie und Noel ihr Geständnis einen Tag nach der Folterung zurückzogen, und als sich vor Gericht ihre Wunden nicht verbergen ließen, wurde kurzerhand die Öffentlichkeit ausgeschlossen und im übrigen eine Sondertribunal eingerichtet. Für die irische Presse wurde ein Berichterstattungsverbot verhängt: wer dies durchbricht, wie die bürgerliche Zeitung „Hibernia", wird

strafrechtlich verfolgt. Einen ZEUGEN für die angebliche Tat gibt es nicht; wie gesagt aber genug „höhere" und niedere Interessen, die MURRAYS auf alle Fälle zu opfern. Weitere Opfer werden mit Sicherheit folgen, wenn der internationale Protest nicht stark genug ist, der südirischen Regierung Einhalt zu gebieten.

Immerhin konnte nationaler und internationaler Protest bereits verhindern, daß die Todesurteile zu einem früheren Zeitpunkt vollstreckt wurden.

Von Murrays ist uns wenig bekannt: vor Gericht wurden sie als „Anarchisten" bezeichnet. Was das alles heißen kann, ist uns durch die BRD „Rechtsprechung" sattsam bekannt.

Obwohl die südirische Regierung auch die Bildung von Solidaritätskomitees sabotierte, gibt es seit einigen Wochen in Irland eine Unterstützungskampagne, die sich auch in Frankreich, England und der BRD langsam regt.

Schriftlichen Protest kann man darüberhinaus an folgende Adresse senden:

1. Irischer Botschafter, Kölner Straße 54, 5300 Bonn Bad Godesberg
2. President of the Supreme Court, Phoenix Park, Dublin
3. Marie Murray, Mountjoy Prison, Dublin
4. Noel Murray, Curragh Detention Camp, Co Kildare, Rep. Irland
5. Murra y Defence Committee, 155 Church Road, Celbrigde, Co. Kildare

Neue Irland Rundreise in Vorbereitung

Im November/Dezember wird wieder eine Rundreise mit Vertretern der irischen republikanischen Bewegung stattfinden. Nähere Informationen, Termine und Voranmeldungen an: Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, Postfach 35, 6370 Oberursel 5.

FOLTER IST NOCH IMMER ALLTAG IN NORDIRLAND

BELFAST (ID)
10. September

Die europäische Menschenrechtskommission hat Ende August die britische Regierung beschuldigt, im August 1971 in Nordirland Internierte bei Verhören gefoltert zu haben. Der britische Nordirlandminister Rees, inzwischen zum Innenminister avanciert, hat schnellstens drauf hingewiesen, daß diese Ereignisse fünf Jahre zurückliegen und die britische Regierung die im Bericht als Folter beschriebene Methode sofort unterbunden habe.

Anderer Ansicht ist da der nordirische Bürgerrechtsverband (NICRA). Auf einer Pressekonferenz am 10. September in Belfast sagte der NICRA-Vorsitzende Denis Mullen, die Sicherheitskräfte in Nordirland würden nach wie vor foltern.

Drei Männer, die vergangenen Juni in Westbelfast festgenommen wurden, und drei andere, gestellt im Frühjahr letzten Jahres in Cookstown im Country Tyrone, seien am Schlaf gehindert worden und hätten mit erhobenen Händen stundenlang an einer Mauer stehen müssen.. Sechs Männer sind entlassen worden, ohne daß gegen sie Anklage erhoben wurde. Alle sechs Fälle sollen vor die europäische Menschenrechtskommission gebracht werden – die NICRA gewährt kostenlosen Rechtsschutz.

„Die Wahrheit ist, daß die Spezialeinheiten der nordirischen Polizei ihre Folterpolitik trotz allem fortführen und interne polizeiliche Untersuchungen über angebliche Folterungen blockieren", sagte Denis Mullen.

HINTER DEM KRIEG IM LIBANON: DIE USA UND IHR POLIZIST SYRIEN

PARIS (LE MONDE/ID)
11.September

Anders als Vietnam, anders als Angola gilt der Krieg im Libanon in den bürgerlichen Medien in der BRD als Religionskrieg, als Bruderkrieg oder als Selbstzerfleischung: Christen gegen Moslems.

Als vor einigen Wochen Tel Satar, das Palästinenserlager in Beirut, von libanesischen Faschisten massakriert wurde, da wurde dieser Massenmord hierzulande mit den hilflosen Kategorien von Horror, Terror, Rache und Grausamkeit kommentiert. Wie es zur Verschärfung des Krieges gekommen ist, das hat die französische Tageszeitung ‚Le Monde' Anfang Juni – unmittelbar während der Invasion syrischer Truppen in den Libanon – in einer fünfteiligen Serie untersucht. Die Übersetzung entnehmen wir in Auszügen der Juli-Nummer von ‚Freies Palästina'.

DER KOMPLOTT

Fragen Sie einen Syrer, einen Jordanier, einen Palästinenser oder Libanesen, was dieser Bürgerkrieg bedeutet und Sie werden immer die gleiche resignierende oder entrüstete Antwort erhalten: „Alles läuft nach den Regeln des Moukhatat (Deutsch:Komplott). Glauben Sie es denn, daßsich sonst dieser Konflikt verewigt hätte? Daß die Gefechte nach jedem Waffenstillstand wieder aufgeflammt wären? "

Die Libanesen auf beiden Seiten sind die Ersten, die es zugeben: Ihre Meinungsverschiedenheiten rechtfertigen nicht 13 Monate Töten, 25 000 Tote, 60 000 Verletzte und verheerende Zerstörungen, die auf mehrere 10 Millionen Francs geschätzt werden.
Die Konservativen versichern, daß sie mit dem größten Teil des gemeinsamen Linksprogrammes einverstanden sind; die Progressiven behaupten, daß sie keinesfalls eine Sozialisierung der Wirtschaft verlangen, sondern nur einen modernen libanesischen kapitalistischen Staat errichten wollen.

Warum also dieses Zerfleischen?

Dieser Konflikt – so die einheitliche Antwort – wird von verdeckten, fremden Mächten geschürt. Meistens betrachtet Ihr Gesprächspartner es als überflüssig, die ‚Konspirierenden' näher zu bezeichnen. In diesem Teil der Welt ist es sogar in manchen rechten Kreisen selbstverständlich, daß die Amerikaner und deren Verbündete das blutige libanesische Ballett inszenieren.
Die von Washington ausgebrütete Inszenierung soll von machiavellischer Genauigkeit sein. Die Intrige soll mehrere Zwecke verfolgen: Auf kurze Sicht würde sie den „Kissinger-Frieden" bis zu den Präsidentschaftswahlen sichern und diejenigen arabischen Mächte ablenken, die das Sinai-Abkommen in Frage stellen. Haben die palästinensischen Fedayin, die vor allem den Bürgerkrieg überleben wollen, nicht ihre Guerilla-Aktionen gegen Israel unterbrochen? Wurde Syrien nicht gezwungen, das Mandat der Blauhelme auf dem Golan ohne territoriale oder politische Gegenleistung zu verlängern?

Zweite Stufe des amerikanischen ‚Musterplanes': Der palästinensische Widerstand muß, wenn nicht zerstört, so zumindest geschwächt und auf ein Niveau zurückgeführt werden, das ihn zur Anerkennung des Staats Israel zwingen würde, bevor der Widerstand in einen zur ‚Pax Americana' führenden Verhandlungsprozeß integriert wird.

Die Inszenierung würde mit der Gründung eines palästinensischen Staates (auf der Westbank und in Gaza) innerhalb eines arabischen Staatswesens enden, möglicherweise als Teil des haschemitischen Königreiches von Hussein oder als Teil einer von Assad angeblich angestrebten Konföderation, die unter Syriens Führung steht, Jordanien, das Mini-Palästina und den Libanon miteinschließt. Diese Formel hätte einen zweifachen Vorteil: Sie würde die Unversöhnlichkeit der Palästinenser aufheben, da sie in diesem Zusammenhang ausreichende Gebiete und Möglichkeiten besäßen, um alle Flüchtlinge der Diaspora zu absorbieren und sie würde auch für Israel die befürchtete Gefahr eines unabhängigen, dem Osten zugewandten Palästinenserstaates mit einer von Rachegefühlen bestimmten Armee beseitigen.

In den Augen der amerikanischen Strategen wäre Syrien prädestiniert für das Haupt aller dieser großen dramatischen Inszenierungen. Syrien hat schon mit dem Annäherungsprozeß mit Jordanien begonnen. Es bleibt ihm nur noch, den palästinensischen Widerstand (und dessen libanesische Verbündete) zum Gleichschritt zu zwingen, um anschließend in Beirut ein Regiment einzusetzen, das Syrien völlig unterworfen wäre. Dem ‚panarabischen und baathistischen' Regime in Damaskus könnte eine Beteiligung am amerikanischen ‚Komplott' schwer nachgewiesen werden.

Egal, ob diese, den Amerikanern angelasteten Projekte und Hintergedanken nun fundiert sind oder nicht, so steht jedenfalls fest, daß der libanesische Bürgerkrieg niemals eine rein interne Angelegenheit war. Wegen seiner geographischen Lage, aufgrund des nach der Unabhängigkeit beschlossenen Regimes und der ‚Vermittlerolle', die er sich ausgesucht hat, war der Libanon immer ein Schauplatz internationaler Rivalitäten. Konnte der Libanon, als Nachbarstaat von Israel und Zufluchtsort für 300 000 Palästinenser und 10 000de bewafnnete Fedayins, als Hauptquartier von wenigstens sieben Widerstandorganisationen, den Machenschaften der größeren und kleineren Mächte entfliehen? Diese Mächte unterhalten weiterhin Agentenringe, finanzieren politische Parteien und Zeitungen und liefern ihren Freunden beträchtliche Mengen von Geldern und Waffen...

Ob überlagert, vermischt oder verschmolzen, finden in diesem Staat, der früher einmal als ‚Schweiz des Nahen Ostens' bezeichnet wurde, mehrere verdeckte oder offene Kriege statt: inner-libanesische oder libanesisch-palästinensische, arabisch-israelische und israel-palästinensiche, inner-arabische und -gesellschatliche; diese Kriege haben alle als gemeinsamen Nenner den Nahost-Konflikt, der ununterbrochen diesen Erdteil seit dem Beginn des zionistisc hen Unternehmens vor mehr als einem halben Jahrhundert erschüttert. Mehr als die Zukunft des libanesischen Regimes bekümmert die auswärtigen Mächte die Konsequenzen eines Sieges der einen oder der anderen Seite. Die eventuelle Machtergreifung durch die libanesische Linke würde, nach Ansicht des amerikanischen Vermittlers Dean Brown, am sozio-ökonomischen System kaum etwas ändern, sie würde das System nur an die Erfordernisse des „westlichen Kapitalismus" anpassen. Aber ein Sieg für Joumblatt, Führer der progressiven Front, wäre zwangsläufig ein Sieg für seinen Verbündeten Arafat; ein Sieg für alle, die die „Pax Americana" verwerfen. Dieser Sieg würde diejenigen arabischen Regierungen, die sich für die Diplomatie aus Washington entschieden haben — in erster Linie Ägypten — in Schwierigkeiten bringen. Dagegen würde eine Niederlage von Joumblatt die Fedayin neutralisieren, den Triumph der israelisch-amerikanischen Politik sichern und auf lange Sicht den geringen Einfluß, den die UdSSR noch im Nahen Osten besitzt, ausschalten. ...

SYRIEN — MARIONETTE DER USA ?

Die syrische „Vermittlung" im Libanon glänzte niemals durch ihre Neutralität. Sie erfolgte einmal zugunsten der Palästinenser und Progressiven und ein anderes Mal zugunsten der konservativen Christen. Bei einer gründlichen Analyse der verschiedenen Formen der syrischen Intervention zeigt sich deutlich, mit welcher erstaunlichen Ausdauer die baathistischen Führer auf ihre Ziele hinsteuern: ein Kräfteausgleich zwischen den beiden verfeindeten Lagern sollte hergestellt werden, wobei sie die Schiedsrichterrolle spielen sollten, um davon ausgehend in Beirut die Machtübernahme durch eine Linke, die radikaler als die syrische Baath-Partei ist, zu verhindern; außerdem galt es, den palästinensischen Widerstand vom progressiven Lager zu trennen, um ihn zum ausschließlichen Verbündeten von Damskus zu machen; dabei sollte verhindert werden, daß der Bürgerkrieg zu einer Teilung des Libanon und zum Eingreifen fremder Mächte — hauptsächlich Israel — führt, was Syrien in einen katastrophalen Konflikt hineinführen würde.

... Syrien gelingt es, eine Niederlage des progressiven Lagers zu verhindern, kann jedoch keine politische Lösung herbeiführen. Auch wenn Präsident Assad nicht wie Sadat der Meinung ist, daß „Amerika 90 % der Karten im arabisch-israelischen Konflikt in den Händen hat", so glaubt er jedoch offensichtlich, daß nichts ohne die aktive Mitwirkung der USA verwirklicht werden kann. Ein Flügel der Baath-Partei, als „amerikanische Partei" bezeichnet, stachelt ihn dazu auf, zumindest in solchen Gebieten, wo gemeinsame Interessen bestehen, gemeinsame Sache mit den USA zu machen.

Dagegen sahen die amerikanischen Strategen im letzten Sommer ein, daß die konservativen Kräfte unfähig sind zu gewinnen, aufgrund der syrischen Unterstützung des palästinensisch-progressiven Lagers. Sie wissen auch, daß Präsident Assad wie sie eine Lösung sucht, bei der es „keinen Gewinner und keinen Verlierer" gibt. Wenn im Libanon eine Zusammenarbeit zwischen Washington und Damaskus zustände käme — so denken sie — wäre der Weg offen für ein breiteres Verständnis im arabisch-israelischen Konflikt. Daraufhin leitete am 16. Okotber 1976 der Botschafter der USA, Richard Murphy, eine Note seiner Regierung an Präsident Assad weiter, in der dieser gebeten wurde, eine „Gleichgewichtslösung" im Libanon zu fördern, die den Segen der USA bekäme. Als Gegenleistung würde sich der Präsident im Weißen Haus verpflichten, von Israel zu erreichen, daß es eine syrische Intervention in „vernünftigen Grenzen" akzeptiert. ...

Seit Anfang des Jahres besteht die Rolle der pro-syrischen Truppen hauptsächlich darin, den Sieg der progressiven Kräfte zu verhindern. Sie haben die Eingriffe gehäuft, um die Truppen von Joumblatt und Arafat zurückzuhalten oder zurückzuschlagen. Die von Damaskus errichtete Land- und Seeblockade verhinderte die Waffen- und Lebensmittelversorgung der Gegner des konservativen Lagers. Einheiten der syrischen Flotte, die an den Küsten des Libanons wachen, beschlagnahmen die „strategischen Ladungen", die sich in Richtung der von den Progressiven gehaltenen Häfen von Tripoli, Saida und Sour bewegen — unter den wohlwollenden Augen der israelischen Marine —, lassen aber solche Ladungen durch, die im Hafen von Jounieh, der einzige Zufahrtsweg für die Christen, ausgeladen werden. Um die Parteinahme — die die Syrer nicht als solche betrachten — zu rechtfertigen, behaupten die syrischen Führer, daß dieser Konflikt, entgegen dem Anschein, sich nicht zwischen Linken und Rechten, Revolutionären und Reaktionären abspielt.

DIE ZWICKMÜHLE

In der Note, die der amerikanische Botschafter ihm am 16.10. 1975 übergeben hatte, glaubte Assad, einen Freibrief von den Amerikanern zur Lösung der libanesischen Krise erhalten zu haben. Da die Gewaltanwendung entbehrlich zu sein schien, um den Erfolg der syrischen Vermittlung zu garantieren, hatte Assad seit September über die französische Regierung um die Unterstützung von Washington für das von ihm beabsichtigte Militärunternehmen ersucht. Er mußte jedoch bis Ende März warten, bis die Amerikaner ihm schließlich auf Drängen von König Hussein ihre „Einwilligung" für ein syrisches Militäreingreifen erteilten. Diese Einwilligung erwies sich jedoch bedingt, begrenzt, wechselhaft und zweideutig. Kaum waren die Truppen aus Damaskus Anfang April in den Libanon eingerückt, so machte sich der amerikanische Vermitler daran, den linken Führer Joumblatt zu beruhigen, indem er ihm mitteilte, daß die syrischen Truppen die Grenzgebiete nicht überschreiten würden.

Der Abschreckungseffekt, auf den sich die baathistischen Strategen verlassen hatten, um das palästinensisch-progressive Lager zur Unterbrechung seiner laufenden Offensive im christlichen Gebirge zu zwingen, wurde damit verhindert.

Zugleich unterzog Kissinger die Führer in Damaskus einem Wechselbad. Mal lobte er die „konstruktive Rolle der Syrer", mal warnte er sie, „nicht die für die USA und Israel festgelegte Toleranzgrenze zu überschreiten". Itzhak Rabin (israelischer Außenminister) schloß sich den Amerikanern mit der Drohung eines Eingriffes an,

falls die Syrer eine „rote Linie" erreichen würden, ohne diese Linie geographisch und politisch festzusetzen.

Zu den doppelsinnigen und beunruhigenden Erklärungen der Israelis kam noch der Druck der konservativen arabischen Staaten, die mit den USA befreundet sind, wie Saudi-Arabien und Ägypten. Am Anfang glaubte Präsident Assad noch mit deren wohlwollender Neutralität rechnen zu können. ...

DRUCK DER ARABISCHEN BRUDERSTAATEN

Die Umkehr erfolgte zu Beginn dieses Jahres. Als Präsident Assad eine Verständigung mit den konservativen Christen erreicht hatte, stellt sich Präsident Sadat sofort ins andere Lager: er denunziert das gegen die Plästinenser und die Progressiven gehegte Komplott, obwohl gerade diese die entschiedensten Gegner seiner Politik sind. Saudi-Arabien und verschiedene Emirate des Golfes schreiten zur Tat: Plötzlich stoppen sie ihre Kredite und Zuwendungen an Syrien, lassen sich Zeit mit ihrem Beitrag „zur Kriegslast", entgegen den Verpflichtungen, die sie auf dem Gipfeltreffen von Rabat 1974 eingegangen waren und vertagen unter verschiedenen Ausreden ihre Teilnahme an Entwicklungsprojekten.

Aus völlig verschiedenen Gründen, die aber auf das gleiche hinauslaufen, unterbricht der Irak am 10. April plötzlich seine Erdöldurchfuhr — ungefähr 50 Millionen Tonnen pro Jahr — über die Erdölleitung, die durch Syrien verläuft und am Mittelmeer endet. Dies bewirkt, daß Syrien keine Transitrechte — herabgesetzte Erdölpreise — und keine Ölderivate aus den Raffinierien von Homs, die nun still liegen, mehr bezieht. ...

Dieser finanzielle Druck der Araber kommt in einer Zeit, in der die syrische Wirtschaft langsam die Rückschläge der libanesischen Krise zu spüren bekommt. Die Kosten der „Befriedungsaktion", der Hilfeleistungen — unter anderem durch Nahrungsmittelversorgung für die geschädigten Landesteile — sind eine schwere Last, die den Steuerzahlern nicht angenehm ist.

Außerdem verschlimmern die vier- bis fünftausend libanesischen und syrischen Flüchtlinge aus dem Libanon noch die Krise, die schon sonst auf dem Wohnungsmarkt herrscht. Die Inflation verstärkt sich, und es mangelt an den Produkten, die Damaskus normalerweise im Libanon einkaufte: Obst, Gemüse, Ersatzteile, Luxusgüter und andere begehrte Waren. Schlimmer noch wirkt sich der Einfuhrstop für Kerosin aus den Raffinerien von Tripoli aus, da dieser die Linienmaschinen und vor allem die syrische Luftwaffe versorgt. Der spürbare Nachlaß des Touristenstroms, deren Merhzahl aus dem Libanon kamen, das Verschwinden des Bankenzentrums Beirut und der Abbruch des Fernsprechverkehrs mit dem Ausland (aufgrund der Sabotierung der Anlagen, die sich seltsamerweise im Libanon befinden) haben den Rhythmus der Geschäfte gestört. Eine solche Lage kann nur denjenigen zugute kommen, die davon träumen, das Regime zu stürzen. Dies ist sicherlich nicht der Wunsch konservativer arabischer Staaten und der USA. ...

Die USA überwiesen an Syrien eine jährliche Rente von 80 Millionen Dollar und sie wären noch großzügiger, wenn Kissinger den Kongreß dazu bringen könnte, „seine Bewunderung und Achtung" für den Mann zu teilen, der seine „Schritt-für-Schritt-Politik" begrüßt hat, und der höchstwahrscheinlich genauso kooperativ und bereitwillig wie Präsident Sadat gewesen wäre, wenn der US-Staatssekretär Israel zur Rückgabe eines wichtigen Teils des Golans hätte bewegen können.

Niemand zweifelt an Assads gutem Willen. Durch seine Initiative wurde das Handelsvolumen mit den USA seit 1972 verachtfacht. Die Einfuhrzahl aus EG-Staaten, die sich 1970 auf 26,6 % erhöhte, erreichte im letzten Jahr um die 40 %, während die der sozialistischen Staaten im gleichen Zeitraum von 24,2 % auf 20,6 % sank, trotz großer Projekte wie dem von der UdSSR durchgeführten Bau des Euphratdammes. ...

Die USA und ihre arabischen Freunde können auch nicht über ein progressives Regime klagen, das jede Hilfe an die revolutionären Bewegungen der Gegend gestoppt hat. Das seine eigenen Kommunisten an der Leine hält, das die Fedayin innerhalb des Landes hörig machte, und das jetzt das gleiche mit den Palästinensern und den Progressiven im Libanon versucht. ...

DER KONSENS IM LIBANON

„Wir wollen unser Reformprogramm nicht aufzwingen", erklärte Georges Hawi, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Libanons."Das wichtigste für uns ist jetzt die territoriale Integrität und die nationale Unabhängigkeit des Libanon zu verteidigen, d von den Syrern verletzt werden. Die Lösung der inneren Krise muß von den Libanesen unter sich ausgehandelt werden. Wir sind bereit, mit all unseren Gegnern direkt zu verhandeln, einschließlich der Phalangisten, denn der Patriotismus ist nicht das Monopol der Linken."

So ist der Konsensus seit Anfang Mai zwischen der Progressiven Front und dem palästinensischen Widerstand hergestellt, der letztere befürchtet vor allem eine syrische Bevormundung, die den Widerstand seiner politischen und militärischen Handlungsfreiheit berauben würden. „Unsere Allianz mit der libanesischen Linken ist strategisch und unzerstörbar", erklärt uns der zweite Mann der Al Fatah, Abu Ayad. „Wir werden niemals die progressiven Milizen entwaffnen, wie es Syrien von uns seit Februar nachdrücklich verlangt. In diesem Land werden wir nur eine Armee dulden, die nationale libanesische Armee, die unserer Meinung nach in der Lage ist, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen."

Paradoxerweise trägt die Wahl von Elias Sarkis (Kandidat der Rechten) am 9. Mai zur Verstärkung einer „anti-syrischen Stimmung" innerhalb des konservativen Lagers bei. Die Rechten sehen plötzlich ein, daß sie gerade einen „Pyrrhus-Sieg" erreicht haben. Die Machtübernahme ihres Kandidaten beendet keineswegs die Krise, sondern provoziert neue Kämpfe, die ungünstig für sie verlaufen. Die Bilanz des 13-monatigen Bürgerkriegs ist schon katastrophal für die Phalangisten und deren Verbündete; der „nationale Befreiungskrieg", worduch die Palästinenser, zumindest aus der Umgebung von Beirut, verjagt werden sollten, hat schließlich zur Ausweitung der Macht der PLO in diesem Land geführt; große christliche Gebiete wurden von den progressiven Kräften erobert, wodurch der Traum jener, die einen maronitischen, wirtschaftlich lebensfähigen Mini-Staat errichten wollten, zerstört wurde.

Die Christen sind nicht nur darüber verbittert, daß ihre „traditionellen Beschützer", in erster Linie Frankreich, sie „im Stich gelassen haben"; auch das Verhalten der Syrer hat sie enttäuscht. Deren militärische Intervention seit Anfang April konnte den Vormarsch der Truppen von Joumblatt, dessen Kanonen die christlichen Hochburgen von Jounieh und Bikfaya bedrohten, nicht stoppen. Zweifel kommen auf. ...

Daher werden zwei Tendenzen innerhalb des christlichen Lagers deutlich. Die eine, die sich weiterhin auf den Schutz der Syrer verläßt, befindet sich im Schwinden. ... Andere, skeptisch gesinnte und zunehmend auch vom Lauf der Ereignisse beunruhigte Führer der Konservativen, sprechen sich für eine direkte Verständigung mit ihren Gegnern aus, die wegen ihren eigenen Sorgen auch zur Versöhnung neigen. Da die Linken auf jede Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen verzichtet haben, da sie nicht mehr den vorherigen Abzug der Syrer verlangen, warum sollten wir die Annäherungsmöglichkeiten nicht prüfen, behaupten sie. Während Karim Pakraduni, ein Mitglied des Politbüros der Phalange, sich in aller Öffentlichkeit in einem Restaurant des islamisch-progressiven Sektors von Beirut mit einem Leiter des Fatah-Geheimdienstes, Abu Hassan, verbrüdert, vermehren sich die Kontakte von Bechir Gemayel, Sohn des Parteiführers und militärischen Führers der christlichen Milizen, mit Vertretern der Linken. Seine Erklä-

rungen in den Maitagen überraschen durch deren Mäßigung. In Wirklichkeit kündigen sie ein baldiges Abkommen an. „Wir haben mit dem Dialog der Barrikaden begonnen, — die Sprache der Kämpfer auf beiden Seiten, die mit ihrem Blut für die Fehler der traditionellen Politiker zahlen, — der einzige Dialog, der zu fruchtbaren Ergebnissen führen kann", erklärte eram 26. Mai dem französischen Journalisten Michel Berrniet.

DIE ANNÄHERUNG ZWISCHEN KONSERVATIVEN UND PROGRESSISTEN ...

Vom Politbüro der Partei beauftragt, versichert Bechir Germayel, daß das Programm der Linken zu 80 % mit den Zielen der Phalangisten übereinstimmt. Die Zukunft der Palästinenser? „Es wäre dumm", so antwortet er, „die 400.000 bewaffneten Männer, die unter nationalen, sozialen und menschlichen Problemen leiden, nicht zu berücksichtigen". Er spricht sich für die progressive Abschaffung des Konfessionalismus aus und für die sofortige Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes, das das Zwei-Kammer-System einführt: ein Senat als Versammlung der „traditionellen Politiker" und ein nach dem Verhältniswahlrecht gewähltes Parlament, das die „aktiven Kräfte des Landes" vertreten würde. Erstaunlicherweise sind die für diesen Vorschlag benutzten Formeln mit denen, die der Generalsekretär der KP in seinen Artikeln benutzte, fast identisch.

Der vor einiger Zeit mit Präsident Sarkis aktiver Teilnehme eingeführte Normalisierungsprozeß schien fast zu laufen; die beiden Parteien verzichteten auf Gewaltanwendung und auf die Zuhilfenahme jeglicher ausländischer Macht, ob arabisch oder nicht, um die Einhaltung des Waffenstillstandes zu garantieren; sie würden sich in Anwesenheit palästinensischer und syrischer Vertreter an den „runden Tisch" setzen, um die Grundfragen zu erörtern. Am Vorabend des massiven syrischen Einmarsches in den Libanon bleiben nur praktische Fragen zu lösen: die Tagesordnung, Ort und Datum der „Friedenskonferenz", die höchstwahrscheinlich in Paris stattfinden soll.

Für Syrien ergibt sich daher eine kritische Lage. Eine „libanesische Lösung" der Krise könnte nur zu Ungunsten von Syrien erfolgen. Es stand fest, daß die Palästinenser und die Progressiven zu weitgehenden Konzessionen bereit waren, um von den Konservativen ihr Einverständnis für den Rückzug der syrischen Truppen zu erhalten. Eine solche, von den beiden gegnerischen Lagern erzwungene Entflechtung hätte Präsident Assad zu einem beschämenden Rückzieher gezwungen und ihm seine „Vermittlerrolle" entzogen. Für Syrien wären die Konsequenzen katastrophal gewesen, da es den Lauf der Dinge nicht mehr in einem Land hätte beeinflussen können, das es als lebensnotwendig für seine eigene Sicherheit betrachtet. Der palästinensische Widerstand, dessen Kommandos auf der libanesisch-israelischen Grenze lagern, würden der Kontrolle durch Damaskus völlig entgehen, genauso wie die Bekaa-Ebene, die eines Tages den jüdischen Truppen als Weg nach Damaskus dienen könnte.

... BEUNRUHIGT PRÄSIDENT ASSAD

Angesichts dieser Niederlage informiert das syrische Staatsoberhaupt die Amerikaner über seine Absicht, das am 31. Mai abgelaufene Mandat der „Blauhelme" im Golan ohne weitere Bedingung zu verlängern. Zugleich erbittet er von den Amerikanern eine Rückendeckung für die von ihm beabsichtigte militärische Operation im Libanon.

In der Tat, die Zeit drängt. Die Annähreung zwischen Progressiven und Konservativen konkretisiert sich, trotz der Abenteuer, die sie normalerweise trennen. Das Attentat gegen den Verbündeten der Linken, Raymond Edde, und die Ermordung der Schwester es Sozialisten Joumblatt, Lynda Joumblatt, am 27. Mai, wurde von zahlreichen Führern der Rechten, in erster Linie von Pierre Gemayel, heftig verurteilt; dieser ging so weit, eine Hypothese aufzustellen, die in Damaskus als hinterhältig betrachtet wird. Die Verantwortung für dieses Verbrachen sieht er bei „verdeckten Kräften, die sowohl den Christen und Moslems, den Linken und den Rechten im Libanon fremd sind ...".

Am 29. Mai, zwei Tage nach der Ermordung von Lynda Joumblatt, gibt ein libanesischer Offizier, der mit den Linken gebrochen hat, den Befehl, zwei christliche Dörfer im Akkar-Gebiet zu beschießen.

Die progr ssiven Führer und Palästinenser denunzieren sofort diese „Provokation" und fordern den rebellischen Offizier, dem sie eine Zusammenarbeit mit Damaskus vorwerfen, auf, die Bombardierung der beiden Ortschaften sofort einzustellen. Aber es ist zu spät: aus unbekannten Gründen entflammen die Fronten am nächsten Tag wieder. Am darauffolgenden Tag überqueren mehrere gepanzerte syrische Kolonnen die Grenze, „um das Blutvergießen zu beenden."

Für dringend notwendige finanzielle Unterstützung gibt es unter dem Vermerk „Libanonhilfe" ein Konto: Medico International, Kto.Nr. 1800, Frankfurter Sparkasse von 1822.

CHINA : 52 MILLIONEN DOLLAR FÜR PINOCHET

CHILE (CHILE-NACHRICHTEN/ID)
14. September

Die Frist für die Ausnutzung eines von der Volksrepublik China an die Regierung Allende eingeräumten Warenkredits von 52 Millionen Dollar, der von der chilenischen Regierung bisher nicht ausgenutzt worden war, drohte am 1. Juli 1976 abzulaufen. Ende Juni 1976 wurde diese Frist von seiten der Pekinger Regierung um viereinhalb Jahre verlängert. Daskommt in der Praxis der Gewährung eines neuen Kredits gleich.

Die Regierung der Volksrepublik China läßt sich offenbar von „klaren Prinzipien" leiten (die so grotesk sind, daß wir ihre Beurteilung getrost dem Leser überlassen):

1. Sie unterstützen den Kampf der Dritten Welt gegen den sowjetischen Sozialimperialismus
2. Sie läßt nicht zu, daß ein Keil zwischen die Völker der Dritten Welt und ihre Regierungen getrieben wird.

Fast gleichzeitig mit der Gewährung des Kredits gab die amtliche chinesische Nachrichtenagentur die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kampuchea und Chile bekannt. Aus bisher nicht bekanntgewordenen Gründen hat die Regierung von Kampuchea diese Nachricht dementiert. Es scheint, daß sie sich nicht von so „klaren Prinzipien" leiten läßt wie die Regierung in Peking.

(aus: Chile Nachrichten 40)

MEXICO – ENDE DER PRESSEFREIHEIT

MEXICO (CHILE-NACHRICHTEN/ID)
14. September

Mexico's Staatspräsident Luis Echeverria, dessen Amtsperiode im Dezember dieses Jahres zu Ende geht, hat viel von sich reden gemacht, vor allem wegen seiner antiimperialistischen Außenpolitik. Für den, der in Mexico lebt, ist jedoch nicht zu verkennen, daß diese quasi-sozialistische Außenpolitik kaum Entsprechungen im Innern findet. Zumindest muß ihm auffallen, daß die programmatischen Regierungserklärungen im Widerspruch zu den wirklichen Geschehnissen stehen. Ein Bild dieses Widerspruches bietet z.B. die Presse vom 13. Juli: Neben einer Erklärung, in der Mexico die Intervention des Heeres zur Lösung von Konflikten scharf verurteilt, steht der Bericht vom Einmarsch des Militärs auf dem streikenden Universitätscampus Chapingo.

Nicht immer freilich wird der Widerspruch so offensichtlich. Wenige wissen z.B. um den Widerspruch zwischen Echeverrias Plädoyer und anfänglicher aktiver Mitarbeit für eine Freie Presse in Mexiko und seiner Mitverantwortlichkeit im Zum-Schweigen-Bringen der liberalen Tageszeitung „Excelsior".

Excelsior ist die größte Tageszeitung Mexikos (Auflage 180.000) und gehört zu den wichtigsten unabhängigen Zeitungen Lateinamerikas. Die Zeitung ist – dem Muster von Le Monde entsprechend – genossenschaftlich organisiert, zählte die bekanntesten Intellektuellen Mexikos zu ihren Mitarbeitern und zeichnete sich innerhalb dermexikanischen Presse durch einen konsequent kritischen Kurs aus. Mit zunehmender Schärfe kritisierte Excelsior in letzter Zeit die Regierung Echeverria, deckte Skandale um hochgestellte Regierungsmitglieder auf und verlieh gewissen Sektoren der unabhängigen Arbeiterbewegung Echo (z.B. der Gewerkschaft der Elektiriker unter Galván). Seit sechs Monaten häuften sich deshalb die Angriffe gegen das Blatt und seinen Chefredakteur, Julio Scheerer, in Radio, Fernsehen und übriger Presse.

Am 10. Juni besetzten eigens für diese Aktion angeheuerte Landleute ein großes Grundstück, das Excelsior lange Zeit zuvor rechtmäßig mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Absicherung zur Stützung der politischen Unabhängigkeit der genossenschaftlich organisierten Zeitung erworben hatte. Ihr Anführer, Humberto Serrano, Abgesandter des Partido Revolucionario Institucional (Regierungspartei), erklärte, die Besetzung würde erst mit dem Rücktritt von Julio Scherer beendet. Der drohende Verlust des Grundstückes bewirkte in der Genossenschaft Excelsior eine Spaltung in zwei Lager. Hierzu schrieb Julio Scherer, Direktor von Excelsior, einen Brief an die Mitglieder der Kooperative, der diesen nicht zur Kenntnis gebracht werden konnte. Darin heißt es: „...Excelsior wird als eine klare Kraft der Öffentlichen Meinung respektiert, die die Wahrheit widerspiegeln will. Daher wird es so bekämpft. Daher versuchte man wiederholt, es zum Verschwinden zu bringen oder zumindest seine innere Kohärenz und Effizienz innerhalb des nationalen Lebens zu schwächen. Wir verstehen diese Abneigung. Aber es ist unerträglich, daß die Verschwörung in unsere eigenen Reihen dringt und daß man versucht, Excelsior zu einem Blatt zu machen, daß jeder beliebigen Macht gegenüber unterwürfig ist ..."

Als sich trotz Bestechung von Mitgliedern die Mehrheit nicht gegen Julio Scherer wandte, wurde in einer Versammlung der Genossenschaft durch das Einschleusen weiterer angeheuerter, diesmal bewaffneter Leute der Konflikt zu einem gefährlichen Höhepunkt geführt. Julio Scherer und seine Gruppe wurden niedergeschrien und bedroht, sodaß ihnen nichts anderes übrig blieb, als sich zurückzuziehen.(Vgl. auch Süddeutsche Zeitung 14. Juli und Trouw Kwartet 31.7. aus Holland).

Man ist sich hier in informierten Kreisen völlig darüber im Klaren, daß diese Machenschaften als ein direkter von der Regierung inszenierter Putsch gesehen werden müssen. Allerdings wurde dieser Putsch von der Regierung auf eine Art durchgeführt, welche die wirklichen Verhältnisse verschleiert: für den nicht-informierten Betrachter sieht alles so aus, als hätte eine demokratische Abstimmung über den Austritt Julio Scherers und seiner Gruppe entschieden. Für den Kenner der hiesigen Verhältnisse genügt jedoch ein Hinweis, um den wahren Sachverhalt zu erkennen: die Gewalt von oben äußerte sich in diesem Falle durch die Verweigerung jeglichen Rechtsschutzes für die Gruppe um Julio Scherer.

Am 8. Juli verfaßte daher eine Gruppe der namhaftesten Intellektuellen des Landes, alle Mitarbeiter von Excelsior, eine Erklärung, in der sie sich mit Julio Scherer solidarisierten und ihren Rücktritt im Falle einer Weiterführung der Repression gegen seine Gruppe ankündigten. (Vgl. Le Monde vom 10.7., Washington Post 11. und 14. 7., New York Times 9. und 13.7., france presse 9.7.) Diese Erklärung unterzeichneten unter anderen: Die Schriftsteller Arturo Azuela (Enkel des bekannten Nationalschriftstellers Manuel Azuela), Salvador Elizondo und Vicente Lenero, der Literaturkritiker Carlos Monsivais, der Wirtschaftswissenschaftler Miguel Wionczek, der Historiker Gaston Garcia Cantu, der Jesuit Enrique Maza und der Führer einer unabhängigen Arbeiterpartei, Heberto Castillo. Hier zeigte sich jedoch die Repression in ihrer eklatantesten Form: Anstelle dieser Erklärung erschien im Excelsior vom 8. Juli ein gähnend leeres Blatt. Octavio Paz, einer der bekanntesten lateinamerikanischen Schriftsteller, trat aus Protest von der Chefredaktion der literarischen Monatszeitschrift von Excelsior, PLURAL, zurück. In der hierzu von ihm und anderen verfaßten Erklärung heißt es:„... Befinden wir uns vor einem weiteren Versuch eine Insel kritischer Unabhängigkeit abzuschaffen? Soll der monolithische Charakter der politischen Geschehnisse sich auch in einen monolithischen Charakter der ideologischen Ausdrucksform umsetzen? Haben es sich die mächtigen politischen und wirtschaftlichen Bürokratien, die uns beherrschen, vorgenommen, die wenigen freien Stimmen, die in unserem Land verbleiben, zum Schweigen zu bringen? Die Umwandlung von Excelsior in ein Sprachrohr der Erweiterung des Applauses für und der Lobeshymnen auf die Mächtigen, wird ein Signal dafür sein, daß sich die autoritäre Dämmerung, die schon fast unser gesamtes Amerika bedeckt, Mexico nähert."

Seit dem Austritt der Gruppe von Julio Scherer unterscheidet sich Excelsior in nichts mehr von den anderen gängigen Zeitungen: es fehlt jede kritische Analyse der Geschehnisse. Während Excelsior selbst nur immer wieder auf die „demokratische" Entscheidung verwies, schwiegen die anderen großen Zeitungen sich in bezug auf die Geschehnisse im Blatt Excelsior überhaupt aus. Auch in Radio und Fernsehen wurde nichts bekannt. Als jedoch angesichts der ausländischen Presse und der Proteste im Inland (vor allem in Universitätskreisen) dieses Schweigen nicht mehr aufrechtzuerhalten war, lehnte Präsident Echeverria in einer Erklärung vom 15. Juli jede Mitverantwortung ab und sprach sogar von einer Anti-Entwicklungsländer-Haltung der ausländischen Zeitungen, welche getreu über die Geschehnisse berichtet hatten.

Mit dem Ausscheiden der Gruppe von Julio Scherer aus Excelsior hat das Land kein kritisches Sprachrohr mehr. Die Presse bietet ein trauriges Bild der künstlichen Einmütigkeit. Es ist keineswegs sicher, daß der Plan Julio Scherers, eine neue Zeitung zu gründen, gelingt, denn die Regierung kontrolliert nicht nur das Papier, sondern auch die Einfuhr von Maschinen.

Es wäre nun nach einer Erklärung für diese Geschehnissé zu suchen. Es ist klar, daß sie im Zusammenhang mit dem kurz bevorstehenden Regierungswechsel gesucht werden muß. Wie immer will sich auch dieser gehende Präsident einen großen Teil seiner Macht erhalten. Alles weist darauf hin, daß Echeverria diese Machterhaltung durch die Kontrolle über die Massenmedien zu erreichen versucht. Unter dem Deckmantel der „Organizacion Editorial Mexicana" haben Echeverria und seine engsten Mitarbeiter bereits die Aktienmehrheit in 37 der wichtigsten Zeitungen des Landes. Neben den beiden öffentlichen TV-Kanälen besitzt Echeverria auch einen privaten TV-Kanal, den er vor kurzem aufgekauft hat. Die übrigen 3 privaten TV-Kanäle gehören

dem reaktionären Ex-Präsidenten Miguel Aleman, der in seiner Regierungszeit zu einem der reichsten Männer der Welt wurde.

Es scheint, daß der neugewählte Präsident Jose Lopez Portillo, der im Dezember die Leitung des Landes übernehmen soll, der Machtanballung in den Händen Echeverrias machtlos gegenüber steht. Die weiteren Geschehnisse werden erweisen, ob diese Machtlosigkeit abgesprochen oder aufoktroyiert ist. Sicher steht jedoch, daß mit dem Fall Excelsior die unter der Regierung Echeverria begonnene „demokratische Öffnung" von dieser Regelung selbst zu Grabe getragen wird.
(aus: Chile Nachrichten 40)

NEUE AKTION DER KOLUMBIANISCHEN GUERILLA

BOGOTA (ALTERNATIVA/ID) 5.September

Am Abend des 23. August haben 100 Mitglieder der FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens, bewaffneter Arm der KP Kolumbiens) den Ort Murindo in der nordöstlichen Provinz Antioquia besetzt. Dieser zweite Schlag der Guerilla innerhalb eines Monats ist ein Beweis für die Konsolidierung der Organisation in diesem Gebiet.

Die Besetzung von Murindo verlief, ohne daß ein einziger Schuß abgegeben wurde. Das zeigt nicht nur, wie die Revolutionäre von der Bevölkerung aufgenommen wurden, sondern auch die völlige Verwahrlosung der Gemeinde. In Murindo fehlt es an den elementarsten Einrichtungen: auf Busverbindungen, Elektrizität und Telefon wartet die Bevölkerung noch immer.

Die Guerilla verließ den Ort gegen drei Uhr morgens, nachdem sie die Gelder der staatlichen Stellen eingezogen und an die Bevölkerung verteilt hatte. Offizielle Quellen verbreiteten die Version, mit dem Geld hätte sich die Bevölkerung besoffen. Mit solch plumpen Lügen wird jedoch nicht nur versucht, die gesamte Guerillatradition zu verunglimpfen, sondern auch der Aktion ihren politischen Charakter zu nehmen. Aus den vorhandenen Informationen läßt sich im übrigen die aktive Teilnahme von Frauen in der Guerilla ableiten.

Nach langem Schweigen hat sich jetzt auch die Zweite Guerilla-Organisation Kolumbiens, die ELN (Nationale Befreiungsarmee, ihr gehörte Camillo Torres an) wieder in der Öffentlichkeit gemeldet: mit einem Komunique, in dem sie sich vor allem auf die psychologische Kriegsführung des Staates gegen die Guerilla bezieht.

In den letzten Monaten habe es falsche Komuniques gegeben, die,der Guerilla zugeschrieben, in den Büros der staatlichen Propaganda entworfen worden seien. Darüber hinaus seien Falschmeldungen über interne Machtkämpfe der Guerilla in den Medien verbreitet worden. Schließlich sei mit der Version einer ‚neuen Guerillafront' vor allem unter Intellektuellen und Sympathisanten Verwirrung gestiftet worden.

Die ELN – so heißt es im Komunique – „verfolgt weiter ihr strategisches Ziel, die Revolutionäre Volksarmee aufzubauen für den bewaffneten Kampf, gegen den Imperialismus, die Oligarchie und ihre Streitkräfte, mit breiter Beteiligung des kolumbianischen Volkes, unter Führung der bewußtesten Bauern und der Arbeiterklasse. Kein Schritt zurück! Freiheit oder Tod!"

(aus:Alternativa 96, vom 30.8.76)

DIE REPRESSION DER MILITÄRDIKTATUR

ARGENTINIEN (CHILE-NACHRICHTEN/ID) 14. September

Wenn man als Tourist auf dem internationalen Flughafen Ezeiza der Lufthansamaschine entsteigt, dann hat man nicht unbedingt den Eindruck, daß sich Argentinien im Kriegszustand befindet, daß die Streitkräfte nun schon vor fünf Monaten dem argentinischen Volk offen den Kr g erklärt haben. Und au die Busfahrt vom Flughafen ins Zentrum von Buenos Aires bietet dem oberflächlichen Touristenblick wenig Anhaltspunkte dafür. Zwei junge Soldaten st n gelangweilt am Eingang des Flughafengebäudes und bitten mich um Zigaretten. Die Zollkontrolle ist oberflächlich. Anders als auf dem Frankfurter Flughafen, wo durch ausgiebige Waffen- u Bombensuche am Körper jedem Reisenden verdeutlicht wird, daß er ein potentieller „Terrorist" sei, werde ich in Ezeiza in dieser Hinsicht nicht belästigt.

Der 86er Bus muß auf dem Weg ins Zentrum einen Kontrollposten der Armee passieren. Die Elen s iertel zu beiden Seiten der Schnellstraße haben sich weiter ausgedehnt, nähern sich dem Blick des Autofahrers. Der Bus weicht von der gewohnten Route ab. Wir fahren durch ein Arbeiterviertel. Die Häuserwände sind wie eh undj vollbemalt mit politischen Parolen: „Comandante Santucho, presente!" (Kommandant Santucho lebt!") oder „Santucho vive en el corazon del Pueblo!" (Santucho lebt im Herzen des Volkes). Beide Parolen sind mit JG (Juventud Guervarista) und dem Stern des ERP unterzeichnet.

Einige Tage vor meiner Ankunft haben die Montoneros in der Kantine des Polizeihauptquartiers eine Bombe gezündet: 18 Polizisten sind getötet, 66 verletzt worden und vier weitere erliegen im Laufe des Monats ihren Verletzungen. Auch von dieser Guerilla-Operation sprechen die Haus- u Fabrikwände.

Polizisten oder Militärs sind in denStraßen kaum sichtbar. Vor dem Putsch standen Wachposten an den Eingängen der ausländischen Banken. Jetzt sind sie – offenbar aus Sicherheitsgründen – nach innen verlegt worden. Etwa in gleicher Häufigkeit wie in Westberlin patrouillieren die Polizeiwagen. Wir halten vor einer Ampel. Plötzlich heult eine Sirene auf und ein grauer Ford Falcon mit vier Insassen rast an denAutos vorbei. Der Argentinier weiß Bescheid: ein „ziviles" Mordkommando der Streitkräfte.

In G sprächen mit Bekannten und Freunden und anhand von politischen Dokumenten beginne ich, mir ein Bild vom Ausmaß des Terrors und der Unterdrückung zu machen.

Einige Gespräche mit Auslandskorrespondenten: Sie sagen ganz offen, daß sie Angst haben. „In diesem Land gibt es für niemanden Garantien."

Manche wollen bis Ende des Jahres das Land verlassen, andere haben sich nach Mexico, Venezuela oder Brasilien versetzen lassen. Die Informationsbeschaffung ist äußer schwer geworden. Und so mancher Auslandskorrespondent ist von einer der anonymen Spezialeinheiten der Streitkräfte bedroht worden. Man hält sich daher an die offiziell herausgegebenen Informationen. Das liest sich in der deutschen Presse dann folgendermaßen: „Sieben Untergrundkämpfer sind bei Gefechten mit argentinischen Sicherheitskräften am Dienstag und in der Nacht zuvor ums Leben gekommen ... Seit dem vergangenen Wochenende sind damit im Zuge der Terroristenbekämpfung 15 Menschen getötet worden." (Tagesspiegel, 18.8.76) Auffallend bei solcherlei „Nachrichten" ist, daß die „Terroristenbekämpfung" ohne Verluste der argentinischen „Sicherheitskräfte"erfolgt. Kaum ein Journalist macht sich me die Mühe, der Sache auf den Grund zu gegen und den Wahrheitsgehalt offizieller Informationen zu prüfen. Oftmals sogar übernimmt man wider besseres Wissen die erlautbarungen der Militärs. Daß bei solchen „Gefechten" in der Regel politische Gefangene oder sogenannte Verschwundene liquidiert werden, ist den Auslandskorrespondenten bekannt.

Gespräche mit katholischen Priestern: sie sind auffallend gut informiert. Sie haben Kontakt zu Familienangehörigen von politischen Gefangenen oder Verschwundenen, sie haben Zugang zu Gefängnissen, und: die religiöse Beichte bringt Unglaubliches zum Vorschein: Die politischen Gefangenen werden in der Tat liquidiert!



US-Waffen für Lateinamerika

1. Die furchtbaren Erlebnisse von Badegästen in den Monaten März und April, die beim Schwimmen im Rio de la Plata auf Leichen stießen, haben eine Erklärung gefunden. Laut Beichte eines Heeresoffziers wurden politische Gefangene in Flugzeuge verfrachtet und über dem Atlantik abgeworfen. Nachdem die öffentliche Meinung durch die Leichenanlandungen zu sehr beunruhigt wurde, ist man im Mai dazu übergegangen, die Leichen von politischen Gefangenen in Beton zu gießen und sie im Meer zu versenken.

2. Die täglichen stereotypen Meldungen über „Zusammenstöße der Sicherheitskräfte" mit „subversiven Delinquenten" oder „Terroristen" sind oftmals —nachweisbar in vielen Fällen— nichts anderes als Massaker an politischen Gefangenen. Nach dem Bombenattentat auf die Polizeikantine rächte sich die Bundespolizei mit Morden an politischen Gefangenen. In manchen Tageszeitungen tauchten in den folgenden Tagen die Namen der erschossenen „subversiven Delinquenten" auf. In zwei mir persönlich bekannten Fällen handelte es sich um linksperonistische Aktivisten der Villa miseria Tres Rosas (Ein Elendsviertel), die nachweisbar vor etwa sechs Monaten festgenommen worden waren. Ein Priester konnte mir ähnliche Fälle berichten.

Damit erhellen sich auch die sonderbaren Zusammenstöße zwischen „Guerilleros" und den Streitkräften, bei denen die letzteren immer ohne jegliche Verluste den Sieg davontragen. Die bisherige offizielle Version von Gefangenenermordungen, die besonders in Cordoba praktiziert wurde, lautete: „auf der Flucht erschossen". Die neue, viel effektivere Variante liest sich so: „Sicherheitskräfte töteten sieben Subversive in Cordoba. In den Reihen der Polizei gab es keine Verluste". (La Razon, 10.8.76).

Am 23. August veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung einen Bericht über Massenmorde an mehr als 50 Personen: „... entdeckte die Polizei ein von Rechtsextremisten angerichtetes Blutbad ... Die Terror-Opfer waren bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden."

Mir aus Buenos Aires telefonisch übermittelte Informationen sprechen auch in diesem Falle von der Liquidierung politischer Gefangener. Die Unterscheidung zwischen unabhängig operierenden Rechtsextremisten und den Sicherheitskräften wird demnach immer unglaubwürdiger.

3. Es gibt keine (nicht einmal annähernd) genauen Daten über die Anzahl der politischen Gefangenen. Die Schätzungen reichen von 30.000 bis 100.000. In diesen Schätzungen inbegriffen sind die offiziell nicht anerkannten politischen Gefangenen, die von Spezialeinheiten der Streitkräfte entführten Personen, die sogenannten Verschwundenen. Die Taktik der Militärdiktatur, nur einen Teil der Gefangenen offiziell als solche anzuerkennen, erleichtert es ihnen, die „Verschwundenen" zu liquidieren. Dieses Massaker an Tausenden von Personen wird von Regierungsseite propagandistisch unterstützt (und von der Auslandspresse in der Regel so akzeptiert), indem man unterscheidet zwischen offiziellen Sicherheitskräften und sogenannten Rechtsextremen, die angeblich auf eigene Faust Jagd auf Oppositionelle machen.

Diese Repressionspolitik der massenhaften Entführungen erschwert e. ungemein, annähernd exakte Schätzungen über die Zahl der politischen Gefangenen in Argentinien vorzunehmen. Ein Rechtsanwalt berichtete mir, daß in den Monaten Mai und Juni pro Tag durchschnittlich 60 Habeas-Corpus-Gesuche bei den zuständigen Justizbehörden der Hauptstadt eingereicht wurden, hierbei handelte es sich in der Regel um offiziell nicht anerkannte Gefangene, also Verschwundene.

Diejenigen, die die Folterungen lebend überstehen, werden in geheimen Konzentrationslagern untergebracht. Dies sind die Todeskandidaten, die in den fast täglichen Meldungen der bundesdeutschen Presse entweder als bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften erschossene „Terroristen" oder als Opfer von Rechtsextremisten auftauchen.

Neben den schon weltweit denunzierten KZs, wie das KZ in Famailla, dem Hauptquartier der V. Infantriebrigade in Tucuman, sind weitere geheime KZ-Standorte bekannt geworden: Buque Granaderos, ein schon unter General Lahusse 1972 als Gefangenenschiff eingesetztes Kriegsschiff; das Militärhospital und eine Militärschule in Campo de Mayo, dem größten Armeestützpunkt Argentiniens am Rande von Groß-Buenos Aires; die Escuela Mecanica der Marine; das Kommando 128 des Geheimdienstes SIDE, in dem der deutsche Student Klaus Zieschank zumindest bis in den Mai hinein festgehalten wurde; im Stadtteil Palermo von Buenos Aires das Regiment Patricios des I. Armeekorps.

4. Im Juli kam es zum ersten größeren Konflikt zwischen der Militärjunta und der katholischen Kirchenhierarchie, nachdem Anfang des Monats drei Priester (Pedro Duffau, Alfredo Kelly, Alfredo Leader) und zwei Seminaristen des irischen Pallotinerordens von Spezialeinheiten der Streitkräfte ermordet wurden. Im Auftrag der argentinischen Bischofskonferenz richten am 7. Juli die Kardinäle Aramburu und Primatesta und Erzbischof Zaspe einen Brief an Juntachef Videla. Der Brief ist in einem zurückhaltenden Ton abgefaßt, erwähnt jedoch die rechtlose Lage der politischen Gefangenen, die Angst und Rechtlosigkeit der Bevölkerung und den Terror von staatlicher Seite unterstützter Gruppen.

Am 21. Juli werden in der Provinz La Rioja die beiden Priester Gabriel Longueville (Franzose) und Carlos Muriaf (Argentnier) von einem Kommando der Streitkräfte ermordet. Wenige Tage später kommt Bischof Anginelli von La Rioja bei einem mysteriösen Autounfall ums Leben. Nachdem selbst in der Tageszeitung La Opinion die Möglichkeit eines Attentats angedeutet wird, erfahre ich von katholischen Priesern, daß Bischof Anginellig die Namen der Mörder der beiden Priester in Händen hatte. Er legte dem Kommandanten des Militärstützpunktes El Chamical seine Beweisstücke vor und „verunglückte" dann auf der Rückfahrt mit seinem Auto.

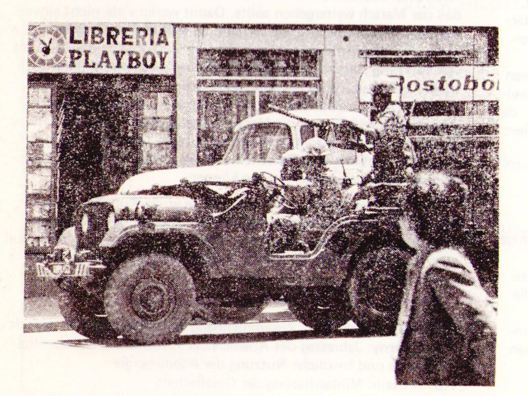
In den folgenden Tagen werden zwei Nonnen von den Streitkräften ermordet und zehn Priester gefangengenommen.

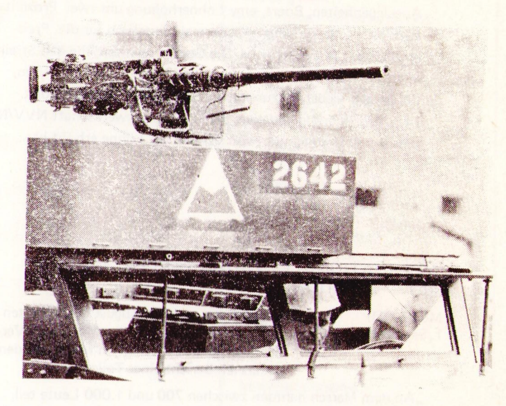
5. Die täglichen – gegenüber den Massenmorden an der Bevölkerung fast schon „harmlos" erscheinenden – Repressionsmaßnahmen der Streitkräfte habe ich aus nächster Nähe erlebt. An einem Samstagabend wurde ein besonders von Arbeitern besuchtes Tanzlokal in Buenos Aires von Kommandos der Streitkräfte überfallen, den vorwiegend Jugendlichen die Haare auf Faschistenkurzschnitt geschoren und über 200 Personen eineinhalb Tage im Gefängnisse gesteckt, wo sie unbezahlte Fronarbeit wie z.B. Reinigungsarbeiten verrichten mußten.

Das zweite Erlebnis bezieht sich auf die zahlreich durchgeführten Straßenkontrollen der Repressionskräfte. In diesem Fall wurde ein Verkehrsknotenpunkt durch drei Militärlastwagen und fünf Patrouillenwagen der Bundespolizei abgeriegelt. Die PKWs wurden nach Waffen durchsucht, und in die Busse stiegen mit Maschinenpistolen bewaffnete Soldaten und kontrollierten Ausweispapiere und Taschen. Die Ineffizienz dieser Straßenkontrollen liegt darin, daß die Soldaten oftmals – wie in unseremFalle – ihre Arbeit nur sehr oberflächlich durchführen. Bedenkt man, daß in Buenos Aires täglich von Hunderten von Personen Propaganda- oder logistisches Material oder Waffen von einem Ort zum anderen gebracht werden müssen, dann erscheint der „Erfolg" der Straßenkontrollen mit etwas mehr als 20 Toten seit März sehr gering.
In den Anweisungen der Montoneros an die Soldaten heißt es auf Seite 2 unter der Überschrift: „Was muß ein Soldat des Volkes im Schoße des feindlichen Heeres tun?
1. Verkehrskontolle: a) oberflächlich durchsuchen, b) im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung in Deckung gehen; wenn möglich in die Luft schießen oder den Schußwechsel hinauszögern."

Die dritte Begebenheit war eine der täglichen Stadtteilrazzien: nachts um drei Uhr erschienen mehrere Armeelastwagen und Polizeiautos im Stadtteil. Die Straßen wurden durch starke Scheinwerfer taghell erleuchtet und etwa 200 Soldaten und Angehörige der Bundespolizei riegelten die Zufahrtsstraßen ab, drangen in die benachbarte Fabrik und in die Häuser ein, durchsuchten Wohnungen und mißhandelten die aus dem Schlaf gerissenen verängstigten Menschen. Besonders die Bundespolizisten taten sich hervor bei Raub und Plünderung von Wertgegenständen. Wie am folgenden Morgen festgestellt werden konnte, sind vier nichtorganisierte Jugendliche abgeführt worden.

Besonderes Aufsehen auch in der Auslandspresse erregte das lateinamerikanische Fußballpokalendspiel zwischen dem argentinischen Finalisten Rivers und dem brasilianischen Verein Cruzeiro von Belo Horizonte. Nervös gegenüber jeder Massenveranstaltung prügelte die Polizei nach Beendigung des Spiels auf die Zuschauer ein, verletzte mehrere Fußballspieler, darunter auch einen brasilianischen, mehrere Journalisten und Fotografen und – besonders peinlich – den Sohn des Einatzsleiters der Polizei und dessen Freund, die sich Autogramme eines Fußballspielers geben lassen wollten.





(aus: Chile-Nachrichten 40)

VEREINTE NATIONEN: SKLAVEREI GIBT ES DOCH

Frankfurt (ID)
12 September

Ein Bericht der Un-Komission für Minderheiten, der in der westdeutschen Presse keine Beachtung fand, definiert erstmalsoffiziell die Situation lateinamerikanischer Indianer als Sklaverei. Z.B. werden Kinder der Ache-Indianer in Paraguay zu einem Preis von 2 Dollar (4.60 DM) gehandelt. Zwangsarbeit in Guinea, El Salvador, Honduras, und guatemala ist normal; ohne sie würde die Landwirtschaft zusammenbrechen. Die Komission berichtet, dass in den letzten zehn Jahren in Guatemala ca. 20,000 Menschen, die Bauerngewerkschaften gründen wollten, entweder ermordet wurden, oder auch nur verschwunden sind.
Aus : 'New York Times' und 'London Times'.

WARNSTREI KIM HAFEN

Amsterdam (ID) 8. September — Zum zweiten Mal in zwei Monaten streiken die Hafenarbeiter in Amsterdam und Rotterdam. Grund des Streiks des 2. und 3. September war die Weigerung des Minisers für soziale Angelegenheiten, Boers, eine Lohnerhöhung um zwei Prozent zuzulassen, die von den Arbeitern als Ausgleich für di: Preiserhöhungen gefordert wird. Die Gewerkschaften, die den Streik nicht unterstützten, haben nach zwei Tagen dazu aufgerufen, die Arbeit wieder aufzunehmen, Der Aufruf wurde befolgt. In einer Erklärung bedauert die Transportgewerkschaft NVV/NKV dass die Regierung nicht von sich aus die Löhne erhöht hat.

INTERNATIONALER GEWALTFREIER MARSCH METZ – VERDUN

METZ (ID) 1. September — Vorm 4. bis zum 10. August marschierten Kriegsgegner von Metz nach Verdun. Wir veröffentlichen im folgenden den gekürzten Bericht eines Teilnehmers.

„An dem Marsch nahmen zwischen 700 und 1.000 Leute teil. Die Initiative ging von italienischen Pazifisten aus, die den Wunsch äußerten, ihren nationalen Marsch auf internationale Ebene auszudehnen.

In Deutschland fand kurz vor dem Marsch für die deutschen Teilnehmer ein zweitägiges Training in gewaltfreiem Verhalten statt. Anhand von Rollenspielen wurden Konfliktsituationen, die während des Marsches eintreten könnten, durchgespielt. Außerdem fand in Frankreich ein Training für Ordner statt, die sich ebenfalls durch Rollenspiel und non-verbale Kommunikation auf Konflikte vorbereiteten. Sie sollten dadurch in der Lage sein, schwierige Situationen schneller zu erkennen und eventuelle Provokateure zu isolieren. Dies war notwendig, da es nicht möglich war, alle Teilnehmer ausreichend zu trainieren, obwohl die Ordner als Multiplikatoren am ersten Tag in Metz selbst Trainings durchführten. Mangels Konflikten beschränkte sich ihre Funktion dann allerdings vorrangig darauf, den Verkehr zu regeln und aufzupassen, daß nicht so große Löcher innerhalb des Marsches entstanden.

Am ersten Tag in Metz fand mittags eine Demonstration statt, und abends eine Kundgebung in der Stadt mit dem Thema: Militärgerichte und Staatssicherheitsgerichte, Verweigerung, Totalverweigerung, Soldatenkomitees. Auf der Demo, wo auch ein Theaterstück aufgeführt wurde, wurden die Teilnehmer durch Polizei daran gehindert, zum Militärgefängnis zu ziehen, wo mehrere Totalverweigerer ihre zweijährige Gefängnisstrafe absitzen. Zur Information der Teilnehmer wurden Handzettel verteilt, die die Themen für den jeweiligen Tag, die Anzahl der zu marschierenden Kilometer (zwischen 10 und 25 km) eine Kontaktadresse für den Fall einer Verhaftung sowie Ausführungen zum Thema Gewaltfreiheit enthielten.

Nachdem der Marsch drei Tage unterwegs war, setzten sich einige Leute zusammen, um in einer Marschzeitung die aufgetauchten Probleme darzustellen. Ungefähr die selben Leute, die die Marschzeitung machten, bildeten auch die deutsche Pressegruppe, die die deutsche Presse noch nicht gänzlich aufgegeben hatte, und sie zur Berichterstattung zu dem Marsch einlud und an über 60 Zeitungen zwei Presseberichte sch kte. Doch niemand von der deutschen Presse rührte sich.

Ander dagegen die französische Presse. So war sie auch dabei, als wir uns am Sonntag nach Douaumont aufmachten. Dies ist ein großer Friedhof, eine nationale Gedenkstätte, wo 130.000 Gefallene des ersten Weltkriegs liegen. Zum einen war es die längste Etappe des Marsches (20 km bis Douaumont und noch 5 km bis CHarny) und zum anderen war hier der größte Konfliktherd zu erwarten, da die Veteranenverbände ihre Mitglieder aufgerufen hatte, uns am Betreten des FReidhofs zu hindern. In vielen Dörfern, die auf unserer Marschstrecke lagen, waren von den Veteranen Plakate geklebt worden, in denen die Ziele des Marsches falsch dargestellt wurden – wir wären alle Kommunisten, die den Friedhof entehren wollten, die Straße vollscheißen wollten und ähnliches. In der Presse war die Drohung der Veteranen als auch die Presseerklärung des internationalen Koordinationskomitees des Marsches veröffentlicht worden. Um Provokationen von unserer Seite zu vermeiden, wurde schon am Samstagabend in Kleingruppen über dieses Thema diskutiert, wie auch am Sonntagmorgen in der Vollversammlung. Dort wurde beschlossen, statt wie bisher Sandwiches und mehrere Transparente und Spruchbänder mitzuführen, mit den Aufschriften: „Internationaler gewaltfreier Marsch für Entmilitarisierung" und „Nie wieder Krieg".

Die Anzahl der Teilnehmer ist an diesem Tag auf 1.000 angewachsen. Außer dem Spitzelauto, das den Marsch schon ständig begleitet hatte, war jetzt auch die Gendamerie dabei. Nach der Mittagspause kommen wir endlich in die 3-km-Zone um den Friedhof. Dort soll man sich möglichst ruhig verhalten, es ist verboten, Musik zu machen und zu campieren. Ab diesem Punkt wurde das Reden eingestellt und wir gingen schweigend weiter. Die gewaltfreien Marschierer gingen wesentlich dichter zusammen als normalerweise und viele drängten sich an die Spitze des Marsches. 300 m vor dem Friedhof wurde der Marsch gestoppt. Ein starkes Aufgebot von nationaler Gendamerie und Sicherheitspolizei (CRS) verwehrte den Marschierern den Zugang zum Friedhof. Wir setzten uns auf die Straße, während einige Vertreter des Marsches zu erfahren versuchten, warum das Betreten des Friedhofs verhindert wurde.

Die Delegierten erfuhren, daß der Präfekt der Region den Zutritt zum Friedhof sowie das Umgehen für die gewaltfreien Marschteilnehmer verboten hatte, obwohl es nach der französischen Vefassung nicht möglich ist, jemandem den Zutritt zu einem Friedhof zu verbieten. Wir waren also im Recht, doch was nützte uns das angesichts der Polizei? Die wenigen anwesenden Veteranen und Fallschrimspringer aus dem Algerienkrieg versuchten, uns zu provozieren, was ihnen aber nicht gelang.

Auch der Vorschlag, je einen Vertreter aus jedem teilnehmenden Land, also zwölf, auf den Friedhof zu lassen, wurde abgewiesen. Nach zwei Stunden sit-in entschied die Verhandlungsdelegation, daß der Marsch weitergehen sollte. Damit waren viele nicht einverstanden, so daß eine Gruppe weiterging, während die andere zurückblieb, um untereinander und mit der Polizei zu diskutieren. DAmit war vorläufig eine offensichtliche Spaltung eingetreten, die jedoch wieder behoben wurde, als sich beide Gruppen vor Charny, dem Ziel des Tages, wieder zum Marsch zusammenschlossen. Dieser Zwischenfall zeigte, daß die Marschteilnehmer es versäumt hatten, der Verhandlungsdelegation ausreichende Handlungsanweisungen zu geben, wodurch eine Entscheidung, die anden Teilnehmern vorbeiging, hätte vermieden werden können.

Am nächsten Tag fand in Verdun eine große Kundgebung statt, die von der Bevölkerung gut besucht war und auf der mehrere bekannte Persönlichkeiten sprachen. Am Dienstag fand zum Abschluß noch eine Demonstration statt, auf der viel Musik gemacht und getanzt wurde."

Hier die weiteren Themen der einzelnen Tage:

5.8. in Gravelotte: De r Zusammenhang von Armee und Wirtschaft
6.8. in Jarny: Jahrestag des Abwurfs der Hiroshima-Bombe, militärische und friedliche Nutzung der Atomenergie
7.8. in Etain: Militarisierung der Gesellschaft
8.8. in Douaumont: Schweigendes Gedenken der sinnlosen Toten abends in Charny Erklärung zum Sinn des Marsches

Inform' ...s-Dienst
zur Verbreitu... Nachrichten
ID

ES GIBT DAS NEUE INHALTSVERZEICHNIS (Sept '75-Aug '76)
Zu bestellen: beim ID! für 1,- DM; bitte auf dem Postscheckabschnitt besonders kennzeichnen...

INHALTSVERZEICHNIS OKTOBE... ...94)

herausgeber:
frankfurter informations-
dienst e.v.
6 frankfurt 9o
...burger allee 45
...1/7o4 352

fra.
dienst ...
... frankfurt ...
nr. 52 52 28-60...

kontaktzentren:

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 44 40 03

463 bochum-querenbg
esg
lennershofstr. 66/VIII
tel. 70 14 65

5 köln
pol. buchladen
zülpicherstr. 197
tel. 44 61 71

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchhandlung
adalbertstr. 41b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01391267

monatsabo dm 6.-
(gegen vorkasse)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

903R 146 1
H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

ZUR BUNDESTAGSWAHL' 76

Nachdem unter vielen Zeremonien endlich der Amtsstab übergeben ist, wird ein Stuhl gebracht. Dieser Stuhl ist niedrig. Er ist aus bastartigem Holz gefertigt und erscheint wie Flechtwerk. Der Sitz jedoch ist ausgehöhlt, in der Größe des Gesäßes. Unter Lachen und fröhlichen Scherzen und derben Witzen der Männer, die in Mengen der Zeremonie beiwohnen, streift der neue Häuptling nun seine weißen Baumwollhosen halb herunter und setzt sich mit demunbekleideten Gesäß in die Öffnung des Stuhles. Er trägt den Ebenholzstab mit dem silbernen Knopf, den Amtsstab, im rechten Arm, und er sitzt nun würdevoll auf dem Stuhl, das Gesicht allen Männern der Nation, die vor ihm stehen, zugekehrt. Er sitzt da, so ernst und majestätisch, als wolle er seine erste feierliche Amtshandlung beginnen. Das Scherzen und Lachen der umstehenden Männer verstummt nun für eine Weile. Es macht den Eindruck, als wollten sie alle in Andacht den ersten bedeutenden Worten ihres neuen Häuptlings zuhören.

Aber nunmehr kommen drei Männer herbei, die zu dieser Feier von jenem Stamm hergeschickt wurden, der im folgenden Jahr den Caciquen zu wählen hat. Diese Männer tragen einen irdenen Topf, in dessen Seiten zahlreiche Zuglöcher eingebohrt sind. Der Topf ist mit glühenden Holzkohlen gefüllt, die infolge jener Zuglöcher tüchtig am Glühen bleiben.

Mit einer gereihmten Rede in indianischer Sprache erklärt der Mann, was der Zweck der Handlung sei, die er jetzt vornähme. Wenn er seine Rede beendet hat, stellt er den Topf mit den glühenden Holzkohlen unter das unbekleidete Gesäß des neuen Häuptlings.

In der Rede hat der Mann gesagt, daß dieses Feuer unter dem Hintern des Häuptlings, der würdig auf seinem Amtssessel sitze, ihn daran erinnern möge, daß er nicht auf diesem Stuhl sitze, um sich auszuruhen, sondern um für das Volk zu arbeiten, er soll lebendig bleiben, selbst wenn er auf dem Amtssessel sitze; ferner solle er nicht vergessen, wer ihm das Feuer unter den Hintern gelegt habe. Es habe ihm der Stamm das Feuer unterlegt, der im nächsten Jahr den Häuptling stelle, und es sei geschehen, um ihn schon heute daran zu erinnern, daß er kein Kleber werden möge, daß er das Amt aufzugeben habe, sobald seine Zeit abgelaufen sei, um lebenslängliche Herrschaft und Diktatur, die dem Gedeihen eines Volkes schädlich sei, zu verhindern. Sollte er dennoch klebenbleiben wollen, dann würde man ihm ein Feuer unter den Hintern legen, groß genug und lange genug, daß weder von ihm noch von dem Sessel etwas übrigbleiben werde.

Sobald der Topf mit den glühenden Holzkohlen untergestellt ist, werden gereimte Sprüche aufgesagt, von je einem Manne aus dem Stamme, dessen Erwählter jetzt zurücktritt, einem Manne aus dem Stamme, der im nächsten Jahr den Jefe erwählt, und einem Manne aus dem Stamme des neu eingesetzten Caciquen.

Solange diese Sprüche nicht beendet sind, darf sich der neue Häuptling von seinem Sitz nicht erheben.



Es hängt von seiner Beliebtheit oder Unbeliebtheit als Volksgenosse ab, ob die Männer, die jene Sprüche aufsagen, die Reime langsam und bedächtig heruntersingen oder mit einer solchen Eile, wie gerade noch zulässig ist, um nicht die Absicht ganz offen zu verraten. Wenn es dem Manne, der seinen Spruch zuletzt aufsagt, so erschienen ist, als hätten die beiden Männer, die vor ihm sprachen, zu schnell geredet, so kann er den angerichteten Schaden durch verdoppelte Langsamkeit in seiner Rede reichlich wieder wett machen.

Die Kohlen sind nun auch so ziemlich verglüht. Langsam erhebt sich der Häuptling. Aber das Eis, von dem er sprach, ist nicht so ganz unschuldig. Die Haut hat heftige Blasen gezogen, und an mehreren Stellen ist reichlich gebrannte Kruste, die man weit genug riechen kann. Ein Freund kommt herzu, reibt ihm das Gesäß mit Öl ein und legt dann einen Verband mit weichgequetschten Blättern über, während ein anderer ihm große Gläser Tequila einschenkt.

Wochenlang vergißt der neue Häuptling nicht, was er unter seinem Sitz hatte. Das hilft ihm in den ersten Monaten seiner Amtszeit beträchtlich darin, das Amt so zu führen, wie es von der Nation bei seiner Wahl erwartet wurde.

In beinahe allen Fällen bleiben genug Narben auf jenem abgelegenen Körperteil zurück, daß er nicht nur bis in sein höchstes Alter hinein durch ein unverwüstliches Dokument beweisen kann, einmal die Ehre gehabt zu haben, Häuptling in seiner Nation gewesen zu sein, sondern auch, daß er nicht daran denkt, sich gegen die Sitten seines Volkes ein zweitesmal zu diesem Amt wählen zu lassen.

Es wäre den Proletariern wohl ernsthaft zu raten, jene gut ausgeprobten indianischen Wahlmethoden anzuwenden, insbesondere gegenüber den Beamten ihrer gewerkschaftlichen und ihrer politischen Organisationen. Nicht nur in Rußland, wo es am nötigsten ist, sondern auch in allen übrigen europäischen Ländern, wo Marx und Lenin zu Säulenheiligen erklärt wurden, könnten kämpfende Proletarier bei weitem sicherer ihnen nützliche Erfolge erzielen, wenn sie ihren Führern jährlich ein heftiges Feuer unter den Hintern legen würden. Kein Führer ist unersetzbar. Und je häufiger neue Führer auf einen glühenden Sessel gesetzt werden, um so lebendiger bleibt die Bewegung. Nur nicht zaghaft sein, Proletarier. Erst recht nicht sentimental.
(aus:„Regierung“, Roman von B. Traven)